



Profil

Magazin für Arbeit und Leben

April | Mai 2024



Europa braucht dich

Noch nie war es so wichtig, zur Europawahl zu gehen. Ein Check der Parteiprogramme durch die Brille der Industriebeschäftigten.

TARIFRUNDE
CHEMIE
2024



***Werbende erhalten** während des Aktionszeitraums einen **zusätzlichen Prämienpunkt** und **Neumitglieder** einen **Wunschgutschein**.

Tarifrunde Chemie 2024



Aktionszeitraum
10.04. - 31.05.2024

**FÜR EIN STARKES
WIR – JETZT
NEUMITGLIEDER WERBEN!***

mitgliedwerden.igbce.de

#chemie24

Was den Kitt im Land ausmacht

Willkommen in einer sehr politischen Ausgabe deines Magazins für Arbeit und Leben.

Im Mittelpunkt stehen Wahlen, Demokratie, Vielfalt und Toleranz. Und persönliches Engagement. Also zentrale Elemente, die den Kitt in unserer Gesellschaft ausmachen. Dass sich diese Themen aktuell ballen, ist kein Zufall, sind doch die Zeiten politisch aufgeladen.

Gewerkschaften wird mitunter vorgehalten, sie seien „zu politisch“, ergriffen zu sehr Partei, seien „Teil des Systems“. Das verkennt jedoch, welche Rolle einer Gewerkschaft wie der IG BCE in der Gesellschaft zukommt. Denn auch sie ist ein Element des Kitts. Überparteilich – aber nicht unpolitisch. Einflussreich

und sachorientiert. Zu Hause in Branchen, deren Erfolg und Arbeitsbedingungen ausnahmslos auch von politischen Entscheidungen abhängen, hierzulande und in Europa.

Deswegen enthält diese *Profil*-Ausgabe auch einen umfangreichen Check zur Europawahl. Denn welches Medium sonst wird die Parteiprogramme durch die Brille von Industriebeschäftigten betrachten? Das ist unser Service für dich und deine Meinungsbildung. Auch das macht Gewerkschaft aus. ■



Lars Ruzic, Chefredakteur
lars.ruzic@igbce.de

Schulterblick

Aus der Produktion dieser Ausgabe

Heiße Ware

„Mein Arbeitsplatz“ führte uns dieses Mal zum Kunststoffhersteller **Rebhan** an der bayerisch-thüringischen Grenze. Da darf eine echte Thüringer Bratwurst natürlich nicht fehlen – inklusive Mitbringservice für die Kolleginnen und Kollegen.



Ton in Ton

Die Dörpener Papierwelt bietet viele Mitmachangebote. Klar, dass Besucher des Museums auch selbst zur Tat schreiten und Papier herstellen. Je nach Ausgangsstoff kann das Ergebnis sehr farbenfroh sein, so wie die Mütze unseres Kameramanns Marius. Très chic!



Voller Einsatz

Jungen Menschen wird oft vorgeworfen, ihnen fehle der Gemeinsinn und Politik sei ihnen egal. Was für ein Irrtum! Unser Reporterteam hat die IG BCE-Jugend in München besucht und war beeindruckt von so viel ehrenamtlichem Engagement – für die Demokratie.



Inhalt

April | Mai 2023



ARBEIT & GESELLSCHAFT

Europa – du hast die Wahl

Zum zehnten Mal wird im Juni das Europäische Parlament gewählt. Es geht um viel angesichts der multiplen Krisen in der Welt: Wie stellt sich die EU künftig auf in Fragen von Transformation, Mitbestimmung, Energie? Was haben die größten im Parlament vertretenen Parteien rund um gute Industriearbeit zu bieten? *Profil* hat die Programme gecheckt.

12

News Politik & Soziales 18

Es geht um die Demokratie

In der siebten Ausgabe unseres Kompass-Talks diskutieren IGBCE-Chef Michael Vassiliadis und Jochen Kopelke, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), über die Frage: „Auf der Straße gegen rechts – und nun?“

20

News Branchen & Betriebe 24





MENSCHEN & GEMEINSCHAFT

Jung und antirassistisch

Mit Aktionen gegen rechts setzt sich der Bezirksjugendausschuss München für Vielfalt und Toleranz ein. Eine Geschichte über grenzwertige Stammtischparolen, eine preisgekrönte Instagram-Story und junge Gewerkschaftsmitglieder. **28**

Faszination Papier

Papier hat eine jahrtausendealte Geschichte. In der Papierwelt in Dörpen gibt Willi Kus, 40 Jahre lang Papiermacher bei UPM Nordland Papier, Einblicke in die Faszination für das Material. **32**

Wertschätzung Der Pharmakonzern MSD tut einiges für eine maximal diverse Belegschaft, in der alle Menschen sich so zeigen können, wie sie sind. Denn: Vielfalt und Offenheit bedeuten auch unternehmerischen Erfolg. **36**

PRAXIS & WISSEN

Die Tarifbaustelle Was wir in Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband ändern wollen. **40**

Bello im Büro? Assistenzhunde begleiten ihr Frauchen oder Herrchen häufig zum Arbeitsplatz. *Profil* erklärt, was es dabei rechtlich zu beachten gibt. **42**

Noch viel zu tun Wismut – ein Unternehmen zwischen Bergbautradition und Innovation im Arbeitgebercheck. **44**

Arbeitskraft absichern Eine Berufsunfähigkeitsversicherung ist für fast alle Erwerbstätigen sinnvoll. **48**

Deine IGBCE immer dabei Sie ist dein perfektes Tool für „Breaking News“ – die *Meine IGBCE*-App. **50**



WEITERE INHALTE

Mein Arbeitsplatz	06
Meine IGBCE	08
Dialog Impressum	10
Unterhaltung	56
Feierabend	58

VOR ORT

Auf diesen Seiten berichten die Landesbezirke über regionale Themen, Aktionen und Veranstaltungen sowie Personen und Projekte. **52**







Felix Reinhardt

Herr der Maschinen

Was nicht passt, wird passend gemacht: Felix Reinhardt justiert, prüft und schraubt. Der Medientechnologe arbeitet bei Rebhan, einem Hersteller für Kunststoffverpackungen, der unter anderem Trinkflaschen aus transparentem Polypropylen für bekannte Marken produziert. Aber auch große Kosmetikkonzerne wie L'Oréal, Estée Lauder oder Shiseido vertrauen der Expertise der Oberfranken. Mehr als 180 Millionen Fläschchen und Flakons für Kosmetik-, Pharma- und Chemiebranche verlassen jährlich das Werk in Stockheim. Felix arbeitet in der Veredelung – also dort, wo die frisch geblasenen oder gegossenen Rohflaschen aus unter anderem biobasierten oder recycelten Kunststoffen bedruckt, geprägt oder lackiert werden. Als „Einrichter“ sorgt der 21-Jährige dafür, dass die rund 20 Druck- und Prägemaschinen immer ein perfektes Ergebnis liefern. ■







Eine ausführliche
Reportage gibt's hier:
[igbce-profil.de/
24209](https://igbce-profil.de/24209)

IGBCE-Jugend

Sprayen gegen Nazis

Den Emotionen einfach mal freien Lauf lassen: Wenn die Jugend tagt, wird es laut, bunt und kreativ. Das haben die Nachwuchsgewerkschafterinnen und -gewerkschafter auf ihrer Zukunftstagung in Haltern am See Anfang März wieder einmal unter Beweis gestellt. Ob in Workshops oder in den Pausen: Allgegenwärtig an diesem Wochenende war der Kampf gegen Rechtsextremismus. Für die Jugend Grund genug, sich auch kreativ mit dem Thema auseinanderzusetzen. Künstlerisch nutzten etwa Madeleine Altmann und Katrin Edinger (von links) die Mittagspause für eine Break-out-Session, bei der sie sich auf der Leinwand mit Graffiti gegen Ausgrenzung und Hetze austoben konnten. ■

Dialog

Betriebsausflug

Wärme geliefert

/// Mit großem Interesse habe ich als langjähriger leitender Mitarbeiter im Energiekombinat Nord/Rostock den Artikel „Strahlende Geschichte“ gelesen. Ich kann die dort aufgeführten Informationen und Wertungen bestätigen. Die Zusammenarbeit zwischen dem Kernkraftwerk (KKW) und dem Energiekombinat war sehr ausgeprägt und gut.

Enttäuscht war ich allerdings, dass ein wesentlicher Fakt nicht im Artikel erwähnt worden ist: Viele Wohnungen und ein Großteil der Industriebetriebe in Greifswald wurden vom KKW mit Wärme versorgt.

 Horst Bohlmann

Reifenreportage

Kopf hoch!

/// Euer Bericht über die Werkschließungen bei Michelin und Goodyear haben mich sehr betroffen gemacht. Es ist noch gar nicht lange her, da war ich in derselben misslichen Lage: Ich habe 32 Jahre bei Continental in Aachen immer mein Bestes gegeben. Am Ende hat der ganze Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze nichts gebracht. Es wurde vonseiten der Politik viel versprochen und nichts gehalten.

Mithilfe eines guten Sozialplans haben die meisten meiner Kolleginnen und Kollegen wieder eine neue Perspektive gefunden. Kopf hoch, es geht immer weiter!

 Ralf Beuer

Tarifrunde Chemie

Forderungshöhe

/// Eine Tarifrunde bringt uns Arbeitnehmer*innen mehr Gehalt in unsere Taschen. Aber viel wichtiger sind auch unsere Arbeitsplätze in der chemischen Industrie.


 Uwe Schehr

/// Ich finde es nicht gut, wenn viele über einen Austritt nachdenken. Okay, in gewisser Weise verstehe ich den Frust. Aber was würden wir denn ohne Gewerkschaft bekommen? Nichts! Wahrscheinlich weniger! Je mehr Leute in der Gewerkschaft sind, umso stärker die Position bei Verhandlungen.

 Oliver Walgenbach

IGBCE im Netz

Folge uns, schreib uns oder kommentiere unsere Beiträge bei Facebook, Instagram, X, LinkedIn und Youtube. Wir freuen uns über Anregungen, Lob und Kritik.


 profil@igbce.de

 IGBCE

 IGBCE

 igbceTV

 @igbce

 industriegewerkschaft-igbce

Neue Umfrage im April

Die nächste „Umfrage des Monats“ startet nach Ostern. Sie richtet sich ausschließlich an IGBCE-Mitglieder. Beteiligen kannst du dich ganz leicht über die *Meine IGBCE*-App. Aktiviere die Push-Mitteilungen, dann wirst du über dein Smartphone erinnert, teilzunehmen. Unter allen Teilnehmenden verlosen wir ein iPad. Du hast die App noch nicht? Dann nutze den QR-Code rechts.



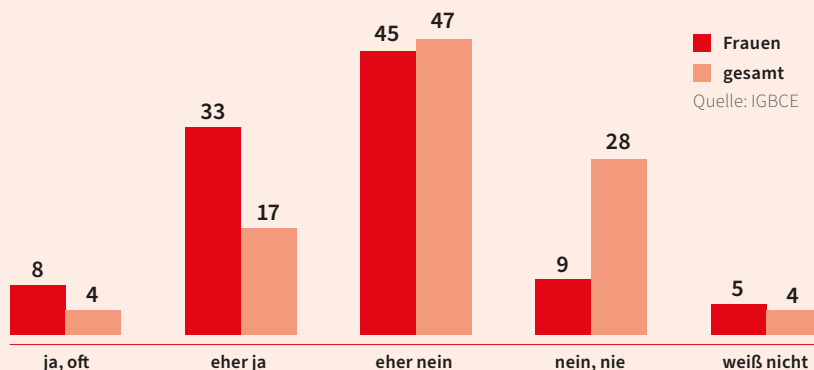
Umfrage des Monats

Noch ein weiter Weg für die Industrie

Bei der Gleichstellung von Frau und Mann im Berufsleben klafft in weiten Teilen der deutschen Industrie noch immer eine Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Das ist das Ergebnis der jüngsten Mitgliederbefragung in der „Meine IG BCE“-App zum Thema Gleichstellung, an der sich mehr als 2.700 Mitglieder beteiligt haben.

Demnach sehen die Befragten ihren eigenen Betrieb in Sachen Gleichstellung zwar weiter vorangekommen als Deutschland insgesamt. Mehr als jede fünfte Person (21 Prozent) gibt jedoch an, dass in ihrem Unternehmen Frauen noch immer benachteiligt werden. Auffallend ist, dass die befragten Frauen die Lage weitaus kritischer beurteilen. So geben 41 Prozent der Frauen an, ihr Geschlecht werde im Betrieb „eher“ oder „oft“ benachteiligt.

„Wie ist deine Einschätzung: Werden Frauen in deinem Betrieb benachteiligt?“ (Angaben in Prozent)



Bei der Frage danach, welche Maßnahmen der eigene Betrieb zur Förderung der Gleichstellung unternimmt, war die häufigste Antwort: „Mir sind keine bekannt.“ Etwa gleichauf rangierte die Förderung von Elternzeit bei Männern, es folgten betriebliche Kindergärten und Frauenquoten für Führungspositionen.

Die größten Baustellen bei der Gleichstellung in Deutschland insgesamt sehen die Befragten bei der Aufteilung der Sorgearbeit im Privatleben, bei veralteten Rollenbildern in der Gesellschaft und bei der höheren Teilzeitquote von Frauen.

Mit Blick auf die Lohnlücke zwischen den Geschlechtern sehen sich viele befragte Frauen in ihrem Betrieb trotz der vergleichbar hohen Tarifbindung in den IG BCE-Branchen noch benachteiligt. 40 Prozent der befragten Frauen geben an, in ihrem Betrieb sei der Gender-Pay-Gap vergleichbar groß oder sogar größer als die Lücke im Bundesschnitt über alle Branchen (laut Destatis bundesweit 18 Prozent, in den tarifgebundenen Unternehmen der Chemie- und Pharmaindustrie nur 6 Prozent). Für „etwas“ oder „viel kleiner“ halten die Lohnlücke in ihrem Betrieb dagegen 46 Prozent der befragten Frauen.

Der Gewinner des iPads ist **Thomas Schmidt** aus Barchfeld-Immelborn. Herzlichen Glückwunsch!

Impressum

Profil – das Mitgliedermagazin der IG BCE

Herausgeber
Michael Vassiliadis

Chefredakteur (V.i.S.d.P.)
Lars Ruzic

Chefinnen vom Dienst
Katja Pflüger,
Inken Hägermann (stv.)

Redaktionelle Mitarbeit
Petra Adolph, Karin Aigner, Nadine Bloemers, Ömer Kirli, Michael Kniess, Leo Kölzer, Daniel Krist, Jonas Lang, Wolfgang Lenders, Boris Loew, Michaela Ludwig, Isabel Niesmann, Julia Osterwald, Dennis Priegnitz, Axel-Stefan Sonntag, Patrick Witzl, Aman Yoseph

Redaktionsassistenten
Simone Wöckener, Tanja Rössner

Redaktionsanschrift
Königsworther Platz 6
30167 Hannover
Telefon: 0511 7631-306/-354
E-Mail: profil@igbce.de
igbce.de

Der Kontakt ist ausschließlich für Fragen und Hinweise an die Redaktion zu verwenden. Bei Fragen zur Mitgliedschaft wende dich bitte an deinen Bezirk.

Partner für Konzeption, Design und Content-Produktion
publish! Medienkonzepte GmbH
Bad Salzbrunner Straße 2
30539 Hannover

Gesamtherstellung und -vertrieb
Westend Druckereibetriebe GmbH
Westendstraße 1, 45143 Essen

Zusendungen
Für unverlangte Einsendungen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreis
Für IG BCE-Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe
22. März 2024

Druckauflage: 556.654 (IV/2023)
Gedruckt auf chlorfreiem Papier.



Bei der Produktion werden sowohl Materialien aus FSC®-zertifizierten Wäldern und/oder Recyclingmaterial als auch Material aus kontrollierten Quellen verwendet.

Erscheinungsweise
Profil erscheint sechsmal im Jahr mit acht Regionalausgaben für Bayern, Baden-Württemberg, Hessen-Thüringen, Nord, Nordost, Nordrhein, Rheinland-Pfalz/Saarland und Westfalen.

Europa – du hast die Wahl

Illustration Golden Cosmos



Zum zehnten Mal wird im Juni das Europäische Parlament gewählt. Es geht um viel angesichts der multiplen Krisen in der Welt: Wie stellt sich die EU künftig auf in Fragen von Transformation, Mitbestimmung, Energie? Was haben die größten im Parlament vertretenen Parteien rund um gute Industriearbeit zu bieten? *Profil* hat die Programme gecheckt.

Die Zeiten sind rau. Krieg, Inflation, Transformationsdruck, Klimawandel und ein extrem aufgeheizter politischer Debattenraum, den Populist*innen mit Parolen und vermeintlich einfachen Lösungen weiter anfeuern. In diesem schwer gereizten Klima finden vom 6. bis zum 9. Juni die Europawahlen statt, in Deutschland liegt der Termin am 9. Juni. Die IGBCE positioniert sich angesichts der vielfältigen wirtschafts-, geo- und sicherheitspolitischen Krisen ganz klar: Wir brauchen ein starkes und geeintes Europa. Denn Europa ist nicht nur eine abgehobene Idee irgendwelcher Brüsseler Bürokratie.

Die EU bietet mit ihrem freien Markt ohne Zölle und Schranken einen einzigartigen Schutzraum für unsere Industrien. Nirgendwo sonst weltweit gelten in so vielen verschiedenen Ländern einheitliche Grundregeln für Mitbestimmung, Beschäftigten- und Verbraucherschutz. Außen- und sicherheitspolitisch ist der globale Einfluss der EU ebenfalls bedeutend größer als von jedem einzelnen Mitgliedsland.

Auch unsere Forderungen sind klar: Wir brauchen einen europäischen

Investitionsbooster für Industrie und Transformation, einen europaweiten Transformationsfonds, mehr Schutz vor Dumping und unfairem Wettbewerb, einen fairen Strompreis für Industrie und Privathaushalte. Wir brauchen auch eine verlässliche, transparente und berechenbare Chemikalienpolitik, die die Unternehmen nicht überfordert. Eine gemeinsame Strategie für CO₂-Abscheidung, Kreislaufwirtschaft, Versorgungs- und Lieferkettensicherheit sowie einen vernetzten Energiemarkt in einer künftigen Energie-Union. Und natürlich brauchen wir eine Stärkung der Mitbestimmung, damit wir als Gewerkschaft die Interessen unserer Beschäftigten besser durchsetzen zu können. Was wir nicht brauchen: Populismus, der pragmatische und lösungsorientierte Ideen mit vermeintlich „einfachen“ Antworten torpediert und sich gegen unser freies Europa stellt.

Unsere IGBCE-Politik-Profis haben die Programme der größeren Parteien, die zur Europawahl antreten, darauf geprüft, wie sie zu unseren wichtigsten Forderungen stehen und welche Ideen sie anbieten.

Mit dem Foodtruck durch die Republik

Gute Industriepolitik muss aus Sicht der IGBCE europäisch gedacht werden: „Wir müssen Europa stärken – denn letztlich ist die Effizienz und Verantwortung, die Europa übernehmen kann und sollte, der beste Weg, wie die Transformation gestaltet werden kann“, so IGBCE-Chef Michael Vassiliadis. Die IGBCE setzt sich deswegen mit einer Kampagne für ein geeintes Europa ein, unter anderem werden Anzeigen geschaltet. Vor allem aber wird ein Foodtruck der IGBCE mehrere Wochen lang Orte in ganz Deutschland anfahren, um mit Beschäftigten zum Thema Europa ins Gespräch zu kommen. Ein Fokus ist dabei auch die klare

Positionierung gegen Rechtspopulismus: Denn dessen Forderungen und Ansätze gefährden den Industriestandort Europa und gute Industriearbeitsplätze in unseren Bereichen.

Der Foodtruck der IGBCE wird ab Anfang Mai bis zum 9. Juni durchs Land rollen und vor Betrieben aus unseren Branchen Station machen. Bei Currywurst und Pommes kannst du mit Kolleginnen und Kollegen aus deinem Bezirk über Europa diskutieren, wieso es wichtig ist, sich an der EU-Wahl zu beteiligen, und warum die IGBCE mit Rechtspopulismus nichts anfangen kann. Unsere Teams an Bord freuen sich auf dich.

CDU/CSU will mehr Sicherheit für Europa

„Eine Politik, die Wirtschaft, Energie, Klima und gesellschaftlichen Zusammenhalt zusammendenkt“ – so will die Union ihr Wahlprogramm „Mit Sicherheit Europa“ verstanden wissen. Vorrangig definiert sie „Sicherheit“ dann militärisch – die EU als Sicherheits- und Verteidigungsgemeinschaft nach außen und innen. Neben der Kriminalitätsbekämpfung versteht die Union darunter maßgeblich eine „durch Humanität und Ordnung begrenzte Migration“.

Konkrete Ideen zur Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte? Fehlanzeige. Grundsätzlich will sie dem Fachkräftemangel europäisch begegnen – aber es bleibt bei bereits bekannten Rezepten: bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, um besonders Frauen von Teilzeit in Vollzeit zu bewegen. Positiv: Anerkennungsverfahren

und Transparenzinstrumente für berufliche Bildung sollen nach dem Willen der Union vereinfacht und so eine Vergleichbarkeit der Bildungsabschlüsse sichergestellt werden. Aber: Vorschläge zu Weiterbildung und Qualifizierung fehlen. Die Tarifbindung will die Union erhöhen – aus IGBCE-Sicht ein Plus. Aber Vorsicht: Das Vergaberecht will sie deutlich vereinfachen, das „Wie“ bleibt offen. Angaben zu möglichen sozialen Konditionierungen wie Vergabe öffentlicher Aufträge nur an tarifgebundene Unternehmen? Nicht mit der Union. Beim Thema „Bürokratieabbau“ wird es generell kritisch: Für die Union fällt darunter unter anderem die Abschaffung des Whistleblower-Schutzes und des Verbandsklagerechts. Um den Herausforderungen von Wirtschaft, Energie und Klima zu begegnen, setzt die Union auf Technologie-

offenheit und versteht darunter auch „innovative Kerntechniken“ und die Spitzentechnologie des Verbrennermotors (Abschaffung des Verbrennerverbots inklusive). Erneuerbare Energien sollen gleichwertig gefördert und Energie- und Rohstoffsicherheit durch Handelsabkommen mit zuverlässigen Partnern gewährleistet werden.

Konkrete Maßnahmen zur Unterstützung der Transformation unserer Branchen bleibt die Union schuldig. Und den Abbau von Schutzrechten lehnen wir als IGBCE ab!



Constanze Clodius,
Leiterin
Vorstandsbüro Berlin



SPD will nachhaltige Industriepolitik

„Gemeinsam für ein starkes Europa“ – dieser Slogan treibt die SPD im Europawahlkampf an. Für die Beschäftigten in den IGBCE-Branchen hält das Wahlprogramm wichtige Weichenstellungen parat. Das starke Bekenntnis zum Industriestandort ist ein klares Signal für die Planungssicherheit unserer Wirtschaft. Gelingt es, wie angekündigt, die Planungs- und Genehmigungsprozesse zu beschleunigen und unnötige Bürokratie abzubauen, kann die Weiterentwicklung der europäischen Industriestrategie zu einem echten Wachstumsmotor werden.

Beim Thema Energie strebt die SPD verlässliche und bezahlbare Energiepreise für Haushalte und Betriebe an. Hierzu soll unter anderem eine Energieunion geschaffen werden. So

will man Ausbauziele für die Erneuerbaren in ganz Europa erreichen und Strommarktpreise widerstandsfähiger gegen Schwankungen machen. Gefordert wird auch ein Rahmen für einen europäischen Brückenstrompreis, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Um die Klimaziele zu erreichen, setzt die SPD neben einem Transformationsfonds auf die Ausweitung des CO₂-Emissionshandels auf die Sektoren Gebäude und Verkehr. Hier drohen weitere Belastungen für Betriebe und Beschäftigte.

Sorge macht die Positionierung zur EU-Chemikalienpolitik. Die SPD fordert eine schnelle Einschränkung und generelle Verbote von potenziell schädlichen Stoffen. Dies ist klar abzulehnen und würde bei Eins-zu-eins-Umsetzung große Teile unserer

Die Grünen für Klimaschutz und aktive Industriepolitik

Wohlstand durch Klimaneutralität, Gerechtigkeit, Lebensqualität und Vorsorge – das sind die Ziele der Grünen im Europawahlkampf. Klimaschutz bleibt Kernziel, verbunden mit aktiver Wirtschafts- und Industriepolitik: Bürokratieabbau, Anreiz für private Investitionen, Netzausbau, Förderung von Zukunftstechnologien – aus unserer Sicht richtig und notwendig, um global mitspielen zu können. Positiv: Die Grünen fordern dabei die Verbindung von Fördermitteln mit guter Arbeit.

Ebenfalls positiv: Für Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz von EU-Industrieproduktion stehen Forderungen nach günstigem Strom und breit aufgestellten Rohstoffquellen. Der Fokus liegt dabei auf Kreislaufwirtschaft und Verringerung fossiler Rohstoffe. Die IGBCE hält das zumindest für ambitioniert beim

notwendigen massiven Rohstoffeinsatz für die Transformation ganzer Branchen. Die Grünen befürworten auch von der IGBCE geforderte Mechanismen wie Emissionshandel, den Grenzausgleichsmechanismus für CO₂ (CBAM) sowie Speicherung und Nutzung von CO₂. Spannend bleibt die Sicht auf PFAS und das grüne Verständnis nachhaltiger Chemikalien; hier hat die Partei noch keine klare Haltung zwischen den gegensätzlichen Polen Umweltschutz und Transformation gefunden.

Beim Fachkräftemangel setzen die Grünen auf Rezepte, die auch die IGBCE unterschreiben würde: Schnellerer Zugang für Geflüchtete zum Arbeitsmarkt, die Förderung von Aus- und Weiterbildung sowie Verbesserung von Ausbildungs- und Qualifikationsangeboten, aber auch die Förderung von Frauen in guter

Arbeit. Bei Mitbestimmung und Tarifbindung sind die Grünen ebenfalls auf einer Linie mit der IGBCE: Die Überarbeitung der EBR-Richtlinie, konsequente Umsetzung von Aktionsplänen zur Stärkung von Tarifbindung oder die Verknüpfung von Vergabepaxis mit Tarifbindung sind im Sinne guter Arbeit in der Transformation positiv.

Die Grünen haben erkannt, dass es Industrie und gute Arbeit für Klimaneutralität braucht. Der Weg dahin ist aber streitbar – vor allem für unsere energieintensiven Industrien.



Hannes Hauke Kühn,
Internationaler
Sekretär,
Abteilung Politik und
Internationales

Industrie in Bedrängnis bringen. Die IGBCE setzt daher weiterhin auf den bewährten risikobasierten Ansatz unter REACH.

Laut SPD soll Europa sozialer werden. Hierzu sollen die sozialen Dialoge auf EU-Ebene gestärkt und Verhandlungsergebnisse schneller in Gesetzgebung umgesetzt werden. Auch die Mitbestimmung soll gestärkt werden. Neben mehr Rechten für Europäische Betriebsräte (EBR) geht es der SPD vor allem um das europäische Gesellschaftsrecht (SE), da dieses häufig zum Umgehen von Mitbestimmung genutzt wird.

Insgesamt steckt für die Beschäftigten in den IGBCE-Branchen einiges drin im SPD-Wahlprogramm.



Malte Lückert,
Vorstandssekretär
des Vorsitzenden



AfD will raus aus Europa

Gegründet als Partei, die den Euro zugunsten der D-Mark wieder abschaffen wollte, braucht man im Wahlprogramm der AfD nicht lange nach der entsprechenden Forderung zu suchen. Doch es geht der Partei um viel mehr: So wird gefordert, das EU-Parlament aufzulösen und die Integration Europas weitgehend zurückzudrehen. Aus der Staatengemeinschaft soll ein Bund europäischer Nationen werden. Auch soll es eine Volksabstimmung über Deutschlands Verbleib in der EU geben.

Die AfD fordert zudem, eines der zentralen Elemente der EU einzuschränken: die Reisefreiheit. So sollen durch eine Reform des Schengen-Abkommens Grenzkontrollen an den innereuropäischen Grenzen wieder alltäglich und damit der europäische Zusammenhalt zerstört werden. Das steht

in völligem Gegensatz zu unseren IGBCE-Werten. Die AfD will außerdem durchsetzen, dass bei der Gewährung von Sozialleistungen zwischen Beschäftigten mit deutschem Pass und denen aus dem EU-Ausland unterschieden wird. Heißt: Wer als EU-Ausländer*in einen weniger gut bezahlten Job in Altenpflege oder Gastronomie annimmt und davon das Existenzminimum nicht vollständig bestreiten kann, erhält keine Grundsicherungsleistungen mehr – ein No-Go für uns.

In der Energiepolitik lehnt die AfD eine Förderung der erneuerbaren Energien ab. Stattdessen sollen alle Energieträger inklusive Kohle und Atomkraft zu wettbewerbsgleichen Bedingungen hergestellt und angeboten werden. Eine Bepreisung von CO₂ lehnt die AfD ab. Beim Erdgas soll die Gewinnung von Schiefergas (Fracking) die Versorgungslücke

schließen. Der Umbau hin zu einer weitgehend klimaneutralen Produktionsweise wird abgelehnt. Eine Vollbremsung bei der Transformation und die Leugnung des Klimawandels sehen wir als Gefahr für Industrie und künftige Generationen. In der Gesundheitspolitik wird ein europaweites Verbot von Coronaimpfungen gefordert. Außerdem will die AfD das Abtreibungsrecht europaweit so einschränken, dass es faktisch abgeschafft wird.

Alles in allem ein Programm, das sich mit den Werten und politischen Forderungen der IGBCE nicht verträgt.



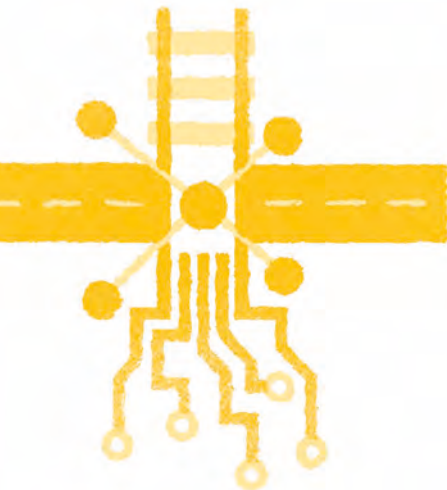
Nils Hinderemann,
Abteilungsleiter,
Abteilung Politik und
Internationales

FDP will weniger Bürokratie

Die FDP setzt im Europawahlkampf auf Bürokratieabbau. Das ist wichtig und richtig: Wir brauchen einen Förder- und Gesetzesrahmen für unsere Industrie, der gut abgestimmt ist und unnötige Berichtspflichten abbaut. Dennoch bleibt bei der FDP offen, ob es nicht dabei auch um den Abbau von Arbeits- oder Umweltstandards geht – ein No-Go für uns! Die FDP fordert zudem Bildungsfreiheit. Das ist schön für Studierende, aber weder gibt es Ideen für die Ausbildung noch Vorschläge, wie man die für Beschäftigte in IGBCE-Branchen wichtige Qualifizierung voranbringen will.

Als Maßnahme gegen Fachkräftemangel setzt die FDP auf die schnellere Bearbeitung und Anerkennung von Berufsabschlüssen

und eine „Blue Card“ für Nicht-Akademiker*innen – gut so. Bei der Forderung nach einer Flexibilisierung der Arbeitszeitrichtlinie wird's dann allzu liberal, denn ein Rütteln an europäischen Mindeststandards für Arbeit wird es mit uns nicht geben. Die Liberalen bekennen sich zur sozialen Marktwirtschaft und kritisieren zu Recht die Kleinteiligkeit des Green Deals. Aber eine neue „Bürokratie-Reduktions-Richtlinie“ oder ein „Mittelstandskommissar“ erzeugen letztlich wieder mehr Papierkram. Für mehr Spielraum soll die Überarbeitung des Beihilferechts sorgen. Als IGBCE sehen wir da die Möglichkeit einer konkreten Unterstützung von Betrieben – allerdings ist fraglich, ob das die FDP



Linke steht zur EU

Es ist Zeit bei den Linken: Zeit für Gerechtigkeit, Zeit für Haltung, Zeit für Frieden, so der Titel des Wahlprogramms. Als reines Feindbild sieht die Partei die EU nicht: „Trotz all ihrer Unzulänglichkeiten und Fehlkonstruktionen darf es kein Zurück hinter den politischen Erfolg der europäischen Integration, kein Zurück zum Nationalstaat geben“, heißt es im Programm. Demokratischer soll die EU werden, unter anderem durch die Stärkung des EU-Parlaments. Stattdessen nimmt die Linke Unternehmen und Reiche ins Visier. An ihrer Haltung Russland gegenüber lässt die Linke keine Zweifel: Der Angriffskrieg auf die Ukraine wird auch so benannt.

Unter der Überschrift „Umverteilen für soziale Gerechtigkeit“ widmet sich die Partei den Themen Mitbestimmung und Tarifbindung sowie der Bedeutung von

Gewerkschaften und guter Arbeit generell. Zwar geraten europäische und deutsche Regelungsebene mitunter durcheinander, aber die Linie ist klar: Mitbestimmung und Demokratie im Betrieb und in der Wirtschaft sollen gestärkt werden. Heikel wird es bei Klimaschutz und Energiepolitik. Die Umsetzung des Programms würde den Transformationsdruck auf die Industrie deutlich erhöhen. Investitionen in fossile Energieträger lehnt man ab, ebenso die Förderung von Wasserstoff aus fossilen Quellen oder CCS-Technologie. An zentralen Stellen wird die Linke industriepolitisch pragmatisch. Einem „grünen Kapitalismus“ erteilt die Partei eine Absage, Instrumente für eine aktive EU-Industriepolitik werden aber aufgelistet. Besondere Bedeutung wird der Lockerung beziehungsweise der Reform des

Wettbewerbsrechts zugemessen. Maßnahmen, bei denen öffentliche Gelder vergeben werden, sollen unter Vorbehalt wie Tarifbindung gestellt werden. Regionale Transformationsräte sollen eingeführt, der Just Transition Fund auf alle von der Transformation betroffenen Regionen ausgeweitet werden – das befürworten wir.

Zwar blitzt die von Linken erwartbare antikapitalistische Rhetorik immer wieder auf, oft sind konkrete Forderungen aber anschlussfähig an gewerkschaftliche Positionen – gerade bei den Themen Mitbestimmung und Industriepolitik.



Andreas Bodemer,
Leiter Europa-Büro
Brüssel,
Abteilung Politik und
Internationales

damit bezweckt. Gut für unsere exportorientierten Branchen: Die Liberalen setzten sich für mehr Freihandelsabkommen, Energie- und Rohstoffpartnerschaften ein. Ein großes Fragezeichen bleibt, wie die Partei unsere Branchen in der Transformation unterstützen will: Sie stellt sich klar gegen weitere kreditfinanzierte Konjunkturprogramme oder die Beschaffung von eigenen EU-Einnahmen. Stattdessen wollen die Liberalen dem Hochlauf der Erneuerbaren – der richtig und wichtig ist – die finanzielle Förderung entziehen.

Aus IGBCE-Sicht braucht es aktive Industriepolitik und mehr Mitbestimmung – und nicht liberale Marktgläubigkeit wie bei der FDP.



Sophia Schönborn,
Sekretärin mit
politischen und
wissenschaftlichen
Stabsaufgaben,
Abteilung Politik und
Internationales



News

Politik & Soziales

Europapolitik

Antwerpener Erklärung unterzeichnet



Die Antwerpener Erklärung für ein neues europäisches Industrieabkommen wurde feierlich an EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen übergeben.

Seite an Seite für ein neues europäisches Industrieabkommen: Gewerkschaftsvertreter wie IGBCE-Chef Michael Vassiliadis und rund 70 Konzernchefs aus fast 20 energieintensiven Branchen haben die Antwerpener Erklärung für einen „Industrial Deal“ unterzeichnet. Darin dringen sie auf eine rasche und effektive Stärkung des Standorts Europa.

„Die energieintensiven Industrien stehen auf dem Weg zur Klimaneutralität vor großen Herausforderungen und brauchen bessere Rahmenbedingungen, um die Standorte zu modernisieren“, sagte dazu Michael Vassiliadis. „Eine moderne Infrastruktur in Europa, Zugang zu CO₂-freien Energien zu geringeren Kosten und die Investition in die Beschäftigten müssen politisch und finanziell unterstützt werden.“

Die Antwerpener Erklärung, in der zehn konkrete Maßnahmen aufgeführt sind, ist ein Aufruf zur Wiederbelebung und zur Stärkung der europäischen Industrielandschaft. Ziel ist es, hochwertige Arbeitsplätze zu erhalten. „Ein ‚Industrial Deal‘ muss ein Baustein für eine gerechte Transformation sein, in der gute Industriearbeitsplätze eine Zukunft in Europa haben“, bekräftigte Vassiliadis.

Indes haben sich die EU-Mitgliedsstaaten nach zähem Ringen auf ein europaweites Lieferkettengesetz geeinigt. Damit gelten künftig einheitliche Regelungen für Unternehmen, wie sie ihren Sorgfaltspflichten bei Menschenrechten und Umweltstandards nachkommen müssen. Am Ende stand ein Kompromiss, den die IGBCE unterm Strich mittragen kann. ■

IGBCE

Europa im Blick

Um zukünftig auf EU-Ebene noch präsenter zu sein, hat die IGBCE Mitte Februar ein eigenes Büro in Brüssel eröffnet. Räumlich ist die IGBCE damit im Herzen der europäischen Politik angekommen. „Die Eröffnung unseres Brüsseler Büros wird unsere Rolle gegenüber der Politik weiter stärken. Viele unserer Branchen und Betriebe werden von Entscheidungen auf EU-Ebene beeinflusst, hier werden wir uns in Zukunft verstärkt einbringen“, sagte der IGBCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis.

Damit das der Organisation auch inhaltlich gelingt, konnte Andreas Bodemer als Büroleiter gewonnen werden. Der Politikwissenschaftler kommt von der IG Metall und ist seit Jahren bestens in der internationalen Politik und Gewerkschaftsarbeit vernetzt. Seinen Wechsel zur IGBCE erklärt der Familienvater so: „Ich begleite jetzt schon eine ganze Weile die Industriepolitik und den Green Deal in Brüssel, aber die Breite der IGBCE-Themen hat mich gereizt und ich wollte gern mehr Verantwortung übernehmen.“ ■



Andreas Bodemer soll den politischen Einfluss der IGBCE auf EU-Ebene ausbauen.



Gratulation zum 60.: Olaf Scholz hielt die Laudatio auf Michael Vassiliadis.

60. Geburtstag von Michael Vassiliadis

„Gut, dass es dich gibt“

Gleich morgens gemeinsam mit dem IGBCE-Team in Hannover, am Nachmittag dann mit 170 geladenen Gästen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Berlin: An seinem 60. Geburtstag konnte der IGBCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis mit vielen Menschen anstoßen. In der Berliner DGB-Zentrale machte Laudator Olaf Scholz deutlich, warum er „unbedingt“ dabei sein wollte: Vassiliadis habe immer das große Ganze im Blick und sei „verliebt ins Gelingen“. Politik und Gesellschaft hätten ihm viele wegweisende Kompromisse in der Transformation zu verdanken. „Es ist gut für deine Gewerkschaft, dass sie dich hat“, so der Bundeskanzler. „Und es ist gut für unser Land, dass es dich gibt.“ ■

1800

Meter

tief unter der Nordsee soll künftig in Deutschland auch CO₂ im Boden gespeichert werden können. So sieht es die Carbon-Management-Strategie des Bundeswirtschaftsministeriums vor. Es gehe vorrangig darum, Emissionen aus Branchen abzufangen, die nach aktuellem Stand nur schwer oder gar nicht klimaneutral werden könnten. Die IGBCE begrüßt den Vorstoß. Er beende einen jahrelangen „deutschen Irrweg“, so der Vorsitzende Michael Vassiliadis. ■

Ticker

Raus zum 1. Mai!

Der Tag der Arbeit steht in diesem Jahr ganz im Zeichen von drei Kernversprechen der Gewerkschaften. Unter dem Motto „Mehr Lohn. Mehr Freizeit. Mehr Sicherheit.“ finden am 1. Mai wieder überall in Deutschland Demonstrationen, Kundgebungen und Maifeiern statt. Auch die Mitglieder des geschäftsführenden Hauptvorstands der IGBCE sind auf Veranstaltungen im Bundesgebiet anzutreffen. Der IGBCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis spricht voraussichtlich in Köln, Birgit Biermann in Darmstadt, Francesco Grioli in Göppingen, Oliver Heinrich in Marl und Alexander Bercht in Krefeld. ■

Demokratie stärken

Seit Wochen gehen Millionen Menschen in Deutschland gegen Rechtsextremismus auf die Straße. Du willst mehr tun? Deine IGBCE bietet Seminare und Workshops an, die Demokratinnen und Demokraten den Rücken stärken und Strategien aufzeigen, wie man gegen Rechtspopulismus, Rassismus und Extremismus angehen kann. Bei einem Web-Stammtisch mit dem Titel „Findest du die aktuelle Politik zum Kotzen?“ können sich Teilnehmende auf Diskussionen rund um die anstehenden Wahlen vorbereiten. Der Web-Stammtisch findet jeden dritten Mittwoch im Monat statt. Aber auch mehrtägige Seminare hat die IGBCE im Angebot. Eine Übersicht über die Seminare sowie Infos zur Anmeldung findest du unter: [igbce.de/igbce/service/bildungsangebote](https://www.igbce.de/igbce/service/bildungsangebote) ■

„Es geht um die Demokratie“

Text Inken Hägermann – Illustration Eugen Schulz



Das Gespräch in voller Länge findest du hier:
igbce-profil.de/24220

In der siebten Ausgabe unseres Kompass-Talks diskutieren IGBCE-Chef Michael Vassiliadis und Jochen Kopelke, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), über die Frage: „Auf der Straße gegen rechts – und nun?“





Jochen Kopelke, geboren 1984, trat 2005 in den Polizeidienst ein, ab 2008 war er drei Jahre lang bei einer Einsatzhundertschaft der Bereitschaftspolizei Bremen, ab 2011 drei Jahre lang bei der Schutzpolizei in Bremen. Mitglied der Gewerkschaft der Polizei (GdP) ist der Polizeioberrat seit 2005. 2014 wurde er zum Landesvorsitzenden der GdP Bremen gewählt, 2022 zum Bundesvorsitzenden der GdP.

In den vergangenen Wochen gab es zig Demonstrationen für Demokratie und Vielfalt im ganzen Land, Deutschland hat solche Massenkundgebungen mit Millionen Menschen auf der Straße lange nicht erlebt. Hat sich da eine neue Demokratiebewegung Bahn gebrochen, Michael?

Michael Vassiliadis: Ich glaube, unsere Demokratie ist stabiler, als das aktuell oft dargestellt wird. Häufig war in der Vergangenheit bei Diskussionen über rechtsextremistische Provokationen die Rede von einer schweigenden Mehrheit, die sich nicht positioniert. Ich glaube, viele aus dieser vermeintlich schweigenden Mehrheit sind jetzt auf die Straße gegangen, weil sie die Demokratie bedroht sehen und endlich aufstehen. Als

Initialzündung muss man das Treffen von Rechtsextremisten und Rechtspopulisten in Potsdam sehen, bei dem offenbar Deportationsfantasien ausgetauscht wurden, danach hat sich die Empörung Bahn gebrochen. Auch vorher waren viele schon empört, aber erst dieses Ereignis hat dazu geführt, dass sich die liberale Öffentlichkeit bewegt hat. Und es ist extrem wichtig, dass das passiert ist. Nicht nur als Zeichen den Extremisten gegenüber, sondern auch als Selbstvergewisserung, dass man nicht allein ist.

Jochen, wie haben die Polizistinnen und Polizisten die Proteste wahrgenommen?

Jochen Kopelke: Die großen Demonstrationen und Kundgebungen, die in den vergangenen Monaten stattgefunden haben, waren einzigartig. Wir haben absolut friedlichen Protest mit absolut klaren Botschaften erlebt: gegen Nazis, gegen Rechtspopulismus, gegen Intoleranz. Das Bild der Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer war bunter denn je – und alle sind zusammengekommen, weil sie den Ernst der Lage erkannt haben: Es geht um die Demokratie. Für die Polizei war nur wenig zu tun: Wir haben die Verkehrslenkung gemacht und mussten angesichts der schier Dimensionen der Veranstaltungen – wie etwa in Hamburg – dafür sorgen, dass die Menschenmassen sicher hin- und wieder nach Hause kommen.

Der AfD kann das offenbar nichts anhaben, die Zustimmungswerte in Umfragen sind im Wesentlichen gleich geblieben. Ist das Land wirklich gespalten?

Vassiliadis: So kann man das nicht sagen. Dass die Gesellschaft sich in Unsicherheit und Unruhe befindet, ist ja offenkundig. Das liegt auch an der Gleichzeitigkeit vieler Entwicklungen, wie Krieg in Europa, Inflation, Wohnungsnot – das sind Bedrohungen, die spüren die Menschen. Über diese Sachthemen können und müssen Politiker natürlich streiten: Wie modernisieren wir die Gesellschaft, wie kriegt man Probleme in den Griff, was ist der richtige Weg, wie macht man das sozial gerecht und fair?



Foto: Kay Herschelmann



Michael Vassiliadis, Moderatorin Lea Karrasch und Jochen Kopelke im Kompass-Talk.

Wo steht da die AfD?

Vassiliadis: Im AfD-Programm steckt wenig drin an inhaltlicher Substanz zu Themen wie Rente, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik. Das, was die Partei verbreitet, ist in Teilen rechtsextrem und kein Angebot für die breite Masse. Die Partei gilt übrigens nicht wegen ihres Namens als rechts, wie sie immer behauptet, sondern hat sich selbst in diese Lage manövriert. Sie hat in ihren Reihen Rechtsextremisten und grenzt sich nicht ab gegen Rechtsextremismus, viele AfD-Mitglieder spielen mit Nazi-Begriffen und -Optik, überschreiten ständig Grenzen, nur um das später wieder zu relativieren. Das ist kein inhaltlicher Politikstreit, sondern ein populistischer Angriff auf den Parlamentarismus und die Institutionen unserer Demokratie.

Kopelke: Ich denke, dass die aktuellen Umfragewerte von der AfD genutzt werden, um einen Hype darzustellen, der aber so nicht existiert. Denn das eine sind Umfragen und das andere sind die tatsächlichen Wahlergebnisse. Wer sich die Mühe macht, in die Wahlprogramme zu schauen, wird sehen, dass die AfD

an keiner Stelle gute Antworten auf die drängenden Fragen hat. Sie verbreitet Ressentiments, Diffamierungen und Schubladendenken – nichts davon ist in unserer heutigen Welt zielführend. Deswegen ist es richtig, dass die bunte Gesellschaft in Deutschland Antworten findet und sich starkmacht gegen Populismus. *Vassiliadis:* Was uns zu der Frage bringt: Warum hat es die AfD manchmal so leicht? Die Gesellschaft steht vor fundamentalen Problemen, etwa in der Sozialpolitik, der Sicherheitspolitik oder bei der Inflation. Darüber redet die AfD inhaltlich aber gar nicht nennenswert, sondern raunt von irgendwelchen Zuwanderern, die angeblich verantwortlich sind. Meine Empfehlung an die anderen Parteien: Die Themen Wohnen, Mobilität, Energie, Bildung, Sicherheit und Ernährung müssen an erster Stelle stehen und geregelt werden, damit nimmt man den Populisten viel Wind aus den Segeln.

Kopelke: Erinnerst du dich, dass wir als Gewerkschaften im Rahmen der Konzertierte Aktion zusammen mit der Bundesregierung und den Arbeitgebern den befürchteten

heißen Herbst im Jahr 2022 verhindert haben? Wir haben dort die realen Probleme unserer Mitglieder geschildert und zusammen bewirkt, dass ein gemeinsamer Plan zur Reduzierung der Kosten im Energiebereich gefunden wurde. Das könnten wir auch jetzt erleben: Je mehr verschiedene Gruppen an einen Tisch kommen und einen Kompromiss finden, desto lösbarer werden die Probleme – auch im Umgang mit rechtspopulistischen Positionen. Immer mehr Verbände positionieren sich klar gegen die AfD, weil die Partei menschenverachtendes Gedankengut verbreitet.

Vassiliadis: Das stimmt, nach mühsamen Gesprächen in der Gaskommission konnten wir Maßnahmen vereinbaren, die unseren Mitgliedern geholfen haben. Natürlich kann man diskutieren, ob auch Gutverdienende und Reiche die Gaspreisbremse bekommen sollen – es ließ sich aber technisch nicht anders umsetzen. Was soll man dann lange rumlamentieren, man muss das Hauptziel im Auge behalten: 98 Prozent der Menschen haben die Gaspreisbremse gebraucht und gekriegt. Das zeigt: In dieser Gesellschaft steckt Stärke,

wir haben was und wir können was. Ja, wir erleben aktuell eine schwierige Situation und haben echt Druck auf dem Kessel. Ja, es gibt viel zu kritisieren. Aber so zu tun, als sei dieses Land kurz vorm Abriss, überschwemmt von Flüchtlingen und nicht mehr zu kontrollieren – dieses von Rechtspopulisten unentwegt in schwärzesten Farben ausgemalte Bild ist kompletter Unsinn.

Wie laufen die Diskussionen auf der betrieblichen Ebene?

Vassiliadis: Es herrscht eine nicht unberechtigte Genervtheit über das dauernde Gezänk in der Ampel und den nicht immer so sachlichen Umgang miteinander. Unsere Leute sind Vernunft gewohnt und sachbezogen, die schütteln da schon den Kopf. Ich nehme eher eine Müdigkeit wahr, komplexe politische Themen zu besprechen. Das nutzen die Rechten aus und fordern, Betrieb und Gewerkschaften müssten ein politikfreier Raum sein – das ist natürlich Quatsch. Umso wichtiger ist, dass wir gemeinsam klare Kante zeigen, und zwar nicht gegen die AfD, sondern für Solidarität und Vielfalt innerhalb der Belegschaften. Die IG BCE hat Mitglieder aus 99 Nationen, da ist Deutschtümelei völlig fehl am Platz.

Wie ist das in den Dienststellen, Jochen?

Kopelke: Wir führen andere Diskussionen, als von populistischer Seite oft unterstellt wird. Bei uns wird im Alltag nicht über die politische Auseinandersetzung links gegen rechts debattiert, sondern beispielsweise darüber gesprochen, wie viel Geld man bekommt, wenn man sonntagnachts um 23 Uhr zum nächsten Einsatz fährt – das sind wirklich geringe Beträge. Bei Personalratswahlen in unserem Bereich spielen dementsprechend die Themen unserer Arbeitswelt eine Rolle: veraltete Ausrüstung,

Dienststellenschließungen, Personalknappheit, tarifliche Ungleichheiten, Reformen. Im Moment erringen wir bei den Personalratswahlen überall die Mehrheiten – das spricht für den Kurs der GdP.

Michael, du hast in den vergangenen Wochen wiederholt einen Mahnstreik für Demokratie und Vielfalt angeregt, der sich an Beschäftigte und Arbeitgeber wendet. Was erwartest du dir davon?

Vassiliadis: Der Appell richtet sich an die Betriebsparteien, mir geht es dabei nicht um eine theoretische Überbaudebatte. Vielmehr sollten sich die betrieblichen Sozialpartner positionieren bei den Themen Vielfalt und Weltoffenheit. Gerade bei international tätigen Unternehmen

Milliarden verschlingt, zulasten des Sozialstaats abzarbeiten. Ich bin sicher: Wenn die Priorisierungs- und Finanzierungsfragen endlich geklärt sind, beruhigt sich auch die Debatte wieder. Dazu möchte ich anmerken: Viele Probleme, die uns derzeit beschäftigen, haben ihre Wurzel weit in der Vergangenheit, sie wurden nur überdeckt in den Zehnerjahren, in denen es Deutschland volkswirtschaftlich ziemlich gut ging. Da haben wir sehr viel Zeit verschwendet mit überflüssigen Debatten. Wir hätten längst investieren müssen in den Sicherheitsapparat, in Infrastruktur, Wohnungsbau, erneuerbare Energien und die Netze, ebenso hätten wir längst die Schuldenbremse reformieren müssen. Das hat nicht allein die Ampel verpennt.

”

Nichts aus dem AfD-Wahlprogramm ist zielführend.

Jochen Kopelke,
Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei

sind unterschiedlichste Menschen mit unterschiedlichsten Biografien beschäftigt. Die Arbeitsstätte muss ein Ort der Solidarität und Kollegialität sein, an dem man sich sicher aufhalten kann – ohne Angst haben zu müssen vor Ausgrenzung oder Mobbing.

Was kann man konkret tun zur Stärkung der Demokratie?

Vassiliadis: Wir brauchen ein gemeinsames Leitbild, wie man bei komplizierten Themen in die Zukunft kommt. Klimaschutz, Wohnungsbau, Verteilungsfragen, das alles muss miteinander austariert werden. Es ist völliger Unsinn, eine Transformation, die

Kopelke: Den Gewerkschaften zuzuhören ist auf jeden Fall hilfreich. Es gibt leider immer noch viele im politischen Lager, die gern weggehören und sich nicht mit unseren Vorschlägen auseinandersetzen wollen. Warum? Weil es für Populisten einfacher ist – und auch weniger Arbeit –, auf eine reißerische Überschrift bei Social Media zu setzen, als sich ernsthaft mit Problemlösungen zu beschäftigen. Wenn man es ernst meint mit einem Pakt für den Rechtsstaat, muss man Gerichte, Polizei und Staatsanwaltschaft mit Personal, Digitalisierung und bürger-nahen Zugängen ausstatten. Wir hätten da Ideen, dazu müsste man uns aber zuhören. ■

News

Branchen & Betriebe

Evonik

Handlungsfähigkeit nicht schwächen



Von den Maßnahmen sind vor allem die Managementebenen betroffen.

Angesichts der schwachen Geschäftsentwicklung im Jahr 2023 hat der Spezialchemiekonzern Evonik ein Stellenabbau- und Kostensenkungsprogramm angekündigt. Weltweit sollen bis 2026 bis zu 2.000 der weltweit 33.000 Jobs abgebaut werden, davon 1.500 in Deutschland. Alexander Bercht, Vizeaufsichtsratschef von Evonik und IGBCE-Vorstandsmitglied,

erklärt dazu: „Wir verstehen die Notwendigkeit, in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten bestehende Strukturen im Konzern zu hinterfragen und zu verbessern.“ Evonik stehe vor einer anspruchsvollen Transformation, die nur mit hoher Motivation in der Belegschaft bewältigt werden könne. Bercht mahnt: „Die Maßnahmen dürfen die Handlungsfähigkeit nicht schwächen!“ ■

BASF

Klare Perspektiven gefordert

Die IGBCE kritisiert das von BASF Ende Februar verkündete Sparprogramm und den damit verbundenen Stellenabbau am Stammsitz Ludwigshafen. Statt eines Sparprogramms nach dem nächsten seien Zukunftsinvestitionen und eine klare, nach vorn gerichtete Perspektive nötig, betont Gunther Kollmuß, IGBCE-Bezirksleiter Ludwigshafen. „Die Beschäftigten müssen wissen, wohin sich das Unternehmen bewegt.“ Kollmuß fordert: „Die BASF SE muss die Transformation jetzt anpacken und in den Standort investieren.“ ■

Ticker

BP streicht Stellen

Die Produktion am BP-Standort Gelsenkirchen soll deutlich verkleinert werden. 230 Beschäftigte sollen gehen, weil seit Jahren weniger Diesel und Benzin verkauft wird. Bezirksleiter Thomas Steinberg betont: „Ein Konzept für die erfolgreiche Transformation von Deutschlands zweitgrößter Raffinerie ist überfällig.“ BP müsse den Ausbau der Produktion emissionsärmerer Kraftstoffe zügig vorantreiben. Mit der IGBCE werde es nur eine Transformation geben, die ohne betriebsbedingte Kündigungen und sozialverträglich organisiert werde. „Der Konzern fährt Milliarden Gewinne ein – das Geld dafür ist also vorhanden.“ ■

Sozialplan steht

Einhalb Jahre haben Gesamtbetriebsrat, IGBCE und Contitech über Interessenausgleich und Sozialplan verhandelt, nachdem das Unternehmen die Neuaufstellung des Schlauchgeschäfts angekündigt hatte. Jetzt steht die Einigung: Statt der ursprünglich insgesamt mehr als 900 zu streichenden Stellen sollen aufgrund der Verhandlungen mit der Arbeitnehmerseite nun 642 Arbeitsplätze sozialverträglich abgebaut werden. Um betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden, müsse jetzt die Umsetzung an den Standorten stimmen, betont Francesco Grioli, Mitglied im IGBCE-Vorstand und im Conti-Aufsichtsrat. „Wir erwarten vom Management, dass das vereinbarte Maßnahmenpaket voll ausgeschöpft wird.“ ■



Bundesweite Warnstreiks führten zum Erfolg: In Weiden in der Oberpfalz legten am 23. Januar knapp 200 Beschäftigte ihre Arbeit nieder.

Synlab MVZ

Ordentliches Plus für Beschäftigte

Nach bundesweiten Warnstreiks und vier erfolglosen Verhandlungen hat sich die IGBCE Anfang Februar mit dem Diagnostikspezialisten Synlab in der fünften Tarifrunde auf einen Abschluss geeinigt. Er bringt den 3.500 Beschäftigten in den medizinischen Versorgungszentren (MVZ) im Schnitt ein Plus von 14,6 Prozent.

Durch die linearen Erhöhungen steigen die oberen Entgelte stufenweise um insgesamt neun Prozent, die unteren Entgelte durch die Erhöhung um einen Sockelbetrag um insgesamt bis zu 16,9 Prozent. Außerdem erhalten die Beschäftigten einmalig eine Inflationsausgleichsprämie in Höhe von 1.080 Euro netto, die in drei Raten ausgezahlt wird. IGBCE-Mitglieder erhalten einmalig 400 Euro netto obendrauf.

Zusätzlich haben sich beide Seiten auf folgende Verbesserungen im Manteltarifvertrag geeinigt: 30 Tage Urlaub für alle ab 2024, 24 Euro Urlaubsgeld pro Urlaubstag für 2024 sowie 25 Euro Urlaubsgeld

pro Urlaubstag ab 2025. Außerdem erhöht sich das Weihnachtsgeld ab 2024 um fünf Prozent auf 55 Prozent, 65 Prozent, 75 Prozent oder 85 Prozent (je nach Betriebszugehörigkeit).

„Ohne den Einsatz unserer Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben und die hohe Beteiligung an den Streiks hätten wir den Abschluss nicht erreicht“, sagte IGBCE-Verhandlungsführer Marc Welters und betonte: „Solidarität zahlt sich aus.“ Um den Druck zu erhöhen und den Arbeitgeber dazu zu bringen, sich in den Verhandlungen auf die IGBCE zuzubewegen, hatten Ende Januar bundesweit rund 700 Beschäftigte des Labordienstleisters für einen Tag ihre Arbeit niedergelegt und waren für ihre Forderungen auf die Straße gegangen.

„Die Verhandlungskommission hat ein gutes Ergebnis erkämpft“, sagte Welters. „Gerade für die unteren Entgeltgruppen bringt die deutliche Anhebung der Vergütungen eine spürbare und nachhaltige Entlastung im Portemonnaie.“ ■

RWE

Einigung erzielt

Ein deutliches dauerhaftes Entgeltplus, eine Einmalzahlung sowie eine monatliche Sonderleistung für IGBCE-Mitglieder: Auf diesen Abschluss haben sich IGBCE und RWE Anfang März in der zweiten Verhandlungsrunde geeinigt. Die Vergütungen der 18.000 Beschäftigten des Energiekonzerns steigen in zwei Stufen um insgesamt 8,8 Prozent – ab dem 1. März 2024 um 5,8 Prozent und ab dem 1. Januar 2025 um weitere 3,0 Prozent. Gewerkschaftsmitglieder erhalten zusätzlich dauerhaft 100 Euro mehr im Monat.

IGBCE-Verhandlungsführer Holger Nieden betont: „In zähen Verhandlungen haben wir für unsere Kolleginnen und Kollegen bei RWE einen guten Kompromiss erstritten.“ Dem Energieversorger gehe es wirtschaftlich sehr gut, er fahre Milliarden Gewinne ein. „Mit dem Abschluss profitieren davon endlich auch die Beschäftigten, die satte Entgelterhöhung entlastet sie spürbar.“ Die dauerhafte Sonderleistung für Gewerkschaftsmitglieder sei eine sehr wertvolle Errungenschaft: „IGBCE-Mitglieder haben dadurch bei RWE einen spürbaren exklusiven Vorteil. Es lohnt sich jetzt noch stärker, Mitglied der IGBCE zu sein.“ ■



Das RWE-Kraftwerk Niederaußem.

Reifenhersteller

„Gegen Kahlschlag in der deutschen Reifenindustrie!“



Ende Februar gingen rund 300 Beschäftigte von Michelin in Karlsruhe gegen die geplanten Werksschließungen auf die Straße.

Mit der „Kasseler Erklärung“ setzen sich IGBCE, Betriebsrätinnen und Betriebsräte für den Erhalt der Reifenproduktion in Deutschland ein. 40 Betriebsratsmitglieder haben das vierseitige Forderungspapier auf der „Betriebsrätekonferenz der Reifenwerke“ Mitte März beschlossen. Ihre Botschaft: Mit Reifen made in Germany lässt sich bis heute gutes Geld verdienen, hier gibt es die nötigen Fachkräfte und das nötige Know-how. Politik und Unternehmen müssen dafür allerdings bestimmte Voraussetzungen schaffen.

„Wir wollen, dass Reifen ein Hochtechnologie- und Zukunftsprodukt des Industriestandorts Deutschland bleiben“, betont IGBCE-Vorstandsmitglied Francesco Grioli. „Wir sollten unsere Standortvorteile nicht leichtfertig

aufgeben und Wissen, Erfahrung und Können zum Fenster rauswerfen“, mahnt er angesichts der Hiobsbotschaften aus dem vergangenen Jahr. Denn der Branche droht der Kahlschlag: Vier der noch zwölf bestehenden Reifenwerke sollen in den kommenden Jahren geschlossen und insgesamt 3.300 Stellen abgebaut werden. „Das ist nicht nur ein Drittel der verbliebenen Werke, sondern eine völlig überzogene Reaktion und ein nur schwer nachvollziehbarer Schritt.“

Branche insgesamt profitabel

Schwer nachzuvollziehen, weil es der Branche trotz des herausfordernden Umfelds und deutlich gestiegener Erzeugerpreise gelinge, insgesamt profitabel zu wirtschaften, so Grioli. Die Bruttowertschöpfung sei mit 28 Prozent nahezu

stabil geblieben, trotz Corona-Jahren und trotz Ukraine-Krieg. Auch Personal-, Material- und Energiekosten stellten keine plausiblen Gründe für die Schließung oder die Verlagerung von Produktionskapazitäten und -werken dar. Wirtschaftlich notwendig seien die Werksschließungen und der massive Stellenabbau also nicht.

Um die Reifenproduktion in Deutschland zu halten, erwarten IGBCE und die Betriebsrätinnen und Betriebsräte von den Unternehmen anstelle von Stellenstreichungen Investitionen in die ökologische und ökonomische Wettbewerbsfähigkeit, also in die Forschung und in die Modernisierung der Anlagen sowie die Umrüstung auf erneuerbare Energiequellen. Sinnvoll sei auch eine noch engere Verzahnung der Forschungsabteilungen der

Erstausrüster (OEMs) mit denen der Reifenhersteller. Die Nähe des Goodyear-Werks in Fürstenwalde zum neuen Tesla-Werk sei beispielsweise eine ideale Option für eine effiziente Just-in-time-Belieferung.

Von der Bundespolitik fordern IGBCE und Betriebsräte unternehmerische Verantwortung für den Standort Deutschland. „Die Politik muss einseitige Standortnachteile im globalen Wettbewerb vermeiden, um nicht selbst verursachte Schäden von der heimischen Reifenindustrie abzuwenden“, sagt Grioli.

Alternativkonzepte abgelehnt

Im November hatte der französische Reifenhersteller Michelin angekündigt, die Produktion an deutschen Standorten bis Ende 2025 schrittweise einzustellen. Um das zu verhindern, erarbeiteten IGBCE und Betriebsräte ein 100-seitiges Papier mit alternativen Konzepten, die von der Konzernleitung jedoch abgelehnt wurden. Enttäuschung und Frustration darüber seien unter den Beschäftigten sehr groß, berichtet IGBCE-Konzernbetreuer Matthias Hille. Zu den seit Mitte März laufenden Verhandlungen zu Interessenausgleich und Sozialplan betont Gesamtbetriebsratsvorsitzender Lukas Kopaczewski: „Sollte das Unternehmen auch beim Arbeitsplatzabbau den größtmöglichen Profit für sich einplanen und uns billig abspeisen wollen, haben wir unsere Leute jederzeit hinter uns. Wir sind zu allem bereit, um für gute Zukunftsperspektiven zu kämpfen.“

Sozialplanverhandlungen laufen

Für ihre Arbeitsplätze kämpfen auch die Goodyear-Beschäftigten in Fürstenwalde und Fulda. Die beiden Werke sollen nach den Plänen des US-Konzerns geschlossen werden. Dagegen stellen sich auf Kundgebungen weiterhin IGBCE, Betriebsrat



”

Das ist eine völlig überzogene Reaktion.

Francesco Grioli,
Mitglied des geschäftsführenden
Hauptvorstandes der IGBCE

und gewerkschaftliche Vertrauensleute. Parallel haben auch bei Goodyear die Sozialplanverhandlungen begonnen. „Verständnis für die Entscheidung der Geschäftsführung können wir Betriebsräte immer noch nicht entwickeln“, so Peter Weiser, Betriebsratsvorsitzender am Standort Fürstenwalde. „Ab jetzt müssen wir aber zweigleisig fahren, für die Belegschaft das Bestmögliche verhandeln und weiterhin versuchen, in Zusammenarbeit mit Politik und Gewerkschaft den Standort zu retten.“

Ines Sauer, Betriebsratsvorsitzende am Standort Fulda und Gesamtbetriebsratsvorsitzende, betont: „Sollte es nicht möglich sein, die Produktion weiterzuführen, fühlen wir uns unseren Mitarbeitenden gegenüber verpflichtet, das Bestmögliche für sie herauszuholen. Das haben die Kolleginnen und Kollegen verdient, wenn sie schon den Verlust des Arbeitsplatzes hinnehmen müssen.“ ■

Tarifticker

Uniper

Trotz Angebot des Arbeitgebers reichte es nicht für einen Tarifabschluss in der ersten Verhandlung. IGBCE und ver.di fordern für die 4.000 Beschäftigten des Energieversorgers Uniper eine Erhöhung der Entgelte um 13 Prozent sowie 250 Euro pro Monat mehr für Azubis. Die Beschäftigten müssten an den Milliardengewinnen von Deutschlands größtem Gashändler beteiligt werden, so IGBCE-Verhandlungsführer Holger Nieden. ■

Steag

Bei einer Laufzeit von zwölf Monaten sollen die Vergütungen der Beschäftigten von Steag und Iqony um zwölf Prozent steigen. Die Ausbildungsvergütungen sollen überproportional angehoben werden. Diese Forderungen haben die Tarifkommissionen für die rund 6.000 Beschäftigten der beiden Stromerzeuger beschlossen. Die wirtschaftliche Situation rechtfertige eine ordentliche Erhöhung der Vergütung. ■

Leiharbeit

Einigung nach intensiven Verhandlungen: Mit dem Abschluss in der Tarifrunde Leiharbeit gibt es für die rund 700.000 Beschäftigten der Branche höhere Löhne. Ab dem 1. Oktober 2024 steigen ihre Entgelte um 3,7 Prozent, ab dem 1. März 2025 um weitere 3,8 Prozent. Der Tarifvertrag läuft 18 Monate. Bundesweit betreffen die Tarifverträge mehr als 90 Prozent aller Leiharbeiterinnen und -arbeitnehmer. ■

Klare Kante: Mareile Siegmund und Nikolas Klinger auf der Dachterrasse der IG BCE in München.



Jung, engagiert, antirassistisch

Text Martin Wollenhaupt – Fotos Anna-Kristina Bauer



Der BJA München
im Video:
[igbce-profil.de/
24228](https://igbce-profil.de/24228)

Mit Aktionen gegen rechts setzt sich der Bezirksjugendausschuss München der IG BCE immer wieder für Vielfalt und Toleranz ein. Eine Geschichte über grenzwertige Stammtischparolen, eine preisgekrönte Instagram-Story und junge Gewerkschaftsmitglieder, die ihre Zukunft selbst in die Hand nehmen.

Dicke Luft in den Büroräumen der IG BCE München. Zwei Mitglieder des Münchener Bezirksjugendausschusses, Kopf an Kopf. „Dasschau her. Die AfD sieht's richtig. Die Scheißkanaken sollen endlich abgeschoben werden. Deutsch, you understand me? Meinungsfreiheit, das hast du dir doch gar nicht verdient.“

Rassistische Beleidigungen gegen Aussehen und Herkunft fliegen durch den Raum. Und das in einer Ausschusssitzung des Bezirksjugendausschusses (BJA) München, dessen 14 Jugendvertreterinnen und Jugendvertreter in hochrangigen Chemiefirmen arbeiten?

„Gut, das reicht“, löst Nikolas Klinger die Situation auf. Mit einer Mischung aus Erleichterung und Scham lachen die jungen Gewerkschaftsmitglieder auf und geben sich High Fives zur Wiedergutmachung. Das Rollenspiel ist beendet. Alles wieder gut.

Schrecksekunde überwinden

Es ist eine reguläre Sitzung des BJA, einmal monatlich trifft sich der Ausschuss, bespricht, plant, entwickelt sich und das Jugendprogramm der Münchener IG BCE weiter. An diesem Dienstagabend hat Nikolas Klinger, Jugendvertreter des Pharmaunternehmens Roche, sein Team zusammengetrommelt, um es zu wappnen – gegen Situationen wie diese, gegen rassistische, antisemitische, diffamierende Aussagen.

„Stammtischkämpfer*innen“ nennt sich die Initiative des bundesweiten Bündnisses Aufstehen gegen

Rassismus. In Seminaren werden Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt, rechten und rassistischen Parolen wie beispielsweise denen der AfD und ihrer Anhängerinnen und Anhänger etwas entgegenzusetzen. Mehr als 1.400 Seminare hat es bereits gegeben, mehr als 20.000 Menschen haben teilgenommen. Darunter: vier Jugendliche des BJA München. Einer davon: Nikolas Klinger, der sein Wissen nun weitergibt an sein eigenes Team.

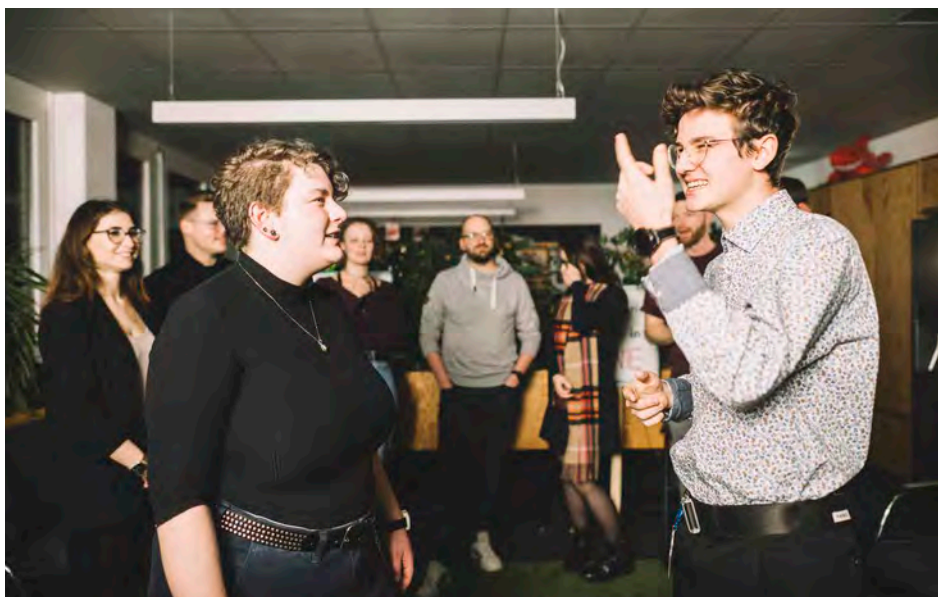
Der „Stammtisch“ – bei diesem Projekt ist damit ein negativ assoziierter Ort gemeint, an dem schnell mal rechte Parolen fliegen. Ein Ort, der nicht stationär gedacht ist, sondern sinngemäß. Überall könne er sein, erklärt Klinger seinen Gewerkschaftsfreundinnen und -freunden, die sich nun in einem

Kreis versammelt haben, um über das, was passiert ist, zu reflektieren. Überall, das heißt in der Familie, im Verein, im Bus. In den sozialen Medien, auf der Arbeit. Überall.

Wozu aber das Rollenspiel? Wozu sich in diesem geschützten Rahmen gegenseitig so beleidigen? Es gehe darum, am eigenen Leib die erste „Schrecksekunde“ zu spüren, sagt Klinger. Um sich in der echten Situation davon nicht überwältigen zu lassen. Um nicht überfragt zu sein, vielleicht geschockt, ratlos, welche Reaktion darauf zu zeigen ist.

Im BJA sorgt man sich vor rechts

Nun, tolle Aktion, könnte man sagen und trotzdem die Frage in den Raum werfen: Was bitte hat denn das Thema Rassismus im Kontext einer Gewerkschaft zu suchen, in



Rollenspiel: Ein pöbelnder „Nazi“ und eine Demokratin inszenieren ein Streitgespräch. Es ist Teil der „Stammtischkämpfer*innen“-Seminare.



In monatlichen Treffen spricht der Münchener Bezirksjugendausschuss über zukünftige Themen.



Beim Gelbe-Hand-Wettbewerb gab es den ersten Preis.

einer Institution, in der es um Lohnforderungen geht, um Arbeitsbedingungen, um Streiks?

Für Mareile Siegmund schließen sich diese Themen nicht aus, ganz im Gegenteil. Sie ist seit acht Jahren im BJA München ehrenamtlich tätig und Vorsitzende des Ausschusses. Wenn sie spricht, dann freundlich, klar und bestimmt.

Gewerkschaften, erklärt die 29-Jährige, seien zwar überparteilich, aber keineswegs unpolitisch. In der Philosophie einer Gewerkschaft sei es verankert, etwas für die Gemeinschaft zu erreichen. Menschen zu vertreten, die nicht immer für sich selbst eintreten können. „Wir haben unsere Grundsätze.“ Respekt, Solidarität, Mitbestimmung – für Siegmund alles Grundpfeiler und Essenz der IG BCE. Handelt man konsequent nach diesen Werten, so muss man sich nun mal auch um dieses Thema kümmern. Das ist nicht nur ihre Meinung, sondern Bundesbeschlusslage.

Hinzu kommt die Aktualität des Themas. Der Triggerpunkt für Siegmund wie für Hunderttausende Protestierende in ganz Deutschland: die Recherchen des Medienunternehmens Correctiv zu einem

Treffen hochrangiger AfD-Politiker, Neonazis sowie finanzstarker Unternehmerinnen und Unternehmer in Potsdam. Ein Treffen, bei dem Begriffe wie „Remigration“ und „Bevölkerungsaustausch“ gefallen



„
Was sich in diesem Land politisch tut, bewegt sich in die falsche Richtung.

Mareile Siegmund,
Vorsitzende des BJA München

sein sollen und laut Correctiv geplant wurde, Millionen von Menschen nach rassistischen Kriterien aus dem Land zu vertreiben. „Was sich in diesem Land politisch tut und was man an der AfD leider sieht, bewegt sich in meinen Augen in die falsche Richtung“, sagt Siegmund. „Da gilt es für mich dagegenzuarbeiten.“

Dagegenarbeiten, sich engagieren, das endet für Siegmund und ihre jungen Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen nicht in Ausschusssitzungen. Als Stimme der Jugend möchte der BJA nach außen wirken. Dorthin, wo man Jugendliche erreicht.

Und das ist wo? Richtig, in den sozialen Medien. Genauer: auf dem Instagram-Account @igbcejugend_muenchen. Schon ein erster flüchtiger Blick auf die Posts verrät: Engagement in einer Gewerkschaft muss nicht bitterernst sein. Es darf Spaß machen. Bunte Wohlfühlposts füllen den Instagram-Account mit Leben. Fotos und Videos der Hüttenfahrt, gemeinsames Feiern auf dem Christopher Street Day, Pizzaessen, Krimidinner, Bowling.

Die ernstesten Themen, die Infoposts, sie streuen die BJA-Jugendlichen geschickt dazwischen.



Soziale Medien: Aufklären dort, wo man die Jugend erreicht.

Ausbildungsthemen, Arbeitsrecht, anstehende Wahlen. Was sagen die Parteien zu den wichtigsten Fragen in puncto Ausbildung? Ist Homeoffice für Auszubildende möglich? Was ist die Geschichte des 1. Mai?

Eine preisgekrönte Instagram-Story

Und ja, auch das Thema Rassismus: Für die siebenteilige Instagram-Story „'Music supports people' – Musik gegen Rassismus und Vorurteile!“ gewann der BJA München den bundesweiten Wettbewerb Die Gelbe Hand. Der Verein Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Rassismus e. V., der von der DGB-Jugend mitgegründet wurde, richtet ihn seit 2005 aus.

Aus den Instagram-Posts des BJA München erhebt sich kein moralischer Zeigefinger. Stattdessen gibt es Lieder verschiedenster Genres aus mehreren Jahrzehnten auf die Ohren. Alle mit einer kleinen bis herzfüllenden Portion Antirassismus.

„Black Parade“ von Beyoncé taucht da auf, ein vibrierender Trap-Beat, unterlegt mit traditionellen afrikanischen Gesängen. Einen Tap weiter provokanter Deutschrap, am Mikro: K.I.Z mit einem ihrer beliebtesten

Hits – „Boom Boom Boom“ aus dem Jahr 2015. Oder die Ärzte mit „Schrei nach Liebe“, „Changes“ von Tupac, „Black or White“ von Michael Jackson, „Be Kind“ von Zak Abel, „Make Racism Wrong Again“ von Bowmen aus dem Jahr 2020.

„Es hat total Spaß gemacht“, erzählt Siegmund. Wer Lust hatte, habe sich einen Song ausgesucht und recherchiert. „Wir sind die Jugend und soziale Medien sind einfach die Plattform, auf der man junge Menschen erreicht.“

Kämpferisch in die Zukunft

Die Story entstand Ende 2022. Verständlich, dass bei den Jugendlichen des BJA München die Gedanken schon wieder bei ganz neuen Aktionen sind. In den Sitzungssaal ist mittlerweile Ruhe eingekehrt. Mit Spraydosen, bunten Eddings und Kartons unter dem Arm sind die jungen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter zur Tür hinaus verschwunden. Hoch hinauf.

Auf der Dachterrasse atmet der Abend bereits aus, der Blick ist weit,

langsam weicht er den Lichtern der Nacht. Was um sie herum passiert, bekommen die Jugendlichen des BJA kaum mit, sie sind beschäftigt, in Aktion, die Kartons sind noch leer, aber sie sollen gefüllt werden mit Statements, die sitzen.

Bestimmt sind sie für den Bayerntag, den Startschuss der bayerischen IGBCE für das Jahr 2024. Mehr als 700 Delegierte werden dort sein. Und der BJA München wird ein Zeichen setzen, Antonia Hierhager wird als Vertreterin der bayerischen Jugend eine Rede halten, und hinter ihr werden sie stehen, ihre Freundinnen und Freunde vom BJA, geeint und mit ihren Statements hoch über den Köpfen.

„Remigriert euch ins Knie!“ wird dort stehen, „AFD – Auf keinen Fall, Digga“ und „Menschenrechte statt rechte Menschen“. Und in den Köpfen der Jugendlichen wird es aufgewühlt sein, kämpferisch, empört, aber auch überzeugt, bewegt und voller Hoffnung für eine Zukunft, die sie selbst in die Hand nehmen. ■

Auf Rassismus reagieren

Grundsätzlich gibt es drei Möglichkeiten zur Reaktion auf diskriminierende Aussagen, lernen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der „Stammtischkämpfer*innen“-Seminare: diskutieren, positionieren und widersprechen. Was davon die ratsamste Reaktion ist, das hängt von vielen Faktoren ab: Wie verhält sich mein Gegenüber? Ist die Person aggressiv? Ist sie kompromissbereit? Habe ich selbst überhaupt Kenntnisse zu dem Thema, um das es geht?

Ein Beispiel: Jemand ist der Meinung, die AfD solle regieren, und tut das lautstark kund. Ich selbst bin anderer Meinung, habe aber keine großen Kenntnisse von Politik. Ich habe keine Argumente parat, die mein Gegenüber vom Gegenteil überzeugen. In dem Fall hat es wenig Sinn, in die Diskussion zu gehen. Positionieren oder widersprechen aber, das ist trotzdem ratsam. Denkbar ist eine Aussage wie: „Auch wenn ich mich nicht viel mit Politik beschäftige, stehe ich gegen die AfD.“

Es geht also nicht immer darum, das Gegenüber auf Biegen oder Brechen vom Gegenteil zu überzeugen. Sondern darum, zumindest eine Position zu beziehen.





Papierherstellung in Handarbeit:
Willi Kus presst Wasser aus
frisch geschöpften Seiten.

Faszination Papier



Text Gerd Schild – **Fotos** Marek Kruszewski

Papier hat eine jahrtausendealte Geschichte. In der Papierwelt in Dörpen gibt Willi Kus, 40 Jahre lang Papiermacher bei UPM Nordland Papier, mit zwei Kollegen Einblicke in die Faszination für das Material. Die Besucherinnen und Besucher nehmen viel Wissenswertes mit – und ihr eigenes Papier.



Papier lässt sich auch aus Gras, Stroh oder Spargelschale machen.



Sieb in die Bütte, herausheben, abtropfen – erste Schritte zum Papier.

Willi Kus taucht ein metallisches Sieb mit Holzrahmen in ein großes Holzfass. In einer fließenden Bewegung hebt er es wieder heraus, Wasser läuft prasselnd aus dem Sieb zurück ins Fass. Auf dem Sieb bleibt eine milchig weiße Schicht. Papier, geschöpft wie vor Jahrhunderten, als es noch eine Luxusware war. Heute ein Erlebnis in der Papierwelt im emsländischen Dörpen, direkt neben der größten Papierfabrik Europas, aus der auch das Papier für die gedruckte Ausgabe unseres Mitgliedermagazins *Profil* stammt.

Willi Kus, man übertreibt mit der Formulierung nicht, lebt für Papier. Kus, kurzes graues Haar, Schnauzbart, bunt kariertes Kurzarmhemd, kann den ganzen Tag über Papier erzählen, und er tut es auch. Der 72-Jährige ist die gute Seele der Papierwelt in Dörpen. Praktisch zeitgleich mit seinem Ausscheiden

bei UPM im Jahr 2010 fing Kus im Vorläufer der Papierwelt an, einem Papiermuseum im Ortskern von Dörpen. 2017 ist er mit umgezogen in die neue Papierwelt direkt neben dem Werk. Mit zwei anderen ehemaligen Papierwerkern zeigt er das Papiermachen.

Kunstwerke für alle

Auf knapp hundert Quadratmetern gibt es hier Beispiele, was man heute alles aus Papier machen kann. Dazu gibt es alte Maschinen, historische Wasserzeichen und allerlei interessante Details darüber, wie aus dem Papier ein Massenprodukt wurde. Und dann geht es meist direkt in den hinteren Teil, zum kleinen Whiskyfass aus Holz, das heute als Bütte dient, als Wanne, aus der Papier geschöpft werden kann.

Von dem Besuch der Papierwelt nimmt jede und jeder etwas mit. Wissen über Papier von früher bis heute, und auch das eigene Papier.

Sind die Gruppen sehr groß, teilt man sich auf: Eine Gruppe beginnt mit dem Papier, die andere beginnt damit, ein Bild in eine Styroporplatte zu ritzen, die dann mit Farbe bestrichen und auf Papier gedruckt wird. Viele Gruppen gehen nach dem Besuch bei Willi Kus noch in die Papierfabrik nebenan und lassen sich bei einem Rundgang zeigen, wie moderne Papierherstellung funktioniert. UPM Nordland in Dörpen ist Europas größter Hersteller von Fein- und Spezialpapieren, die als Kataloge, Flyer, Poster oder Magazine wie die *Profil* bedruckt werden.

Kus wurde in Jülich im Rheinland geboren. Daher hat er die weltumarmende Fröhlichkeit, wie er sagt. Mit dem Vater zog es die Familie Anfang der 1970er-Jahre ins Emsland. Der Vater war Meister in einer Papierfabrik und auf der Suche nach einer neuen Anstellung. Er kam zu Nordland Papier, 1967 in Dörpen gegründet.



Willi Kus schaut mit kritischem Kennerblick auf das IGBCE-Wasserzeichen.



Blick in die Papierwelt Dörpen.

„Das erste Mal in einer Papierfabrik? Da war ich drei Tage alt“, erzählt Kus. Der Vater war in seiner Zwölf-Stunden-Schicht, die Mutter brachte das Essen, der Neugeborene kam mit. Da muss es ihn gepackt haben, sagt Kus. Die Maschinen, die Geräusche, dieses Magische, wenn aus klein gemahlenem Holz und Wasser weißes Papier wird. Mit 17 begann Kus in der Papierfabrik, machte später seinen Meister und blieb mehr als 40 Jahre im Werk. Ruhestand, das ist kein Wort, das auf Willi Kus passen würde. Seit 14 Jahren, damals war er 58, ist der Papiermachermeister nicht mehr in Vollzeit bei UPM Nordland Papier beschäftigt. In die Papierwelt kommt er trotzdem fast jeden Tag.

Papier aus Stroh und Spargel

In einer Ecke greift Kus einen Haufen Papiere. Die hat er alle selbst geschöpft – woraus, das lässt er die Besucherinnen und Besucher raten. Und die haben es dann gar nicht so leicht. Auf Stroh als Rohstoff kommt man vielleicht noch bei einem gelb leuchtenden Stück Papier. Aber Kus kann auch Schreibpapier aus Spargelschale herstellen, sechs Stunden abgekocht. Oder aus dem Pferdemist der drei Tiere seiner Schwieger-tochter. Oder aus den Rasenresten,

die er beim Reinigen des Rasenmähers aufgesammelt hat. „Alles, was Fasern hat, kann man zu Papier machen“, sagt Kus. Und dann zeigt

„
**Alles mit Fasern
kann man zu
Papier machen.**

Willi Kus,
Papiermacher

er ein weiteres Blatt. „Das habe ich viele Jahre gestreichelt“, sagt er und schaut schmunzelnd in die Runde. Dann fügt er an, man solle sich mal keine Sorgen machen, das habe er nicht aus der Familienkatze gemacht, sondern aus dem Bademantel seiner Frau.

Kus erzählt gern. Aber er kann auch auf die Gäste eingehen. Für Menschen im Rollstuhl hat er extra einen Arbeitsplatz gebaut, an dem diese auch im Sitzen Papier schöpfen können. Wenn Kinder kommen,

gerade die stillen Typen, und irgendwann mitmachen, auftauen, dann, sagt Willi Kus, „geht mein Herz auf“. Wenn Schulen anfragen, schickt UPM seinen Rentner im Unruhestand auch mal eine Woche am Stück zu den Schülerinnen und Schülern. Stunde um Stunde schöpft er mit ihnen und bringt ihnen das Papier näher. Und wer weiß, sagt Kus, vielleicht begeistert er ja manche von ihnen für ein Praktikum oder sogar eine Ausbildung bei UPM.

Überlebensgeschichte auf Papier aus einer Bluse

Kus hat ein paar Lieblingsgeschichten, mit denen er zeigen will, dass die Liebe zum Papier ansteckend ist. Die erzählt er, als er am Holländer lehnt, einer Maschine, die aus Lumpen Faserbrei macht – lange Zeit war das der Ausgangsstoff für Papier. Da war die Frau mit der himmelblauen Bluse, die sie getragen hatte, als sie in einer Wüste in den USA mit dem Heißluftballon abstürzte und im Nirgendwo drei Tage auf Hilfe warten musste. Aus der Bluse machte sie, mithilfe von Willi Kus, ein kleines, blaues Heft – und schrieb darin das erste Mal die Geschichte ihres Überlebens auf.

Wasserzeichen machen das handgeschöpfte Papier noch exklusiver.

Guide: Papierwelt Dörpen



Willi Kus hat mehrere Vorlagen – etwa Löwe, Elefant oder Hexe. Für die IGBCE hat Willi Kus extra aus Kupferdraht einen IGBCE-Schriftzug gebogen und ihn mit Drahtstückchen am Metallsieb festgemacht – Ehrensache für den Mann, der sein ganzes Berufsleben Gewerkschafter war und immer noch ist. Als er nun das Sieb in die Bütte tunkt und wieder herausholt, bleiben auf dem vom Draht bedeckten Teil des Siebs weniger Fasern zurück. Später wird man hier das Wasserzeichen sehen.

Man kann sich gut vorstellen, dass die Geschichten, die Willi Kus erzählt, bei jeder Altersgruppe gut ankommen. Die Geschichten von früher, als es einen ganzen Haufen Menschen in einer Papiermühle für die damals 33 Arbeitsschritte vom Anliefern der Lumpen bis zum fertig gebügelt Papier brauchte – und jede Menge Zeit zum Trocknen. Oder über die Materialien, die benötigt wurden, etwa den Leim aus den gekochten Knochen von Ziegen und Schafen, mit dem das Papier tintenfest wurde. Vor allem aber steigt man hier ein in echte Handarbeit, schafft mit zum Teil jahrhundertalter Technik zeitlos schönes Papier – und das alles mit einem Sieb und einem Fass voll weißer Brühe. „Das fasziniert eigentlich jeden“, sagt Willi Kus. ■

Papierwelt Dörpen

Nordlandallee 1
26892 Dörpen
Anmeldung: Tel.: 04963 4012107
E-Mail: anke.hegemann@upm.com
upmpaper.com

Schloss Clemenswerth

Ein barockes Jagdschloss, erbaut im 18. Jahrhundert von Clemens August von Bayern. Das Schloss beeindruckt mit seiner sternförmigen Anlage und ist von weitläufigen Parkanlagen umgeben, die zu Spaziergängen einladen.

Schiffahrtsmuseum Haren

Dieses Museum bietet einen faszinierenden Einblick in die Geschichte der Schifffahrt auf den Flüssen und Kanälen des Emslandes. Besucherinnen und Besucher können historische Schiffe besichtigen, interaktive Ausstellungen erkunden und mehr über die Bedeutung der Schifffahrt für die Region erfahren.

Wandern mit Moorblick

Das Bourtanger Moor bietet reizvolle Wanderwege, bei Hebel um den Dankernsee (4km) oder bis Wesuwe (19km) sowie entlang der Ems bei Haren (4km).
naturpark-moor.eu

Hotelempfehlung

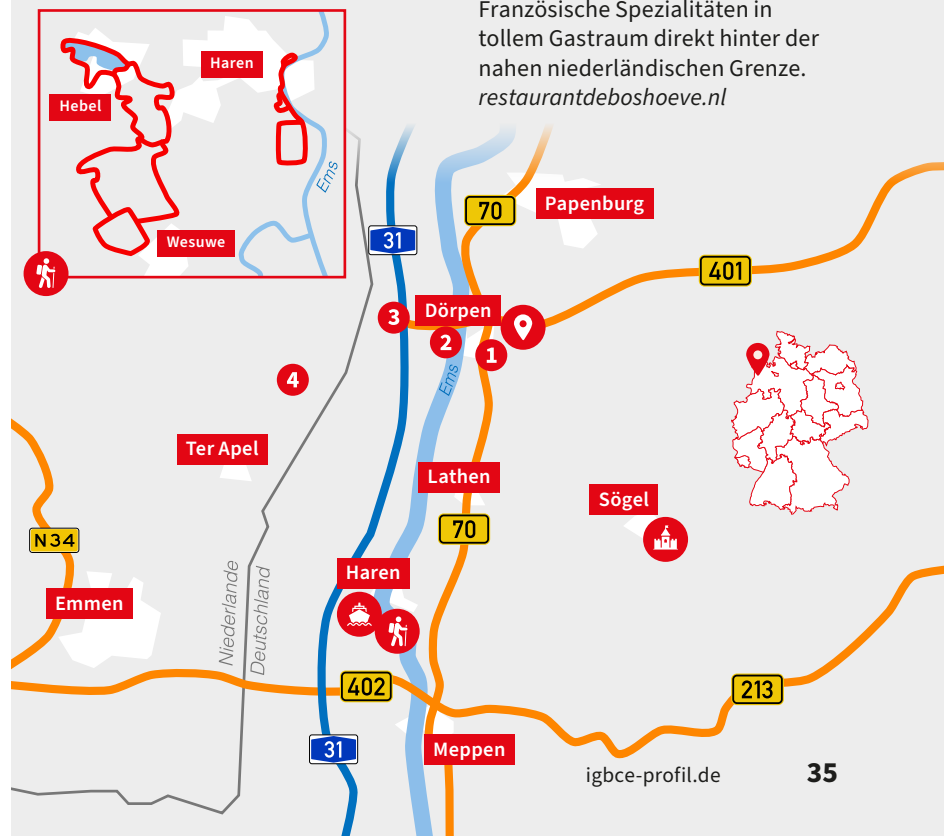
1 Hotel Borchers
Neudörpener Straße 48–52
26892 Dörpen
DZ ab 99 Euro mit Frühstück
hotelborchers.de

2 Emsländer Hof
Heeder Straße 65
26892 Dörpen
DZ ab 78 Euro, Frühstück 10 Euro pro Person extra
emslaenderhof.de

Gastronomie

3 Kannelloni €€€€
Italienische und mediterrane Spezialitäten.
kannelloni.de

4 Restaurant De Boshoeve €€€€
Französische Spezialitäten in tollem Gastraum direkt hinter der nahen niederländischen Grenze.
restaurantdeboshoeve.nl



Wertschöpfung durch Wertschätzung

Text Vera Schankath – Fotos Anna-Kristina Bauer

Der Pharmakonzern MSD tut einiges für eine maximal diverse Belegschaft, in der alle Menschen sich so zeigen können, wie sie sind. Denn: Vielfalt und Offenheit bedeuten auch unternehmerischen Erfolg.



Unternehmen ohne Diversity sind bald weg vom Markt!“, sagt Lutz Staacke. Der Social-Media-Manager des Arzneimittelherstellers MSD Sharp & Dohme ist – wie sein Arbeitgeber – überzeugt vom Wirtschaftsfaktor Vielfalt. Als die ICBCCE auf Instagram ihre Diversity Toolbox vorstellt, kommentiert Staacke daher sofort: „Finde ich richtig gut. Wenn ihr Austausch zu euren Unternehmen haben wollt, die Diversity schon leben, dann meldet euch.“ Das hat die *Profil*-Redaktion getan und MSD in München besucht.

Diversity (Diversität) bedeutet: Teams und Organisationen sind in sich verschieden zusammengesetzt. So geben Unternehmen aktiv Impulse, um innovativer, effizienter und damit profitabler zu agieren. Eine diverse Arbeitskultur

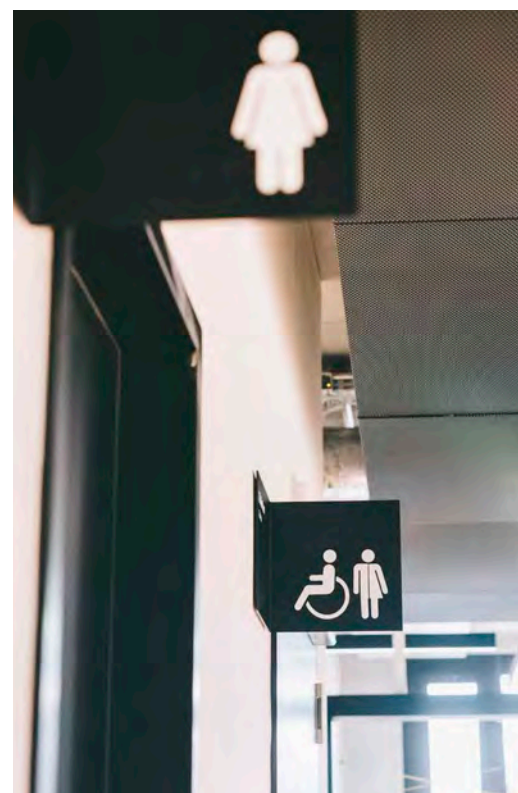
stellt sich Herausforderungen der Zeit, indem sie individuelle Potenziale zum Wohle der Organisation fördert. Dass Diversity signifikant positiv auf den Geschäftserfolg wirkt, belegen Studien. Dennoch geben in einer Umfrage des Weiterbildungsanbieters Haufe noch im Sommer 2023 nur zwei Prozent der 200 befragten Unternehmen an, ein ausgereiftes Diversity-Management zu nutzen. Alle anderen stehen am Beginn dieser Reise.

Diversität in der Wirtschaft

MSD gehört zu denjenigen, die sich bereits erfolgreich auf den Weg gemacht haben. Wie die IGBCE hat der Konzern im Jahre 2017 die Charta der Vielfalt unterzeichnet, eine Initiative für Diversität in der Wirtschaft. Heute sind mehr als 5.000 Organisationen mit mehr als

15 Millionen Beschäftigten angeschlossen. Das Modell baut auf den sieben Kerndimensionen einer Persönlichkeit auf: Alter, Ethnie, Geschlecht, soziale Herkunft, Religion, geistige und körperliche Fähigkeiten sowie sexuelle Orientierung. Diversity-Management, inhaltlich meist bei der Geschäftsführung oder dem Personalwesen angedockt, toleriert nicht nur diese individuellen Verschiedenheiten, sondern hebt sie wertschätzend hervor. Bisher unterrepräsentierte Gruppen werden dabei bewusst in den Blick genommen. Diversity-Managerinnen und -Manager entwickeln Strategien und leiten Maßnahmen ab. Vielfalt verstehen sie als dynamisches Konzept, das existierende Narrative in kleinen Schritten verändert.

Bei MSD gehört Vielfalt zur tief empfundenen Kultur. Der



Sichtbare Vielfalt: Im Münchner MSD-Gebäude sind Telefonboxen ebenerdig und daher gut mit Rollstuhl nutzbar. Die „Toilette für alle“ setzt ein kleines Zeichen der Inklusion für behinderte, nonbinäre und transgender Menschen. Monatlich trifft sich das Diversity-Board und bespricht weitere Themen.

amerikanische Konzern hat weltweit 70.000 Mitarbeitende, 2.600 von ihnen an neun deutschen Standorten. Global engagieren sich gut 22.000 Kolleginnen und Kollegen in 290 Employee Business Resource Groups, kurz EBRG, für Vielfalt. In Deutschland können Mitarbeitende zehn Prozent ihrer Arbeitszeit dem Thema Diversity widmen. Die Idee der EBRGs kommt aus den USA. Bereits 1970 schlossen sich dort People of Colour zusammen, 1995 folgten Frauen, dann Menschen spanischer und asiatischer Abstammung, um ihren Anliegen eine gemeinsame Stimme zu geben. Alle Mitarbeitenden können eigenständig neue Gruppen bilden und sind dabei nicht auf vordefinierte Merkmale begrenzt.

In Deutschland wirken bei MSD derzeit vier EBRG. Sie setzen die Themen Behinderung, Frauen, LGBTQIA+ sowie Alter auf die Agenda. „Auch unsere Kundinnen und Kunden sind vielfältig. Das wollen wir abbilden“, erklärt Staacke, der im Sommer 2022 die Leitung der deutschen Rainbow Alliance übernommen hat, in der es um sexuelle und geschlechtliche Orientierung geht. Er will „aktiv an einem Umfeld mitwirken, in dem jede Person sein kann, wie sie ist“.

Je offener, desto erfolgreicher

Warum das entscheidend für die Arbeitsleistung ist, kann der 41-Jährige mit persönlichen Erfahrungen und mit Studien belegen. Je ausgeprägter das Diversity-Management, desto freier fühlen sich Beschäftigte. Sie schöpfen ihr Potenzial stärker aus. So belegt eine Untersuchung der Boston Consulting Group: Unternehmen, die Diversität fördern, machen 19 Prozent mehr Umsatz als ihre konservativen Wettbewerber. „Wer sich verstecken muss, arbeitet nicht gut. Denn dann ist ein Teil der Arbeitskraft für das Aufrechterhalten eines



Christina Puchstein verantwortet die Vielfalt, Chancengerechtigkeit und Inklusion bei MSD. Sie sagt: „Diversity ist zu komplex, um sie nebenbei zu leisten.“

Lügenkonstrukts geblockt und fehlt dem Unternehmen“, so Staacke, der selbst offen homosexuell mit seinem langjährigen Partner in der Nähe von München lebt.

Laut einer Studie von McKinsey & Company wissen 38 Prozent der

queeren (also zum Beispiel nicht heterosexuellen) Talente, dass ein Coming-out ihr Leben leichter machen würde. Gleichzeitig sehen 22 Prozent darin ein Karriererisiko. Outen sich Mitarbeitende nicht im ersten Jahr im neuen Job, sinkt die Wahrscheinlichkeit eklatant. Staacke selbst hat sich spät zu seiner Homosexualität bekannt, denn sein Vater machte homophobe Sprüche. Eines Tages aber rief sein Vater an und sagte: „Tante Ruthchen hat erzählt, dass du einen Freund hast. Warum hast du mir nichts gesagt?“ Dann haben beide gelernt: Damit sich etwas verändert, ist es wichtig, miteinander zu reden. Diese Perspektive hilft auch Unternehmen.

Dreimal im Jahr organisiert Staackes Gruppe den Rainbow Talk für Kolleginnen und Kollegen. Dann sprechen während der Arbeitszeit Gäste zu Themen wie Transmedizin, Asexualität oder Rassismus in der Medizin. Auch kleine Zeichen wie Staackes Smartphonehülle oder Schlüsselband in Regenbogenfarben fördern den Austausch. „Ein neuer Kollege, der sich outen möchte, hat mich daraufhin angesprochen. Und ich hatte ein



„
**Wer sich
verstecken
muss, arbeitet
nicht gut.**

Lutz Staacke,
Social-Media-Manager



Egal ob alt, ob jung, ob Mann, ob Frau:
Networking im Format „Mystery Coffee“.

Gespräch mit einem Kollegen, der sich um seinen homosexuellen Sohn sorgt“, erzählt Staacke. Seine Erfahrung: Schon die Frage „Wie war dein Wochenende?“ kann für ungeoutete Menschen stressig sein. Die Prämisse: Je ehrlicher du sein kannst, desto mehr Platz hast du.

Wie entscheidend mentale Gesundheit für die Produktivität ist, das ist in der Wirtschaftswelt längst angekommen. „Auf eigene Geschichten kommt es an“, ist Nicola Brisley überzeugt. Seit 2022 leitet sie die EBRG für Menschen mit sichtbarer und unsichtbarer Behinderung. Die Britin selbst ist nicht betroffen. Ihre EBRG heißt capABILITY. Ihr Ziel: „Ich habe einen starken Gerechtigkeitsinn und möchte denjenigen meine Stimme geben, die sich nicht trauen, laut zu sein.“

Brisley und ihr Team schaffen einen sicheren Rahmen und merken dennoch, wie schwer es Menschen fällt, sich zu öffnen. Viele fürchten Konsequenzen. Brisley fragte sich: „Was kann ich da beitragen?“, und geht als Vorbild voran. Ihre Mutter verstarb früh an Krebs. Brisley organisierte den ersten Talk zum

Thema Trauer und Verlust, sprach über eigene schmerzvolle Erfahrungen. Sie hat gelernt: „Wenn man Menschen offen begegnet, dann öffnen sie sich auch.“ Es folgten Talks zu Autismus und Krebs. Kolleginnen und Kollegen sprachen über ihre Diagnosen und das, was sie sich am Arbeitsplatz wünschen. Später lud Brisley Gäste zum Thema Leichte Sprache ein. Spannend für den Pharmariesen, denn: Um alle Menschen mit Informationen in Beipackzetteln zu erreichen, sollen sie auch in Leichter Sprache vorliegen, gleichzeitig aber regulatorische Vorgaben erfüllen. Auch diese Talks liegen in der Arbeitszeit, meist nachmittags, wenn keine Meetings sind, damit alle teilnehmen können.

Die vier Frauen in der EBRG capABILITY sind laut für die Leisen. „Wir erfahren dabei viele Glücksmomente“, erzählt Brisley. Zum jährlichen Tag des Downsyndroms am 21. März zum Beispiel rufen sie auf, unterschiedliche Socken zu tragen, das Symbol für Solidarität mit Menschen mit Downsyndrom. „Wir schaffen Awareness“, so Brisley. Sie weiß, dass Menschen mit Behinderung Teams oft stärken. „Viele zeigen Resilienz und Kampfgeist, haben gelernt, Hindernisse zu überwinden und kreative Lösungen zu finden. Geduld und Problemlösungskompetenz tun allen gut.“ Ein großes Thema für Unternehmen sei es, überhaupt Bewerbungen zu erhalten. MSD postet daher alle Stellenangebote auch auf der inklusiven Jobbörse myAbility.jobs.

Die vier EBRGs in München arbeiten eng zusammen. Einmal im Monat treffen sie sich im DE&I-Board unter Leitung von Christina Puchstein, stellvertretende Direktorin für Unternehmensnachhaltigkeit bei MSD Deutschland. Die studierte Gesundheitswissenschaftlerin verantwortet das gesamte Thema Nachhaltigkeit, wozu

auch DE&I gehört. DE&I steht für „diversity, equity, and inclusion“. Zu Deutsch: Vielfalt, Chancengerechtigkeit und Inklusion. Puchstein ist stolz auf die globale DE&I-Strategie ihres Arbeitgebers.

Engagement fördern: Bezahlte Stunden für ein Ehrenamt

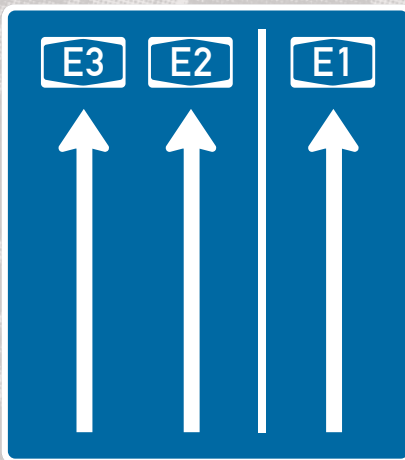
Sie hat für MSD absolute Priorität. „Denn“, Puchstein lässt keine Zweifel, „nur Vielfalt und Inklusion können die komplexen Probleme unsere Zeit lösen.“ Dabei sei Chancengerechtigkeit die Brücke. Mit dem DE&I-Board setzt sie globale Vorgaben für das deutsche Unternehmen um, bietet unter anderem Schulungen für Führungskräfte, regelmäßige Workshops, einen jährlichen DE&I-Monat sowie für alle Mitarbeitenden vierzig bezahlte Stunden pro Jahr für soziales Engagement, und das bereits seit 2009.

„Diversity ist zu komplex, um sie nebenbei zu leisten“, weiß Puchstein. „Kolleginnen und Kollegen haben unglaublich gute Ideen. Im Board können wir sie strukturieren, priorisieren und budgetieren.“ MSD schafft damit eine Kultur, die rechtem Populismus trotzt. Puchstein betont mit Blick auf die Europawahl im Juni und der Gefahr für Freiheit und Demokratie durch nationalistische Strömungen: „Es ist unsere unternehmerische Verantwortung, Orte zu schaffen, an denen alle sicher sind. Denn hier kommen viele verschiedenen Menschen zusammen. Wir haben eine Vorbildfunktion.“ ■



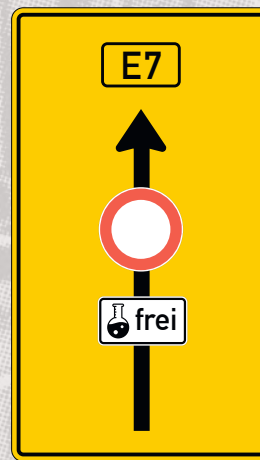
Die Tarifbaustelle

Der Bundesentgelttarifvertrag für die Chemieindustrie ist ein Herzstück des IGBCE-Tarifwerks. Und er bedarf dringend der Überarbeitung. Eingruppierungen, neue Berufsbilder, neue Tätigkeiten, mehr Attraktivität – was wir in den Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband ändern wollen.



Unten ohne Ansporn

In den unteren Entgeltgruppen E1 bis E5 gibt es generell zu wenig Entwicklungsmöglichkeiten nach oben. Wer in einer der Gruppen eingruppiert ist, bleibt dort auch – es sei denn, der Arbeitgeber hat ein Einsehen. Das muss sich ändern. Leistung und Erfahrung müssen sich lohnen.



In der Mitte mehr Logik, bitte

Für den Schritt von E6 nach E7 braucht man eine Ausbildung in einem der privilegierten Berufe (Chemielaborant/-in, Prozesselektroniker/-in, IT-Fachkraft). Wir halten diese Unterscheidung für überkommen.

Bundesentgelttarifvertrag Chemieindustrie (Nordrhein)

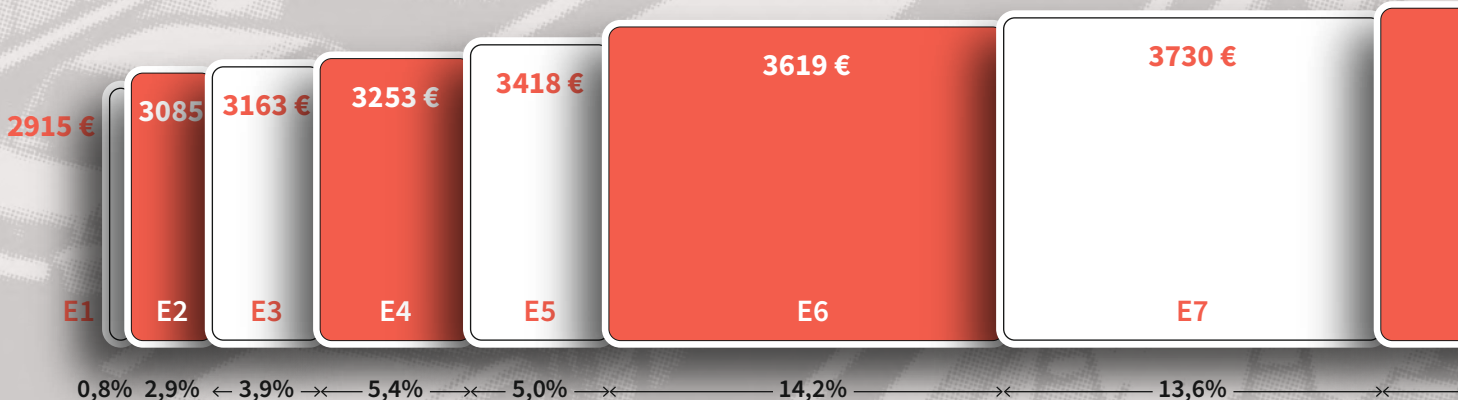
Die Höhe der Entgelte unterscheidet sich von Tarifbezirk zu Tarifbezirk. Nordrhein dient als Orientierung.



Höhe des monatlichen Entgelts

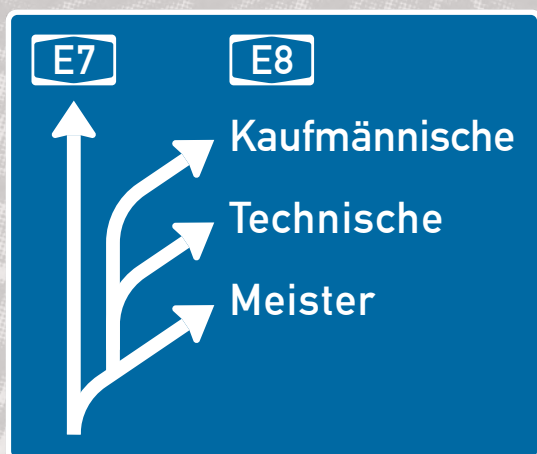


Anteil der Beschäftigten in dieser Gruppe



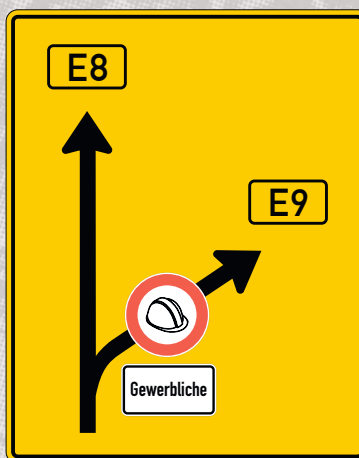
Zu viele Unterschiede

Ab Entgeltgruppe E8 unterscheidet der Tarifvertrag die Bereiche kaufmännische, technische und Meistertätigkeit. Das führt im Extremfall zu Unterschieden von bis zu 500 Euro Entgelt pro Monat. Wir wollen, dass generell nach Leistung bezahlt wird.



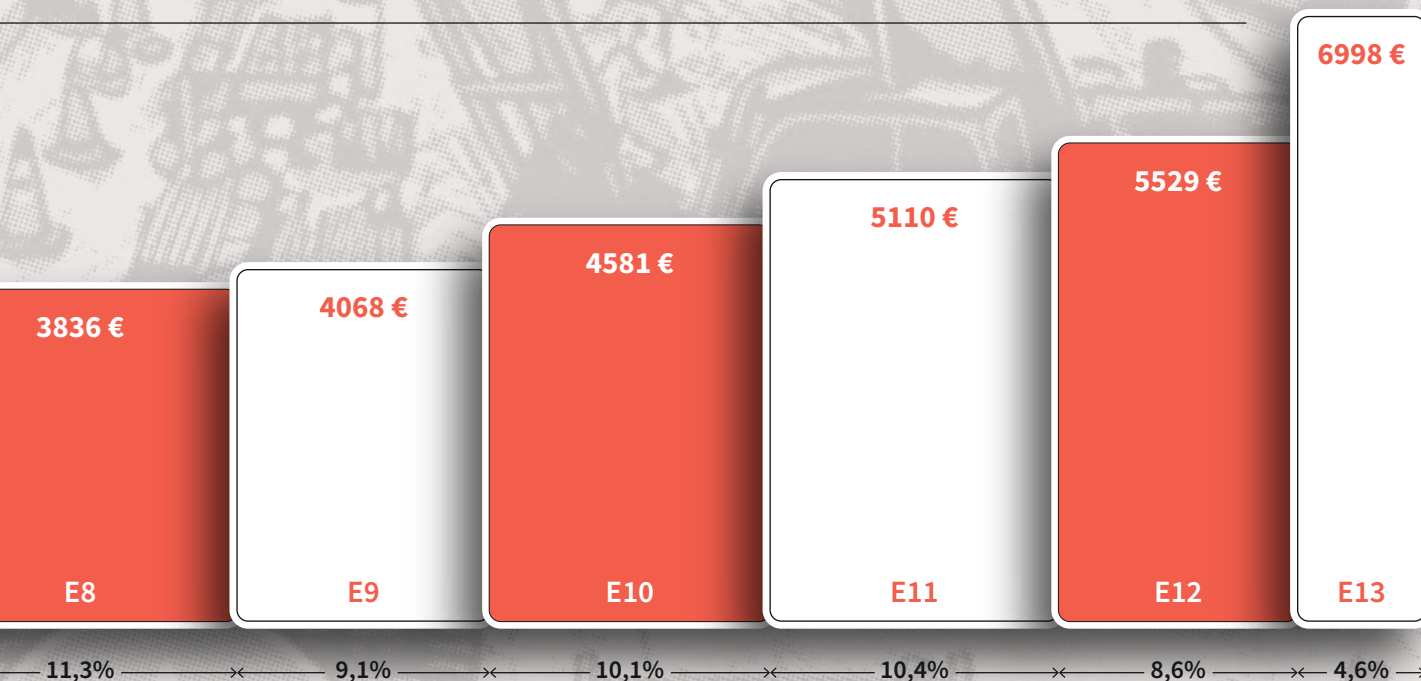
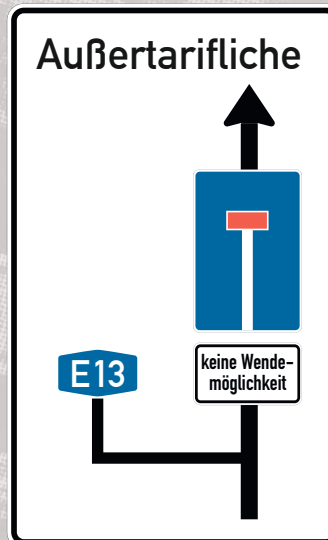
Ich bin, was ich kann

Für Beschäftigte im gewerblichen Bereich ist mit der Entgeltgruppe E8 Schluss. Um in E9 aufzusteigen, brauchen sie eine Weiterbildung. Wir denken: Auch hier muss Erfahrung zählen – und sich in Form eines Aufstiegs auszahlen.



Die Aufstiegsfalle

Der Aufstieg in den Bereich der Außertariflichen ist ein fragwürdiger. Viele AT- Beschäftigte verdienen deutlich weniger, als wenn sie in der höchsten Stufe E13 eingruppiert wären, und haben keinen Anspruch auf sonstige tarifliche Leistungen.



Bello im Büro?

Text Katrin Schreiter – Illustration Karolina Zolubak

Assistenzhunde übernehmen für Menschen mit Einschränkungen wichtige Aufgaben im Alltag – häufig begleiten sie ihr Frauchen oder Herrchen zum Arbeitsplatz. *Profil* erklärt, was es dabei rechtlich zu beachten gibt.



Den tierischen Freund zum Arbeitsplatz mitbringen – das ist bei vielen Beschäftigten beliebt, allerdings nicht in jedem Unternehmen erlaubt. Doch Menschen mit Einschränkungen, die auf einen Assistenzhund angewiesen sind, haben grundsätzlich ein Recht auf diese Begleitung. Das ergibt sich aus Paragraf 12e des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG).

„Vorsicht – das ist kein Freifahrtschein“, sagt **Peter Voigt**, Leiter der Abteilung Justiziariat/Rechtspolitik/Rechtsschutz bei der IG BCE. Ohne vorherige Rücksprache mit der Chefin oder dem Chef sollte man den Vierbeiner nicht einfach mitbringen. Das heißt: „Bevor der Assistenzhund mit ins Büro oder in die Werkstatt darf, sollte in jedem Fall der Arbeitgeber zumindest informiert werden“, erklärt der Jurist. „Ansonsten liegt unter Umständen eine Pflichtverletzung vor, die zu einer Abmahnung führen kann – oder sogar zu einer verhaltensbedingten Kündigung.“

Zumutbar und verhältnismäßig?

Darf der Arbeitgeber den Assistenzhund verbieten, obwohl er für sein Herrchen oder Frauchen (über)lebenswichtig ist? „Ja, in bestimmten Fällen kann er das“, sagt Voigt. „Das ist immer auch eine Frage der Zumutbarkeit und der Verhältnismäßigkeit.“

So könne der Arbeitgeber die tierische Begleitung verweigern, wenn sie „eine unverhältnismäßige oder unbillige Belastung ist“, beispielsweise aus hygienischen Gründen im Labor oder auf einer Intensivstation. Oder aus Gründen, die

die Organisation betreffen, „wenn durch den Hund andere Kolleginnen und Kollegen bei ihren Arbeitsabläufen unzumutbar gestört werden. Auch, wenn es im Team Beschäftigte gibt, die eine Hundehaarallergie oder eine Hundephobie haben, kann der Arbeitgeber das

Tier, wenn es keine andere Lösung gibt, am Arbeitsplatz verbieten.“

Voigt rät dazu, gemeinsam im Gespräch nach Alternativen zu suchen.

„Das könnten eine räumliche Trennung, Homeoffice-Tage oder gestaffelte Arbeitszeiten sein.“

Und wenn keine Einigung in Sicht ist? „Dann sollte man sich an den Betriebsrat oder an die Schwerbehindertenvertretung wenden“, rät der Fachmann. „IG BCE-Mitglieder können sich auch in ihrem Bezirk Rat holen.“

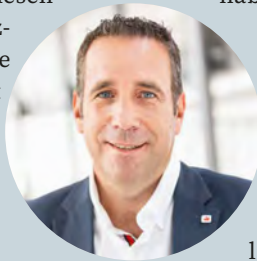
Gute Stimmung im Büro

Und was ist mit Vierbeinern am Arbeitsplatz an sich? Ist es grundsätzlich erlaubt, den Hund mitzubringen? Während der Coronapandemie sind viele Leute auf den Hund gekommen. Ob Dackel oder Labrador, Pudel oder Boxer: Nach Angaben des Verbandes für das Deutsche Hundewesen (VDH) wurden 2020 im Vergleich zu Nicht-Corona-Jahren bundesweit 20 Prozent mehr Hunde gekauft.

Arbeitgeber nutzen das Thema mittlerweile sogar, um gutes Personal zu binden oder zu rekrutieren. Und auch der Deutsche Tierschutzbund verweist auf die Vorteile: „Die Vierbeiner sorgen für gute Stimmung im Büro, die Mitarbeitenden verbringen ihre Pausen an der frischen Luft, und das Risiko, dass Hunde aufgrund von Zeitmangel im Tierheim abgegeben werden,

sinkt“, sagt Präsident Thomas Schröder.

Doch auch hier gilt: „Es gibt keinen rechtlichen Anspruch darauf, den Hund an den Arbeitsplatz mitzunehmen“, unterstreicht Rechtsexperte Voigt. Das heißt trotz aller Pluspunkte für Bello und Co.: „Der Arbeitgeber muss es nicht erlauben.“ ■



Fünf Helfertypen

Der Gesetzgeber unterscheidet zwischen fünf Assistenzhundtypen:

- 1** Blindenführhunde, die blinden oder sehbeeinträchtigten Personen bei der Orientierung helfen.
- 2** Signalbeziehungsweise Gehörlosenhunde, die taube oder gehörbeeinträchtigte Menschen unterstützen.
- 3** Medizinische Signalhunde, die chronisch erkrankte Personen vor gefährlichen Veränderungen, etwa beim Stoffwechsel oder der Psyche, warnen.
- 4** Servicehunde, zum Beispiel Rollstuhlbegleithunde, die Menschen bei der Mobilität helfen.
- 5** Kombinationshunde, die mehrfach behinderte Menschen unterstützen. Sie kombinieren dazu Eigenschaften aus mehreren Assistenzbereichen.

Noch viel zu tun

Text Katja Pflüger

Vor mehr als 30 Jahren trat die heutige Wismut GmbH ein schweres Erbe an – das Unternehmen musste sich abrupt vom Uranproduzenten zum Sanierungsunternehmen umstellen. Veränderungen, die nicht nur in der Natur ihre Spuren hinterlassen haben. Ein Blick auf ein Unternehmen zwischen Bergbautradition und Innovation.



Foto: picture alliance/dpa | Sebastian Willnow

Quellenhinweis: Dieser Arbeitgebercheck basiert auf Recherchen bei Beschäftigten, Betriebsräten, Vertrauensleuten sowie Betriebsbetreuerinnen und -betreuern der IGBCE. Die zusammengetragenen Informationen sind aus Gründen des Quellenschutzes bewusst anonymisiert. Jede Angabe kann jedoch konkret bestimmten Quellen zugeordnet werden. Zudem wurden öffentlich zugängliche Quellen einschließlich der Angaben des Unternehmens selbst genutzt.

Wismut

Gründung	1991 (Nachfolgeunternehmen der Sowjetisch-Deutschen Aktiengesellschaft Wismut, 1954 gegründet)
Sitz	Chemnitz
Rechtsform	GmbH (mitbestimmt)
Gesellschafter	Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
Budget (2022)	127,7 Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt
Beschäftigte	circa 800 an vier Standorten



Es ist ein brisantes Erbe der DDR-Zeit: Unter strengster Geheimhaltung gegenüber dem Westen förderte die Sowjetunion durch die SDAG (Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft) Wismut zwischen 1946 und 1990 an zahlreichen Standorten in Sachsen und Thüringen mehr als 200.000 Tonnen Uran. Die DDR war damit der viertgrößte Uranproduzent der Welt – hinter der UdSSR, den USA und Kanada. Hunderttausende Männer und Frauen haben in den 45 Jahren für die Wismut gearbeitet – in den Anfangsjahren unter schwersten körperlichen Arbeitsbedingungen. In den 1970er- und 1980er-Jahren hatte das Unternehmen eine Stammbeflegschaft von rund 45.000 Beschäftigten. Mit der deutschen Einheit wurde 1990 der Uranerzbergbau zügig eingestellt. Zurück blieben 1.500 Kilometer offene Grubenbaue, 311 Millionen Kubikmeter Haldenmaterial und 160 Millionen Kubikmeter radioaktive Schlämme in dicht besiedelten Gebieten. Mitte 1991 stieg die UdSSR als Eigner aus. Das war die Geburtsstunde der heutigen Wismut GmbH. Die Wismut ging vollständig in den Besitz der Bundesrepublik Deutschland über, beauftragt mit der Sanierung und der Renaturierung der durch den Uranabbau geschädigten Regionen.



Arbeitsumgebung

Die Wismut lockte nach Kriegsende Zehntausende Arbeitskräfte mit märchenhaften Löhnen in den Uranbergbau. Die gut bezahlten Jobs kurbelten das gesellschaftliche Leben und die Wirtschaft im Vogtland und im Erzgebirge mächtig an. Und auch heute noch leistet man mit der Vergabe von öffentlichen Aufträgen an kleinere und mittlere Unternehmen aus der Gegend einen wesentlichen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Region.

Die Stilllegung des aktiven Bergbaus nach der Wende ging mit einem enormen Beschäftigtenabbau einher. An den vier Standorten arbeiten heute kaum noch Bergleute, sondern Sanierungsarbeiter*innen, Ingenieur*innen, Laborant*innen, technisches Personal, Mechaniker*innen, Elektriker*innen und administrative Angestellte. Zu ihren Aufgaben gehören unter anderem die Sicherung von Schächten und Grubenbauen, die Wasseraufbereitung, die Demontage und der Abriss kontaminierter Anlagen und Gebäude sowie Sanierung und Renaturierung von Halden und Schlammteichen. Hinzu kommt ein weites Messnetz zur Überwachung und Kontrolle.

Einmal im Jahr findet in Ronneburg der „Tag der Umwelt“ statt. An diesem Tag präsentiert sich das Unternehmen der Öffentlichkeit und stellt die Fortschritte seiner Arbeit vor. Transparenz gegenüber Anwohnerinnen und Anwohnern wird großgeschrieben.



Betriebsklima

Die Bergbauergangenheit ist immer noch allgegenwärtig, bergmännische Werte werden aktiv gefördert und hochgehalten. Viele Beschäftigte engagieren sich neben ihrer Arbeit in bergmännischen Traditionsvereinen, zu denen das Unternehmen einen engen Kontakt pflegt. Besonders wichtig ist dem Arbeitgeber der Arbeits- und Gesundheitsschutz: Ein Arbeitssicherheitsausschuss führt regelmäßig Gefährdungsbeurteilungen durch. Spezielle Schutzkleidung bewahrt die Kolleginnen und Kollegen, die mit kontaminiertem Material in Berührung kommen könnten, vor gesundheitlichen Schäden. Hinzu kommen Gesundheitstage, Massagen, Laufgruppen und Yoga.

Das Unternehmen wirbt mit einer „familien- und lebensphasenbewussten Personalpolitik“, die die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Privatleben aktiv fördert. Allerdings stehen spezielle Angebote, wie die Möglichkeit zum mobilen Arbeiten, größtenteils nur den Angestellten in den Büros offen. Die gewerblichen Beschäftigten, die mit den Kernsanierungsaufgaben betraut sind, können nicht ins Homeoffice.

Die Zusammenarbeit zwischen Führungsebene und Beschäftigten ist größtenteils wertschätzend. Man spricht miteinander, nicht übereinander. Ab und an gibt es auch Knackpunkte, zum Beispiel bei der Altersteilzeitregelung, bei der es viel Diskussionsbedarf in Sachen Auslegung und Umsetzung gab.



Mitbestimmung

Seit der ersten Stunde der Wismut GmbH wird die Mitbestimmung aktiv gelebt. Die Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmervertretungen und Unternehmensleitung läuft im Großen und Ganzen reibungslos. Der Betriebsrat wird frühzeitig in Veränderungsprozesse eingebunden. Parallel zum Rückgang der Beschäftigtenzahlen wurden im Jahr 2014 die Standortbetriebsräte aufgegeben. Seither kümmert sich nur noch ein gemeinsamer Betriebsrat um die Belange aller Beschäftigten. Das 13-köpfige Gremium setzt sich dementsprechend auch aus Frauen und Männern von allen vier Standorten zusammen. Betriebsversammlungen werden regelmäßig im Beisein des Geschäftsführers durchgeführt – eine Beteiligung der IGBCE ist ausdrücklich erwünscht. Außerdem können sich die Beschäftigten in Chemnitz, Ronneburg und Königstein mit ihren Anliegen an Vertrauensleutkörper wenden. Die Gewerkschaft hat neben drei weiteren Arbeitnehmervertreterinnen und -vertretern einen festen Sitz im neunköpfigen Aufsichtsrat.

Für Schwerbehinderte und ihnen gleichgestellte Personen gibt es zudem eine vierköpfige Schwerbehindertenvertretung (SBV), die sehr eng mit der Verantwortlichen für das Betriebliche Eingliederungsmanagement (vom Arbeitgeber bestellt) und dem Betriebsrat zusammenarbeitet.



Tarifbindung

Das Sanierungsunternehmen unterliegt dem Manteltarifvertrag Erzbergbau. Die Entgelttabelle wurde zum letzten Mal vor mehr als zehn Jahren (2012) erheblich überarbeitet. Seither herrscht ein Lohnniveau, das sich an den öffentlichen Dienst anlehnt. 39-Stunden-Woche, 30 Tage Urlaub, Weihnachtsgeld – das sind nur einige tarifliche Leistungen, von denen die Beschäftigten profitieren. Außerdem erhalten sie jährlich eine Urlaubsbeihilfe – eine freiwillige Leistung des Arbeitgebers –, die aber jederzeit wegfallen könnte. Für Schichtarbeit und die Arbeit an Sonn- und Feiertagen werden Zuschläge gezahlt. Eine Besonderheit ist die Freistellungsregelung für Gewerkschaftsmitglieder: Sie werden bezahlt freigestellt, um etwa an Tarifverhandlungen, Beratungen der Tarifkommission oder Bildungsveranstaltungen teilzunehmen.

Das Unternehmen hat zwar ein eigenständiges Tarifwerk mit der IG BCE verhandelt. Die Tarifkommission muss sich aber regelmäßig mit dem Arbeitgeberargument auseinandersetzen, dass man sich in vielen Dingen am Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVÖD) orientiert.



Zukunftsfähigkeit

Auch wenn schon viel geschafft ist, die Sanierungsaufgaben in Mitteldeutschland werden noch Jahrzehnte in Anspruch nehmen. Klar, die Halden- und Flächen-sanierungen werden irgendwann abgeschlossen sein. Was bleibt, sind Langzeitaufgaben wie Wasseraufbereitung und Überwachung. Für diese braucht das Unternehmen weiterhin fachkundige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Doch auch die Wismut kämpft mit dem Fachkräftemangel; die Belegschaft altert. In den kommenden Jahren werden viele Kolleginnen und Kollegen in den Ruhestand gehen. Eigenen Nachwuchs bildet das Unternehmen schon seit gut fünf Jahren nicht mehr aus, was die Besetzung offener Stellen deutlich erschwert. Gerade bei den handwerklichen Berufen sind Fachkräfte in der Region rar gesät, denn auch namhafte Konkurrenten wie VW, Siemens oder IBM buhlen um dieses fachkundige Personal. Hinzu kommt, dass viele junge Leute im gewerblichen Bereich nur noch befristet eingestellt werden. Das schreckt zusätzlich ab.

Als Gastgeber des jährlich stattfindenden internationalen Bergbausymposiums „Wissym“ treibt das Unternehmen Themen wie Innovationen in der Bergbausanierung, grüne Transformation, Technologieentwicklung und Ressourceneffizienz im Bergbau voran.



Unser Fazit

Als Bundesunternehmen muss sich die Wismut nicht dem Wettbewerb um Aufträge und Kunden stellen. Der feste Budgetrahmen gibt der Unternehmensleitung Planungs- und den Beschäftigten Jobsicherheit. Sie verrichten Sanierungstätigkeiten oder forschen an modernen Projekten. Hier treffen Bergbautradition und Innovation aufeinander.

Gutes Personal zu finden ist aber auch hier ein Thema. In Sachen Fachkräfte steht das Unternehmen durchaus im Wettbewerb mit der privatwirtschaftlichen Konkurrenz. Die Suche nach geeigneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wird durch befristete Arbeitsverträge und die Entscheidung, dass seit fünf Jahren kein eigener Nachwuchs mehr ausgebildet wird, erschwert. Als Staatsunternehmen ist das ein eher schlechtes Vorbild.

Das sagt die Wismut

Das Unternehmen hat die Anfragen von *Profil* bis Redaktionsschluss unbeantwortet gelassen und keine Stellung bezogen.

Arbeitskraft absichern

Text Katrin Schreiter – Illustration Karolina Zolubak

Eine Berufsunfähigkeitsversicherung ist für fast alle Erwerbstätigen sinnvoll. Denn wenn der Job aus gesundheitlichen Gründen langfristig nicht mehr ausgeübt werden kann, zahlt das Versicherungsunternehmen für die Dauer der Berufsunfähigkeit eine vereinbarte monatliche Rente. *Profil* erklärt die Details.



Statistisch gesehen, wird ein Viertel aller Berufstätigen im Laufe des Arbeitslebens berufsunfähig. Deshalb gilt die Berufsunfähigkeitsversicherung – kurz BU-Versicherung – als eine der wichtigsten Policen überhaupt. „Zu Recht“, sagt Hubertus Harenberg, Bereichsleiter betriebliche Vorsorge beim Lebensversicherungsunternehmen Swiss Life Deutschland. „Denn damit sichern die Beschäftigten finanziell den Wert ihrer Arbeitskraft ab.“ Das heißt: „Das Versicherungsunternehmen zahlt für die Dauer der Berufsunfähigkeit eine monatliche Rente, wenn der- oder diejenige Beschäftigte den Beruf nicht zu mehr als 50 Prozent ausüben kann“, erklärt Harenberg weiter. Dabei spiele es keine Rolle, ob der Grund ein körperliches oder ein psychisches Leiden sei.

Für wen ist eine BU-Versicherung wichtig?

Sie ist für alle unverzichtbar, die nicht über eine tarifvertragliche Regelung, wie etwa in der Chemie, abgesichert und dennoch auf ihr Einkommen angewiesen sind, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Durch die Berufsunfähigkeit, die häufig zum Wegfall des Einkommens führt, kann es schnell zu großen finanziellen Schwierigkeiten kommen: Strom, Miete oder Lebensmittel können plötzlich nicht mehr bezahlt werden. Die BU-Versicherung deckt dieses existenzbedrohende Risiko ab – und schließt die finanzielle Lücke. Auf Leistungen vom Staat sollte man sich im Ernstfall nicht verlassen. Denn für alle nach dem 1. Januar 1961 Geborenen gibt es nur noch eine Erwerbsminderungsrente.

Was ist der Unterschied zwischen arbeits- und berufsunfähig?

Arbeits- oder berufsunfähig – das macht einen entscheidenden Unterschied. Arbeitsunfähig ist, wer

vorübergehend seine beruflichen Aufgaben, zum Beispiel aufgrund von Krankheit, nicht mehr erfüllen kann. Berufsunfähig ist, wer voraussichtlich auf Dauer nicht mehr in seinem Beruf arbeiten kann.

Wann gilt man als berufsunfähig?

Eine Berufsunfähigkeit liegt vor, wenn der oder die Versicherte infolge von Krankheit, Körperverletzung, Pflegebedürftigkeit oder Kräfteverfall sechs Monate ununterbrochen außerstande war oder voraussichtlich sechs Monate ununterbrochen außerstande sein wird, im zuletzt ausgeübten Beruf zu arbeiten. Die häufigsten Ursachen für eine Berufsunfähigkeit sind laut einer Erhebung von Swiss Life psychische Erkrankungen (39 Prozent) sowie Erkrankungen des Skelett- und des Bewegungsapparats (32 Prozent), gefolgt von schweren Erkrankungen wie Krebs (12 Prozent) und Herz-Kreislauf-Erkrankungen (9 Prozent).

Wann sollte man eine BU-Versicherung abschließen?

So früh wie möglich. Je jünger man beim Abschluss ist, desto günstiger sind die Beiträge. Denn bei der Beantragung werden Gesundheitsfragen gestellt: Je jünger die Menschen zu diesem Zeitpunkt sind, desto gesünder sind sie in der Regel auch – das wirkt sich positiv auf den Versicherungsschutz aus.

Muss ich einen Berufswechsel der Versicherung melden?

Bei einem guten Anbieter von BU-Versicherungen gibt es keine Meldepflicht. Wenn jemand aber dauerhaft in einen risikoärmeren Beruf wechselt, eine Ausbildung oder ein Studium abschließt, dann kann es sich lohnen, die Änderung zu melden. Denn unter Umständen kann sich dadurch die Berufseinstufung verbessern – damit wäre auch der Beitrag günstiger. ■

IGBCE-Mitglieder profitieren

Die IGBCE Bonusagentur bietet eine Branchenlösung, die die Beschäftigten bei Verlust ihrer Arbeitskraft finanziell absichert. Dieser spezielle Service wird von dem Konsortium IGBCE Bonusassekuranz getragen, das aus den drei Versicherungsunternehmen Swiss Life, R+V und Allianz besteht. Mit deren Hilfe können die mehr als eine Million Beschäftigten, die in den IGBCE angeschlossenen Branchen tätig sind, ihre Arbeitskraft gegen Berufsunfähigkeit ganz individuell absichern. Die Angebote gelten auch für die Familienangehörigen.

Das Besondere an der Branchenlösung: „Wer bei einem normalen Anbieter nach einer BU-Versicherung fragt, erhält in der Regel nur ein Angebot“, weiß Frank Sehner, vom Vertriebsmanagement der Bonusassekuranz. „Wir hingegen fragen bei 30 bis 35 Gesellschaften an und suchen das passende Angebot aus“, sagt der Betriebswirt. „Häufig können wir für IGBCE-Mitglieder und ihre Angehörigen einige Extras verhandeln“, erklärt Sehner. Unter der Dachmarke IGBCE Arbeitskraftschutz Flex haben sämtliche Beschäftigte Zugang zu einer Berufsunfähigkeitsversicherung (BU Flex) und einer Grundfähigkeitsabsicherung (Vitalschutz Flex). „Dabei ist der Beruf nicht ausschlaggebend. Wichtig ist, dass man in einer der IGBCE angeschlossenen Branchen tätig ist.“

Weitere Informationen erhältst du auf der Website der Bonusagentur www.igbce-bonusagentur.de oder über die kostenlose Servicenummer 0511 7631-194.

Deine IGBCE immer dabei

Text Sascha Schrader

Sie ist dein perfektes Tool für „Breaking News“. Mit der *Meine IGBCE*-App erfährst du vor allen anderen vom Tarifabschluss in deiner Branche oder von wichtigen Nachrichten aus deinem Bezirk.

Mit der *Meine IGBCE*-App hast du als Mitglied deine Gewerkschaft immer dabei. Egal, ob neueste Infos zur laufenden Tarifrunde, Zugriff auf die Digitalausgaben der IGBCE-Magazine, aktuell gültige Tarifverträge oder die direkte Teilhabe an gewerkschaftlicher Diskussionskultur mittels Umfragen – die App bündelt das alles für dich und bietet noch viel mehr.

Übersichtlich und benutzerfreundlich gestaltet, ist sie der digitale Schlüssel zu allen wichtigen Infos rund um deine persönliche Arbeitswelt. Und das Beste: Die *Meine IGBCE*-App ist kostenfrei im Google-Play-Store und im Apple-App-Store verfügbar. Falls du sie noch nicht hast, dann hol sie dir! ■



Du hast die App noch nicht? Einfach QR-Code scannen und direkt loslegen!

Meine News

Hier bleibst du immer auf dem Laufenden: Alle News aus deiner Branche und deiner Region sowie zu bundesweiten gewerkschaftlichen Themen findest du hier übersichtlich zusammengestellt. Wichtig: Nutze die Push-Funktion, um die neuesten Nachrichten vor allen anderen zu bekommen! Zum Beispiel bei der anstehenden Chemie-Tarifrunde. Über die *Meine IGBCE*-App erfährst du aktuelle Entwicklungen der Verhandlungen zuerst.



Meine Tarife

Du bist dir unsicher, was in deinem Tarifvertrag zum Thema Arbeitszeit steht? In der *Meine IGBCE*-App erfährst du alles Wichtige über den für dich gültigen Tarifvertrag und weitere Regelungen in deinem Tarifpaket. Wurde in deiner Branche schon ein Mitgliederbonus verhandelt? Die Infos dazu findest du ebenfalls im Tarifpaket in deiner IGBCE-App. Den aktuellen Stand der Tarifverhandlungen und der Abschlüsse bekommst du direkt per Push auf dein Smartphone.

Mein Bezirk

Sollte es trotz unseres Einsatzes vor Ort doch mal Probleme mit deinem Arbeitgeber geben oder wenn du einfach nur Fragen zu deinen Arbeitnehmerrechten hast, kontaktiere uns gern! Die richtige Ansprechperson für dein Anliegen findest du direkt in der App.



Meine Magazine

Lies dein Mitgliedermagazin *Profil* überall und wann du willst digital auf deinem Smartphone – und zwar noch bevor es in den Briefkästen landet. Dein Extra als App-Nutzer oder App-Nutzerin: Dein *Profil +plus* Magazin mit noch mehr gewerkschaftlichen Infos rund um das Arbeitsleben gibt es obendrauf! Außerdem dabei: Das gleichstellungspolitische Magazin *Impuls*.

Meine Meinung

Gewerkschaft lebt vom Mitmachen: Deshalb will deine Gewerkschaft regelmäßig wissen, was du zu den wichtigen Themen denkst. Beteilige dich an den anonymen Umfragen und nimm direkten Einfluss auf die aktuellen Themen. Doppelter Gewinn: Unter allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Umfragen verlosen wir außerdem ein iPad.



Mein Netzwerk erweitern

Du hast Kolleginnen und Kollegen, die noch keine IGBCE-Mitglieder sind? Mit einem Klick kannst du direkt den Link auf das Beitrittsformular mit ihnen teilen. Sind die Kolleginnen und Kollegen noch nicht ganz überzeugt? Argumentationshilfen und Tipps zum Werben sind natürlich auch vorhanden.

Meine Mediathek

Du bist auf der Suche nach dem letzten Statement unseres Tarifvorstands Oliver Heinrich oder unserem Kompass-Podcast mit Michael Vassiliadis? In der Mediathek findest du alle aktuellen Videos aus der IGBCE-Welt – gebündelt an einem Ort.

Meine Work-Life-Balance

Mit der integrierten Zeiterfassung kannst du deine Überstunden im Blick behalten und dich an Pausenzeiten erinnern lassen. Und wenn dir doch einmal alles zu viel wird, helfen dir die Entlastungsübungen beim Stressabbau.

Sozialpartner diskutieren

Transformation, Digitalisierung und Energiewende fordern auch die bislang gut gelebte Sozialpartnerschaft in der Chemie heraus. Beim Neujahrsempfang bot das viel Gesprächsstoff.

Text Axel Stefan Sonntag – Fotos Klaus Landry



Anlässlich der aktuellen Chemie-Tarifrunde war das Motto des Neujahrsempfangs bewusst gewählt. Landesbezirk und Bezirk Stuttgart stellten ihre traditionsreiche Veranstaltung unter die Frage „Wie sieht die Sozialpartnerschaft der Zukunft aus?“. Für Landesbezirksleiterin **Catharina Clay** (kleines Foto) ist die seit Jahrzehnten in der Chemie gelebte

Sozialpartnerschaft mit- samt den bislang ohne Streiks erreichten starken und innovativen Tarifverträgen eigentlich ein Erfolgsmodell.

„Die Unternehmen schätzen die Erleichterungen für die betriebliche Praxis. Tariffrieden hat aus Sicht der Unternehmer einen betriebswirtschaftlichen Nutzen. Doch unsere Mitglieder erwarten ebenfalls einen betriebswirtschaftlichen Nutzen“, sagte sie und zielte damit auf eine der Forderungen in der Tarifrunde 2024 ab. „Mitglieder zahlen ihren Gewerkschaftsbeitrag und erwarten, dass die Mitgliedschaft einen spürbaren Unterschied macht. Daran müssten auch die Arbeitgeber ein Interesse haben, denn eine starke Gewerkschaft ist wesentlich für die Sozialpartnerschaft“, betonte Clay vor mehr als 80 Gästen. „Unsere Mitglieder erwarten hier Antworten.“

Für Christoph Huchler, Betriebsratsmitglied bei Boehringer Ingelheim am Standort Biberach, war dies eine Steilvorlage. Er moderierte die Diskussion zwischen Irmtraud Schnee-Schultheiß, Betriebsratsvorsitzende bei der Pigmentsparte von Sun Chemical, und Björn Sucher, Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbands Chemie Baden-Württemberg. „Wir sind in der Vergangenheit Wege gegangen, bei denen man uns einigens zumutete. Da denke ich zum



Christoph Huchler (links) moderierte die Diskussion zur Sozialpartnerschaft zwischen Irmtraud Schnee-Schultheiß und Björn Sucher.

Beispiel an Entscheidungen nach der weltweiten Finanzkrise“, sagte Schnee-Schultheiß mit Blick auf die Tarifpolitik der vergangenen Jahre. Sie weiß, wovon sie spricht – die Betriebsrätin war mehr als 20 Jahre lang Tarifkommissionsmitglied. „Ich sehe jetzt die Arbeitgeber in der Bringschuld, sich zur Sozialpartnerschaft zu bekennen und Dinge zu tun, die auch uns helfen.“

Sucher bezeichnete die Chemie-Sozialpartnerschaft als Erfolgsmodell und sieht in ihr, im Vergleich zu anderen Branchen, ein Alleinstellungsmerkmal. Er wehrte sich gegen eine überbordende Bürokratie, auch bei Tarifverträgen. „Unsere Vereinbarungen tragen zwei Unterschriften“, konterte Schnee-Schultheiß. Wenn die Arbeitgeber ihre Personalabteilungen immer weiter reduzierten, gestalte sich die Umsetzung von Tarifverträgen vor Ort arbeitsintensiv. „Wir wollten keine Stichtagsregelungen“, adressierte sie an Sucher. „Für uns sind das unendliche Diskussionen in den Betrieben.“

Dass die Sozialpartnerschaft kein Automatismus ist, betonte **Andreas Klose** (kleines



Foto). „Das zeigen wir bereits“, verwies er auf Streiks beim Labor-dienstleister Synlab. Der Bezirksleiter warb auch dafür, nicht ständig alles schlechtzureden. „Sozialversicherung, Sozialhilfe, duale Ausbildung – darum beneiden uns viele Länder. Wir brauchen wieder mehr Optimismus und den Blick auf das Positive in unserem Land!“ ■



Netzwerken beim Get-together vor Veranstaltungsbeginn.

Karlsruhe

Konferenz für Vertrauensleute



75 Jahre Tarifvertragsgesetz: Unter dieses Motto stellte der Landesbezirk seine Vertrauensleute-Konferenz (Foto). Patrik Huber, langjähriger Fachsekretär für Gute Arbeit und Demografie im Landesbezirk, machte den Anwesenden die

Entstehungsgeschichte des Tarifvertragsgesetzes erlebbar: „Betriebsräte waren als Kontrollinstanzen absichtlich gewollt.“ Sinn und Nutzen von Tarifverträgen schilderte Rolf Benz, langjähriges Bundestarifkommissionsmitglied. „Die Aufzählung im

Krankheitsfall oder unser ständiges Pochen, auszubilden und so Fachkräfte zu sichern – das sind zwei Beispiele dafür, wo Tarifverträge ganz konkret mehr bieten als das Gesetz.“

Doch es ging nicht nur darum, zurückzuschauen – mit den Vertrauensleutewahlen und der Chemie-Tarifrunde gab es reichlich aktuellen Gesprächsstoff. Benz und Huber moderierten zwei Workshops, in denen es darum ging, Tarifverträge zukunftsfit und -fest zu machen. Die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter diskutierten zudem, unter Moderation von Gewerkschaftssekretär Kai Königshausen, mit Oliver Heinrich vom geschäftsführenden Hauptvorstand der IGBCE und Boris Weirauch (SPD, Mitglied des Landtags) über die Tarifbindung und die Energiewende im Land. ■

Gernsbach

Eine lange Reise geht zu Ende



Rund 50 Gäste aus Betriebsratsgremien und Personalabteilungen waren vor Ort.

Nach mehr als 20 Jahren und mehreren Anläufen geht eine lange Reise zur Gestaltung des Bundesentgelttarifvertrags (BETV) in der Papier erzeugenden Industrie zu Ende. Grund genug für die

Papier-Sozialpartner IGBCE und Arbeitgeberverband Baden-Württemberg, eine Sozialpartnertagung zum Rückblick, zu den Inhalten und der Umsetzung der neuen Tarifregelungen durchzuführen.

Verhandlungsführer Frank Heßler forderte die Anwesenden auf, über das moderne, längst fällige Zukunftstarifwerk zu diskutieren und es schnell in den Betrieben umzusetzen. Frank Gottselig, Betriebsratsvorsitzender bei Essity Mannheim und mehr als 30 Jahre lang Tarifkommissionsmitglied, verglich die nötigen Qualifikationen und damit die richtige Bezahlung von Beschäftigten so: „Eine Papiermaschine hat mehr Regelungskreise als ein Jumbojet.“

Nach dem intensiven Austausch ehrte Heßler unter großem Applaus Frank Gottselig und Thomas Lampart für ihre jahrzehntelange Arbeit in den Tarifkommissionen. Beide scheiden aus den Gremien aus und übergeben den Staffelstab an Jüngere. ■



Mehr Infos auf der Webseite des Landesbezirks.

Leinfelden-Echterdingen/Eppelheim

Erfolgreiche Streiks bei Synlab



Erfolgreiche Streiks in Eppelheim (links) und Leinfelden-Echterdingen.

Im Schnitt ein Plus von 14,6 Prozent: Das bringt der mühevoll über fünf Tarifrunden hinweg verhandelte neue Tarifvertrag beim Labor-dienstleister Synlab. Notwendig dafür waren Streiks an mehreren bundesweiten Standorten – unter anderem in Baden-Württemberg. „Die Pandemiejahre bescherten dem Unternehmen sprudelnde Einnahmen durch die PCR-Tests. Da ist es nur fair, dass die tariflich Beschäftigten bei der hohen Inflation ihren Anteil erhalten“, kommentiert IGBCE-Gewerkschaftssekretär Markus Deissler. „Ohne den Einsatz unserer Kolleginnen

und Kollegen in den Betrieben und die hohe Beteiligung an den Streiks hätten wir den Abschluss nicht erreicht“, betont IGBCE-Verhandlungsführer Marc Welters. „Solidarität zahlt sich eben aus.“

Zusätzlich einigten sich beide Seiten auf Verbesserungen im Manteltarifvertrag: Beim Urlaub sind es nun 30 Tage für alle und 24 Euro Urlaubsgeld pro Urlaubstag 2024 (von 2025 an sind es 25 Euro). Auch das Weihnachtsgeld steigt: in diesem Jahr auf 55 Prozent, in den Folgejahren je nach Betriebszugehörigkeit stufenweise auf bis zu 85 Prozent. ■

Karlsruhe

Einstimmig!

Sieben Prozent höhere Entgelte, eine Erhöhung von 100 Euro für Auszubildende, mehr tariflichen Schutz exklusiv für IGBCE-Mitglieder und einen modernisierten Bundesentgelttarifvertrag: Diese Punkte umfassen die Forderungen für die Beschäftigten der BW-Chemieindustrie, die die Tarifkommission einstimmig beschlossen hat.

„Sieben Prozent helfen, vor den Auswirkungen der Inflation zu schützen und die Kaufkraft unserer Mitglieder zu erhalten“, so Verhandlungsführerin Catharina Clay. Zwar habe der vergangene Tarifabschluss mit zweimal 3,25 Prozent und 3.000 Euro abgabefreier Inflationsausgleichsprämie die massiven Preissteigerungen ausgleichen können. Aber: „Die Wirkung der Einmalzahlungen ist inzwischen verpufft.“ ■



Karlsruhe

Eindrucksvoller Protest bei Michelin



„Rote Karte“ für Michelin.

Die Ankündigung von Michelin, Teile der deutschen Unternehmensstandorte bis Ende 2025 zu schließen, zog nicht nur in Homburg/Saar, sondern auch in Karlsruhe Hunderte Beschäftigte auf die Straße. „Mehr als 300, viel mehr als gedacht“, kommentiert Bezirksleiter Karsten Rehbein zufrieden. Ebenso überwältigt zeigte sich Betriebsratsvorsitzender Lukas Kopaczewski: „Es ist absolut

wirtschaftlich vernünftig und sozial verantwortlich, wenn Michelin die von IGBCE und Betriebsrat erarbeiteten Alternativkonzepte übernehmen würde“, fordert er. „Mit der Demonstration sendeten die Kolleginnen und Kollegen ein wichtiges Zeichen, dass man die Arbeitsplätze eben nicht so einfach wegradieren kann“, verweist Rehbein auf in Karlsruhe weit mehr als 500 betroffene Jobs. ■

Halt in der Krise

Der Bayerntag der IG BCE in München: Das Mitgliederevent setzt ein deutliches Zeichen gegen rechts und für Industriearbeitsplätze.

Text & Fotos Michael Knies

Politischer Klartext, eindringliche Appelle und eine satirische Abrechnung mit Politik und Gesellschaft: Das waren die Zutaten für einen gelungenen Bayerntag der IG BCE Bayern. Gemeinsam mit allen sieben bayerischen IG BCE-Bezirken hat der bayerische Landesbezirk der Zukunftsgewerkschaft seine aktiven Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter dazu Mitte Februar in den Löwenbräukeller nach München eingeladen.

Die mehr als 700 Teilnehmenden haben gemeinsam mit Hauptrednerin Yasmin Fahimi, DGB-Vorsitzende, ein deutliches Zeichen gesetzt: gegen rechts, für demokratische Teilhabe und die Stärkung ordentlich entlohnter, tarifbestimmter Arbeitsplätze sowie für die Zukunft des Industriestandorts Bayern.

„Dieses Zusammentreffen zeigt, dass wir viele sind“, unterstrich Harald Sikorski die Bedeutung des Bayerntags. „Die IG BCE-Mitglieder geben uns in den Betrieben ein Gesicht und machen uns zu dem, was wir sind: eine starke Gewerkschaft.“ Der Landesbezirksleiter der IG BCE in Bayern betonte vor der

anstehenden Chemie-Tarifrunde: „Es kann nicht sein, dass die Sozialpartnerschaft nur in eine Richtung geht. Die Kolleginnen und Kollegen setzen in den Betrieben Tag für Tag mit ihrer Arbeit die Rahmenbedingungen für den wirtschaftlichen Erfolg.

„
**Deutschland
und Bayern
sind eine
Industrienation,
und das muss
auch so bleiben.**

Harald Sikorski,
Landesbezirksleiter Bayern

Deshalb erwarten wir, dass auch unsere Mitglieder davon profitieren.“

Mit Blick auf die Vertrauensleute- und Ortsgruppenwahlen forderte er auf, Botschafterinnen und

Botschafter der IG BCE zu werden: „Wir müssen uns breit aufstellen und den Menschen in den Betrieben und in den Regionen immer wieder deutlich machen, was wir wollen und wofür wir stehen. Wir Hauptamtlichen schaffen das nur gemeinsam mit euch.“ Klare Kante gegen rechts zeigte der Landesbezirksleiter der IG BCE in Bayern mit Verweis auf die Europawahl: „Die Demokratie ist ein Privileg, um das uns 80 Prozent der Menschen auf der Welt beneiden. Sorgen wir gemeinsam dafür, dass die Wahlurne nicht zur Urne unserer Demokratie wird.“

Auch die IG BCE-Jugend setzte mit einer eindrucksvollen Aktion ein deutliches Zeichen gegen den Rechtsruck im Land. „Menschenrechte statt rechte Menschen“ und „Nie wieder ist jetzt“ forderten sie nicht nur mit ihren Plakaten auf der Bühne. Im Dezember haben sich die Jugend- und die Auszubildendenvertretenden in Workshops gegen rechte und diskriminierende Parolen zu „Stammtischkämpfer*innen“ ausbilden lassen. Es reiche nicht aus, nur in Wahlen seine Stimme abzugeben, so Antonia Hierhager, Mitglied im Landesbezirksjugendausschuss.





Beim Bayerntag in München setzte die gesamte bayerische IGBCE-Familie ein deutliches Zeichen: gegen rechts, für demokratische Teilhabe und die Stärkung ordentlich entlohnter, tarifbestimmter Arbeitsplätze sowie für die Zukunft des Industriestandorts Bayern.

Daran knüpfte auch Yasmin Fahimi in ihrer Rede an: „Wir als Gewerkschaften müssen in der ersten Reihe stehen, wenn es um den Kampf gegen rechts geht. Das ist Teil unserer DNA.“ Gleichzeitig hob die DGB-Vorsitzende die Bedeutung der Gewerkschaften hervor: „Wir leben in herausfordernden Zeiten, erleben vielleicht sogar eine der größten Krisen seit Bestehen der BRD. Als Gewerkschaften sind wir mehr denn je gefragt, für Halt und Sicherheit zu sorgen.“

Auf dem Weg hin zur Klimaneutralität forderte Fahimi von der Politik mutige Entscheidungen und eine Abkehr vom Sparkurs. Der Investitionsstau der vergangenen Jahrzehnte müsse abgebaut werden. Gleichzeitig warb sie für die „hoch effektiven, hochinnovativen und hocheffizienten Produkte“, die in den IGBCE-Branchen hergestellt werden. Dabei ging sie auch auf die drohende Werksschließung von Dyneon ein: „Natürlich geht es zuallererst um den Kampf um Arbeitsplätze. Es geht aber auch um den sinnvollen Erhalt der industriellen Produktion von Fluorkunststoffen, ohne die kein Toaster oder Flugzeug funktioniert,



„
**Unser Kampf
für soziale
Gerechtigkeit
in den
Tarifverträgen
ist unteilbar.**

Yasmin Fahimi,
DGB-Vorsitzende

und damit um die Vermeidung von einseitigen Abhängigkeiten.“

Die Arbeitgeberseite rief die DGB-Vorsitzende dazu auf, sich an einen Tisch zu setzen und über vernünftige

und gesunde Arbeitsmodelle zu sprechen. Noch mehr Arbeitsstunden zu leisten, obwohl bereits jetzt viel Mehrarbeit geleistet werde, könne nicht die Antwort auf den Fachkräftemangel sein. Ihr Resümee: „Wir brauchen in Deutschland eine tarifpolitische Wende. Dieses Land muss sich dafür entscheiden, dass Tarifverträge der gewollte Standard für die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sind.“ Damit verknüpft sei ein Versprechen: „Unser Kampf für soziale Gerechtigkeit in den Tarifverträgen ist unteilbar.“

Angesichts der Herausforderungen forderte auch Bernhard Stiedl, Vorsitzender des DGB Bayern, in seinem Grußwort die Landesregierung dazu auf, die notwendigen Zukunftsaufgaben zu lösen – angefangen bei der Stärkung der Tarifbindung bis zur Gestaltung des sozialen und ökologischen Wandels. Er verwies auf die großen gesellschaftlichen und gewerkschaftspolitischen Herausforderungen, allen voran jene, die Transformation sozialverträglich zu gestalten.

Kabarettist Christoph Brüske nahm schließlich mit tiefsinnigem Humor die aktuelle politische und gesellschaftliche Lage in den Blick. ■

Augsburg und Weiden

Nach Streikwelle erfolgreich: Abschluss bei Synlab MVZ



Die Streiks in Augsburg und Weiden haben zu einem starken Tarifabschluss bei Synlab MVZ geführt.

Sie waren ein eindrucksvolles Signal und haben zu einem starken Ergebnis geführt: Die Warnstreiks – unter anderem in Augsburg und Weiden – infolge von zuvor vier erfolglosen Verhandlungsrunden sorgten dafür, dass sich die Laborgewerkschaft IGBCE mit dem Diagnostikspezialisten Synlab Anfang Februar auf einen Abschluss einigen konnte, Mitglieder vorteil inklusive.

„Labordienstleister Nummer eins, Geld für Mitarbeiter gibt's keins“: Unter anderem mit dieser Botschaft setzten rund 200 Mitarbeitende von Synlab MVZ in Weiden am 23. Januar ein deutliches Zeichen. Bei einem Demonstrationzug verliehen sie ihrer Forderung nach einer fairen Bezahlung für ihre wichtige Arbeit eindrucksvoll Nachdruck.

Dasselbe Bild in Augsburg: Auch am dortigen Synlab-Campus, dem deutschen Hauptsitz des größten Labordienstleisters in Europa, kamen rund 100 Mitarbeitende zusammen, um ihre Wut und Enttäuschung über die Arbeitgeberseite zum Ausdruck zu bringen. Die hatte kein adäquates Angebot vorgelegt und mit dem vorläufigen Scheitern der

Tarifverhandlungen den Warnstreik provoziert.

Das große Engagement der Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben und die hohe Beteiligung an den Streiks haben sich gelohnt: die 3.500 Synlab-Beschäftigten in Deutschland können sich über eine Lohn- und Gehaltssteigerung von durchschnittlich 14,6 Prozent und eine steuerfreie Inflationsausgleichsprämie freuen. IGBCE-Mitglieder erhalten einmalig 400 Euro zusätzlich. Die Laufzeit beträgt 22 Monate. Hinzu kommen einheitlich 30 Urlaubstage für alle sowie ein steigendes Urlaubs- und Weihnachtsgeld bereits ab 2024. Auch die Azubis profitieren von einer merklichen

Erhöhung ihrer Vergütung sowie von der Inflationsausgleichsprämie.

Iris Schopper, Gewerkschaftssekretärin in Nordostbayern und zuständig für den Synlab-Standort in Weiden, unterstreicht: „Wir haben mit unseren Warnstreiks erfolgreich Druck gemacht, um für unsere Mitglieder ein deutliches Zeichen der Wertschätzung zu fordern.“ Ihr Augsburger Kollege Tobias Schroll betont: „In den Corona-Jahren haben sich die Gesellschafter von Synlab die Taschen vollgesteckt und nun sollte wieder auf dem Rücken der Beschäftigten gespart werden. Wir haben sowohl in Augsburg als auch in Weiden deutlich gemacht, dass wir da nicht mitgehen.“

Landesbezirksleiter Harald Sikorski resümiert: „Wir sind eine Gewerkschaft, die immer versucht, auf dem Verhandlungsweg gute Ergebnisse zu erzielen. Aber wir haben mit der kurzen, erfolgreichen Streikwelle eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass wir auch anders können, wenn die Arbeitgeberseite meint, Sozialpartnerschaft sei eine Einbahnstraße.“

Die Aktionen in Augsburg und Weiden hätten ein starkes Signal in die IGBCE-Familie gesendet und seien ein wichtiger Schritt gewesen, um letztlich doch noch ein verhandlungsfähiges Angebot zu bekommen. Am Ende hat der Einsatz gezeigt: Gewerkschaft wirkt, Solidarität und Mitgliedschaft zahlen sich aus. ■



Auch in Weiden machten IGBCE und Beschäftigte erfolgreich Druck.

Feldkirchen

Starkes Tarifergebnis in schwieriger Zeit

Zäh und schwierig gestaltete sich die Kunststofftarifrunde 2023 in Bayern. In der dritten Verhandlungsrunde am 30. Januar einigten sich Arbeitgeberseite und IGBCE Bayern schließlich nach intensiven Diskussionen in der Nacht auf ein gemeinsames Ergebnis. Dieses bedeutet insbesondere für die unteren bis mittleren Entgeltgruppen ein deutliches Lohn- und Gehaltsplus.

Konkret sieht der Abschluss die Zahlung einer steuerfreien Inflationsausgleichsprämie in Höhe von 2.600 Euro, einen Sockelbetrag von 225 Euro für jede Entgeltgruppe ab 1. Januar 2025 und ein volles Gehalt als Weihnachtsgeld (vorher 97 Prozent) bei einer Laufzeit bis 31. März 2025 vor. Ein starkes Zeichen sendet der Abschluss auch an die Auszubildenden, die neben einer steuerfreien Inflationsausgleichsprämie von 1.200 Euro 2024 außerdem eine satte Erhöhung ihrer Vergütung in Höhe von 150 Euro für alle vier Ausbildungsjahre ab 1. Januar 2025 erwartet.

„Wir haben ein sehr gutes Ergebnis, das erstmals einen festen Sockelbetrag festschreibt, in einer



intensives Ringen, erfolgreicher Abschluss: IGBCE-Verhandlungsführer Gerd Hammerl (links) mit Walter Vogg, Geschäftsführer im Verband der Kunststoff verarbeitenden Industrie in Bayern e.V. (Mitte), und dessen Vorstandsvorsitzendem Christoph Faßhauer (rechts).

äußerst schweren Zeit für unsere rund 20.000 Kolleginnen und Kollegen in den mehr als 100 Betrieben, das deren Arbeits- und Lebensbedingungen nachhaltig sichert“, resümiert Gerd Hammerl. Der Verhandlungsführer und stellvertretende IGBCE-Landesbezirksleiter sagt weiter: „Zudem konnten wir eine kurze Laufzeit verhandeln, was extrem wichtig ist, um im Wettbewerb mit anderen Branchen nicht abgehängt zu werden.“ Der Weg dorthin war

nicht leicht. „Unsere Tarifkommission hat in einem äußerst zähen Ringen das maximal Mögliche herausgeholt und die Arbeitgeberseite an die Belastungsgrenze gebracht“, unterstreicht Hammerl.

Das erzielte Ergebnis kommt der ursprünglichen IGBCE-Forderung sehr nahe. Gleichzeitig ist es Ausdruck einer lebendigen Sozialpartnerschaft, dass es verantwortlich mit der für manche Betriebe schwierigen wirtschaftlichen Lage umgeht. ■

Burghausen

Internationaler Frauentag in Bayern

Ob das Verteilen von Rosen oder anderen kreativen Aufmerksamkeiten, ob Podiumsdiskussionen und Kino-Events: Wie bei Wacker in Burghausen (Foto) fanden anlässlich des Internationalen Frauentags am 8. März in allen sieben bayerischen IGBCE-Bezirken zahlreiche dezentrale Aktionen statt.

Noch immer bekommen Frauen weniger Geld als Männer für die

gleiche Arbeit. Auch die klassische „Familien- und Pflegearbeit“ hat nach wie vor ein weibliches Gesicht. Jonas Lang (auf dem Foto Zweiter von rechts), zuständig für Frauen- und Zielgruppenarbeit: „Es ist wichtig, mithilfe des Internationalen Frauentags immer wieder darauf aufmerksam zu machen und die Unternehmen sowie die Politik zu fordern.“ ■



Frauentag bei Wacker in Burghausen.



IGBCE-Mitglieder diskutieren in Hofheim mit Oliver Heinrich (links), Verhandlungsführer Chemie auf Bundesebene, und Landesbezirksleiterin Sabine Süpke (Zweite von links) über die Forderungsempfehlung.

Das fordert Hessen

Tarifrunde Chemie: IGBCE Hessen-Thüringen fordert mindestens 7 Prozent mehr Entgelt, mindestens 100 Euro höhere Ausbildungsvergütungen, Tarifextras für Mitglieder und ein Update des Bundesentgelttarifvertrags.

Text Wolfgang Lenders

In der Tarifrunde Chemie hat am 20. März die Tarifkommission für Hessen ihre Forderung für die rund 105.000 Beschäftigten der chemischen und pharmazeutischen Industrie im Land beschlossen: Mindestens sieben Prozent höhere Entgelte, mindestens 100 Euro mehr für Azubis, tarifliche Regelun-

gen für Wertschätzung und Besserstellung exklusiv für IGBCE-Mitglieder sowie einen modernisierten Bundesentgelttarifvertrag.

Vorangegangen sind intensive Diskussionen mit den Vertrauensleuten und den Mitgliedern in den Betrieben. In Hofheim stellten sich Oliver Heinrich, Verhandlungsfüh-

rer auf Bundesebene, und Sabine Süpke, Verhandlungsführerin für Hessen, den Fragen der Mitglieder – bei der Mitmachkonferenz des Bezirks Rhein-Main. In diesem Bezirk der IGBCE ist die Branche einer der wichtigsten Arbeitgeber.

Die Lage ist angespannt: Die Inflation sorgt dafür, dass die Beschäf-

tigten für ihr Einkommen immer weniger kaufen können. Gleichzeitig berichten die Unternehmen, dass die wirtschaftliche Lage schwierig sei.

Die Forderung bringt die Ergebnisse der Diskussionen und die unterschiedlichen Wünsche zusammen. „Bei uns steht der Mitgliederbonus an erster Stelle“, berichtet etwa Tarifkommissionsmitglied Nadine Priesching. Sie arbeitet bei Degudent in Hanau. „Es muss etwas passieren, dass die Mitglieder endlich mal einen Vorteil haben.“

Bei Merck in Darmstadt ist die Stimmung eindeutig. „Wenn wir uns die letzten fünf Jahre anschauen, haben wir Umsatz und Gewinn pro Mitarbeiterin und Mitarbeiter deutlich gesteigert. Die Leute wollen jetzt einfach ihren Teil davon haben“, sagt Sascha Held, Mitglied der Tarifkommission.

Die von Arbeitgeberseite geäußerte Idee, dass eine Nullrunde angemessen wäre, weist Verhandlungsführerin Sabine Süpke weit von sich: „Das Bild der Branche ist weitaus bunter, als die Arbeitgeber es malen.“ Schwierig sei die Lage allein bei den energieintensiven Industrien, die Geschäfte der Konsumgüter- und der Pharmaindustrie liefen glänzend. „Insgesamt werden die Dividenden wieder reichlich fließen“, sagt Sabine Süpke. „Den Beschäftigten steht ihr Anteil am Erfolg zu.“

Neben mehr Geld will die IG BCE tarifliche Vorteile für Gewerkschaftsmitglieder durchsetzen. Außerdem fordert die Tarifkommission ein Update des geltenden Bundesentgelttarifvertrags (BETV) aus dem Jahr 1987. „Hier herrscht ein gewaltiger Modernisierungstau“, stellt Sabine Süpke fest. „Wir müssen jetzt endlich die Realitäten des 21. Jahrhunderts abbilden.“

Die erste Tarifverhandlung für Hessen ist am 19. April in Niedernhausen. Danach wird voraussichtlich auf Bundesebene weiterverhandelt. ■

4 Fragen an ... Maja Schweigert

Die Jugend- und Auszubildendenvertreterin bei Merck in Darmstadt zu den Chemie-Tarifverhandlungen.



Maja, du bist Mitglied der Tarifkommission. Wie schätzt du die Situation ein?

Ich glaube, dass diese Tarifrunde schwierig werden kann. Auf der einen Seite ist die wirtschaftliche Lage nicht gerade rosig. Das merkt man auch in vielen Unternehmen. Andererseits schlägt bei uns Beschäftigten die Inflation voll zu. Deshalb brauchen wir einfach mehr Geld.

Was ist für die Auszubildenden wichtig?

Für Auszubildende ist die chemische Industrie immer noch sehr attraktiv. Trotzdem wird in den kommenden Jahren Fachkräftemangel herrschen. Deshalb müssen wir schauen, dass die Branche auch weiter attraktiv bleibt. Geld ist da nicht der einzige Faktor – aber ein wichtiger. Bei uns in Darmstadt sind die Mietpreise inzwischen auf Frankfurter Niveau. Da ist es für Azubis schwer, eine Wohnung zu finden, die sie bezahlen können.

Wie ist die Forderungsempfehlung des Hauptvorstands in der Jugend angekommen?

Wir haben intensiv darüber diskutiert und in den Bezirken Umfragen gemacht: Ist euch mehr Geld wichtig, oder wäre mehr Freizeit sinnvoller? Das Ergebnis war sehr durchmischt. Die eine Hälfte hat sich eine bessere Bezahlung gewünscht, die andere mehr Urlaub – trotz der finanziellen Lage. Es gibt aber auch noch ganz andere Sorgen: Werde ich nach der Ausbildung übernommen? Kann ich überhaupt in dem Beruf arbeiten, den ich gelernt habe?

Was erhoffst du dir von der Tarifrunde?

Dass die Arbeitgeber den Ernst der Lage für die Arbeitnehmenden verstehen. Und dass wir die Jugend bei den Verhandlungen nicht vergessen, sondern dass sie ein besonderes Gewicht bekommt. Die Ausbildungsvergütungen sollten erhöht werden, dafür werde ich mich einsetzen. ■

105.000

**Beschäftigte arbeiten
in der Chemie- und
Pharmaindustrie in Hessen.**

Eisenberg/Rödental

Abschluss bei Sanit

Die rund 450 Beschäftigten bei Sanit in Eisenberg in Thüringen und Rödental in Bayern erhalten im Lauf des Jahres 2024 eine Inflationsausgleichsprämie von 2.500 Euro. Azubis bekommen 1.250 Euro. Das sieht der Brückentarifvertrag vor, auf den sich IG BCE und Arbeitgeber geeinigt haben. Außerdem steigt die Zahl der Urlaubstage. Bereits im Oktober sollen Gespräche über eine Angleichung an den Flächentarifvertrag beginnen. ■

Friedberg

Abschluss bei FKL

Zwei Entgelterhöhungen bekommen die rund 230 Beschäftigten bei der Fresenius Kabi Logistik (FKL) in Friedberg: 5,0 Prozent ab 1. Januar 2024, weitere 4,5 Prozent ab 1. Januar 2025. Das sieht der Tarifvertrag vor, den die IG BCE mit dem Unternehmen abgeschlossen hat. Außerdem wollen IG BCE und Arbeitgeber Gespräche über bislang offene Themen aus dem Tarifvertrag Chemie führen. Der Tarifvertrag läuft bis Ende 2025. ■

Mittelhessen

Großer Zulauf

Mitbestimmung, Gewerkschaft und betriebliche Aktionen im Gespräch: Das Konzept von „Radio Mittelhessen“ funktioniert. Rund 12.000-mal wurden die vom Bezirk Mittelhessen erstellten Podcasts abgespielt, im Durchschnitt 36 Minuten lang. 18 einzelne Hörstücke sind inzwischen abrufbar. In der neuesten Folge stellen eine Ortsgruppen- und eine Vertrauensleute-Vorsitzende ihre Arbeit vor. ■

Der Podcast ist abrufbar über: podcast-radio-mittelhessen.de

Fulda

Gleichberechtigung im Fokus



Die Teilnehmerinnen beim Frauennetzwerktreffen 2024.

Rund 35 Frauen aus dem Landesbezirk sind am 24. Februar in Fulda zum Frauennetzwerk 2024 zusammengekommen. Marianne Maehl, Vorsitzende des Landesbezirksfrauenausschusses, betonte in ihrer Begrüßung die Bedeutung der Vernetzung der Frauenarbeit in den fünf Bezirken des Landesbezirks Thüringen.

Landesbezirksleiterin Sabine Süpke ging in ihrem Vortrag auf die aktuelle politische Situation ein. „Die Rahmenbedingungen sind stürmisch“, sagte sie. Unter anderem sprach sie die demografische

Entwicklung und die Transformation an. Sie verwies auf die Erfolge, die der Kampf für Gleichberechtigung bislang errungen hat. „Ich freue mich, als Frau heute in dieser Gesellschaft leben zu können“, sagte sie. „Es gibt keinen Grund mehr, nicht das zu machen, was ihr wollt.“

In Workshops im Format „World-Café“ beschäftigten sich die Teilnehmerinnen mit den vier Themen Digitalisierung und KI, Arbeitszeit, Gesundheit sowie Weiterbildung. Zudem informierten die fünf Bezirksfrauenausschüsse über ihre Arbeit. ■

Frankfurt-Höchst

Provadis: Beruflich am Ball bleiben

Arbeiten und gleichzeitig studieren – das geht: Mit den dualen und berufsbegleitenden Studiengängen an der Provadis Hochschule der Industrie am Industriepark Frankfurt-Höchst. Ein zentraler Bestandteil aller Studiengänge ist Praxisnähe. Für die IG BCE ist Landesbezirksleiterin Sabine Süpke im Kuratorium.

Fachkräftemangel, Digitalisierung und Transformation sind die großen Herausforderungen in der chemischen Industrie. Das Leitbild der Provadis Hochschule ist „Thinking

Industry New“. Sie fokussiert sich auf die Qualifizierung von Fach- und Führungskräften für die Industrie. Hilfreich ist dabei die Nähe zu den Unternehmen im Industriepark.

Ein Schwerpunkt liegt in den Naturwissenschaften. Im „klassischen Modell“ besuchen Teilnehmende neben ihrem Beruf Veranstaltungen. Wer eine kaufmännische oder eine Fachinformatiker-Ausbildung absolviert hat, kann das Studium verkürzen. Inhalte aus der Ausbildung werden dabei anerkannt. ■

Ausführliche Informationen: provadis-hochschule.de

Darmstadt

Vertrauensleute und Ortsgruppen: gelebte Demokratie

Demokratie ist eine der wichtigsten Grundlagen für die Arbeit der IG BCE – das fängt in den Betrieben und in den Ortsgruppen an. Im April und im Mai werden im Landesbezirk Hessen-Thüringen die Ortsgruppenvorstände und die gewerkschaftlichen Vertrauensleute in den Betrieben neu gewählt. Sie stehen ganz vorn im Kontakt zu den IG BCE-Mitgliedern. Viele der Kandidierenden haben bereits eine oder mehrere Amtszeiten hinter sich. Es werden aber auch neue Aktive für die Ortsgruppenvorstände und die Vertrauensleute gesucht. Eine Möglichkeit für jedes Mitglied der IG BCE, sich aktiv in die Gewerkschaftsarbeit einzubringen. Mitunter gibt es dafür sehr attraktive Bedingungen.

Zum Beispiel für die ehrenamtlichen Vertrauensleute bei Merck in Darmstadt. Dort wird

Mitte April gewählt. Zur gelebten Demokratie gehört hier, dass der Arbeitgeber die gewerkschaftliche Arbeit unterstützt. „Die Sozialpartnerschaft wird bei Merck auch in der Praxis gelebt. Das hilft uns sehr“, sagt Thorsten Herd, Vorsitzender des Vertrauenskörpersvorstands. „Die Bereitschaft zur Vertrauensleutearbeit ist dadurch sehr hoch.“ Insgesamt gibt es rund 120 Vertrauensleute.

Die Arbeit als Vertrauensperson öffnet auch die Türen für weitere Ämter. „Wir nutzen Paragraph 28a des Betriebsverfassungsgesetzes“, sagt Thorsten Herd. Er erlaubt es, Arbeitsgruppen mit Personen zu bilden, die kein ordentliches Betriebsratsmandat haben. „Das nutzen wir, um unsere Vertrauensleute in die Betriebsratsarbeit einzubinden.“ Eine Vielzahl der

Vertrauensleute ist so in Fachausschüsse und Arbeitsgruppen eingebunden. Viele von ihnen kandidieren dann später auch für reguläre Betriebsratsämter.

Was bringt Menschen dazu, sich als Vertrauensperson zu engagieren? Laut Thorsten Herd sind bei Merck die Gründe vielfältig. Einige der Kandidatinnen und Kandidaten kommen aus Bereichen, in denen eine Vertrauensperson aufhört, und wollen deren Aufgabe übernehmen. Andere haben das Gefühl, dass für sie der richtige Zeitpunkt da ist, sich für ihre Kolleginnen und Kollegen einzusetzen. Und wieder andere kommen aus der Jugendarbeit. Das große Thema für sie alle ist: die Transformation im Unternehmen. Auf sie beziehen sich die meisten Fragen, die an die Vertrauensleute bei Merck herangetragen werden. ■



GEMEINSAME ERKLÄRUNG DES ARBEITGEBERVERBANDES HESSEN-CHEMIE UND DER IG BCE HESSEN-THÜRINGEN

Die Chemie-Sozialpartner in Hessen tragen dazu bei, die Werte der Demokratie und den sozialen Frieden zu wahren. Unser gemeinsames Verständnis von Wohlstand und Freiheit basiert auf dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und der Einheit Europas. Jeglichen Bestrebungen, diese Grundpfeiler zu schwächen oder rechtspopulistischen Remigrationsplänen zu folgen, erteilen wir eine klare Absage. Unsere Betriebe spiegeln die Vielfalt der Gesellschaft wider. Die Menschen, die bei uns arbeiten, sind Kolleginnen, Kollegen, Nachbarn und Freunde. Wir treten dafür ein, dass sich jede Bürgerin und jeder Bürger in unserem Land sicher fühlen kann. Deutschland soll ein attraktiver Standort bleiben, auch um ausländischen Fachkräften eine Heimat zu bieten.

#VielfaltStärktUns #gegenrechts #niewiederistjetzt #HessenChemie #IGBCE



Das Siegfried-Euro-Forum (SEF) wurde, begleitet durch die IGBCE, Ende November 2023 im schweizerischen Zofingen konstituiert.

Solidarität ohne Grenzen

Im Landesbezirk vertreten 25 Europäische Betriebsräte aus europaweit tätigen Unternehmen die Interessen ihrer Kolleginnen und Kollegen. Drei von ihnen berichten über die Möglichkeiten und Grenzen des transnationalen Gremiums.

Text Michaela Ludwig

O b drohende Standortveränderungen, Reaktionen auf internationale Krisen oder die Folgen des Ukraine-Kriegs: Immer mehr Betriebsräte in transnationalen Konzernen fordern einen besseren Einblick in die globalen Unternehmensstrategien ihres Arbeitgebers. Um die Interessen der Belegschaft grenzübergreifend zu

vertreten, gründen sie einen Europäischen Betriebsrat (EBR) wie als jüngstes Beispiel im Landesbezirk innerhalb der Siegfried-Gruppe. „Alle Entscheidungen und Entwicklungen, die direkten Einfluss auf die Belegschaften nehmen können, landen vor ihrer Einführung auf unserem Tisch“,



berichtet **Stephan Seiffert** vom Glaswerk Obernkirchen, EBR-Vorsitzender der Ardagh-Gruppe. Das 22-köpfige Gremium aus sieben EU-Ländern und trotz Brexit auch aus England, Schottland und Wales vertritt rund 10.000 Beschäftigte. Wie in den EBR-Richtlinien aus den Jahren 1994 und 2009 festgeschrieben, hat das

Gremium das Recht auf Information und Anhörung durch die Unternehmensleitung.

So muss der EBR der Ardagh-Gruppe beispielsweise im Vorfeld informiert werden, wenn an einem Standort Stellen abgebaut oder Produktionen verlagert werden sollen. Über den gesetzlichen Mindeststandard hinaus geht jedoch die Vereinbarung, dass das Gremium rechtzeitig über jegliche IT-Maßnahmen, die der Leistungs- oder Verhaltenskontrolle dienen, in Kenntnis gesetzt wird. „Wir prüfen die Pläne und geben eine Stellungnahme ab“, berichtet Stephan Seiffert. „Bisher wurde noch keine Maßnahme, die das Gremium abgelehnt hat, eingeführt.“ So konnte für einen englischen Standort eine Regelung erreicht werden, nach der rund 80 Überwachungskameras abgebaut werden mussten. Diese Form der Zusammenarbeit ist vorbildlich.

Rund 40 Delegierte umfasst der EBR des französischen Staatskonzerns EDF, zu dem die ebenfalls französische Tochtergesellschaft Framatome mit der deutschen Advanced Nuclear Fuels GmbH (ANF) gehört. **Wolfgang Wolter** vom Lingener Brennelementehersteller vertritt die deutschen Standorte in den Euro-Betriebsräten beider Konzerne. Ihrer Selbstverpflichtung folgend, informieren sie auf den regelmäßigen Treffen über die aktuelle Sicherheits- und Gesundheitssituation, die strategische Ausrichtung sowie die Situation in den sechs beteiligten Staaten. Dies geschehe „sehr transparent“, versichert Wolfgang Wolter. Darüber hinaus können die Delegierten ihre Standortthemen in das Gremium einbringen und „Gehör finden“.

In vielen Europäischen Betriebsräten funktioniert die rechtzeitige

Informationsweitergabe nicht so reibungslos. Das kritisiert auch **Volker**

Neumann, Gründungsmitglied des Vynova European Employee Forum (VEEF), das 1.200 Beschäftigte in fünf Ländern vertritt. Problematisch: Die EBR-Richtlinie sieht keine Sanktionsmaßnahmen für säumige Unternehmens- oder Konzernspitzen vor. „Verglichen mit dem deutschen Betriebsverfassungsgesetz hat der EBR nicht viel Macht“, konstatiert Neumann. Die gesetzlichen Grundlagen der einzelnen Staaten seien sehr unterschiedlich, ebenso der dort gepflegte Umgang zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmenden. „In Deutschland haben wir mehr Handhabe.“ Entscheidend sei deshalb, wie gut die Betriebsräte vernetzt seien und Informationen über ihre Standorte austauschten.

Hierin sieht auch Franziska Laudenschmidt die Stärke von EBR. „Die Gefahr, dass Standorte gegeneinander ausgespielt werden, sinkt, wenn diese sich im Gremium regelmäßig und zeitnah informieren“, resümiert die Wissenschaftlerin vom Zentrum für Arbeit und Politik der Universität Bremen. „So ergeben sich neue Handlungsmöglichkeiten.“ Es gehe darum, die verschiedenen Ebenen der Mitbestimmung kreativ und strategisch zum Vorteil des Europäischen Betriebsrats zu nutzen.

Aktuell bereitet das EU-Parlament eine Überarbeitung der Richtlinie vor, mit der die Informations- und Anhörungsrechte der Europäischen Betriebsräte gestärkt werden. Magali Schleifer, zuständige IGBCE-Fachsekretärin, begrüßt, dass „Sanktionen bei Verstößen künftig klar geregelt werden“. Zudem sollen die EBR weiblicher werden: „Es wird ein Frauenanteil von 40 Prozent vorgegeben.“ ■



Hannover

Mindestens 7 Prozent



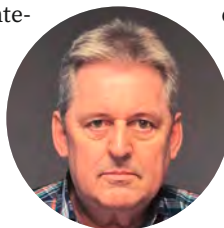
Eine Erhöhung der Entgelte und Ausbildungsvergütungen um mindestens sieben Prozent, Besserstellungen für IGBCE-Mitglieder und eine Modernisierung des Bundesentgelttarifvertrags: So lauten die Forderungen für die 67.770 Beschäftigten der chemisch-pharmazeutischen Industrie im Landesbezirk Nord, die die regionale Tarifkommission der IGBCE am 15. März in Hannover mehrheitlich beschlossen hat. ■

Hamburg

Spitzentreffen



Die Stärkung des Industriestandorts Norddeutschland steht auch 2024 ganz oben auf der Agenda des DGB Nord. Das haben die Spitzen der Mitglieds-gewerkschaften, darunter Henrike Rauber und Jan Koltze für die IGBCE-Bezirke Schleswig-Holstein und Hamburg-Hamburg, Ende Januar bei ihrem Treffen in Hamburg beschlossen. Weitere Schwerpunkte sind die Gestaltung der sozial-ökologischen Transformation und die Verteidigung der Demokratie gegen die Gefahr von rechts. ■



Itzehoe

Flamme entzünden

Gewerkschaft vor der Haustür erlebbar machen: Die 93 Ortsgruppen im Landesbezirk machen Lokalpolitik, unterstützen die gewerkschaftliche Arbeit in den Betrieben, organisieren Bildungsveranstaltungen und laden zum geselligen Austausch. Im Frühjahr sind alle Gewerkschaftsmitglieder aufgerufen, ihre Ortsgruppenvorstände für die kommenden vier Jahre neu zu wählen.

„Ortsgruppen sind das Bindeglied zwischen den Hauptamtlichen und den Mitgliedern. Wir transportieren den Gedanken der Gewerkschaft über verschiedenste Kanäle zu unseren rund 1.000 Mitglieder“, sagt Norbert Wagner, Vorsitzender der Ortsgruppe Itzehoe im Bezirk Schleswig-Holstein. Die Ortsgruppe verfügt über einen eigenen Etat und kann selbstbestimmt ihre Schwerpunkte setzen. „Wir organisieren Unterstützungsangebote und Events als kleines Dankeschön für die Mitgliedschaft.“ Dort tauchen immer wieder auch Beschäftigte aus Betrieben auf, die noch nicht erschlossen sind. „Über sie versuchen wir eine neue Flamme zu entzünden, die im besten Fall den gesamten Betrieb erfasst.“

Mehr noch: Durch die Ortsgruppen können die Mitglieder ihre IG BCE mitgestalten. Denn sie schicken eigene Delegierte zum Gewerkschaftskongress, die dort über Anträge abstimmen und über die Bezirksdelegiertenkonferenz ihre Anliegen einbringen können. ■



Gemeinschaft beim Azubiwochenende.

3 Fragen an ... Wiebke Osigus



Die niedersächsische Europaministerin über die anstehenden Europawahlen.

Was ist die Aufgabe des niedersächsischen Europaministeriums?

Wir vertreten ganz unterschiedliche Bereiche jeweils aus der niedersächsischen Sicht: Die niedersächsische Wirtschaft ist breit aufgestellt und stark exportorientiert. Im Land gibt es eine Reihe energieintensiver Industrien und Arbeitgeber von überregionaler Bedeutung. Der Agrarbereich ist deutschlandweit führend und an der niedersächsischen Nordseeküste haben wir wichtige Häfen. Zudem verfügt Niedersachsen über erneuerbare Energien – insbesondere bei der Produktion von Windenergie steht es deutschlandweit an der Spitze. Diese sehr unterschiedlichen Interessen Niedersachsens vertreten wir, indem sich das Europaministerium aktiv bei politischen Weichenstellungen und Gesetzgebungsverfahren auf europäischer Ebene einbringt. Genauso wichtig ist es, dass wir uns auf neue Themen und Entwicklungen der Europäischen Union (EU) rechtzeitig einstellen oder selbst die Initiative ergreifen.

Was hat die Europapolitik mit den Menschen und den Unternehmen vor Ort zu tun?

Hier nehmen wir den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel Europas wahr und gestalten ihn mit. Um uns zukunftsfest zu machen, erhält Niedersachsen EU-Gelder. Darüber hinaus wird die Wirtschaft dort unterstützt, wo Landesgeld oder Eigenmittel nicht hinfließen oder aufgestockt werden müssen. In den Jahren 2021 bis 2027 fließen mehr als acht Milliarden Euro nach Niedersachsen. Auch die Klimaziele der EU lassen sich nur mit einer umfangreichen europäischen Förderung erreichen. Wir brauchen

eine verbindliche Förderzusage der EU, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer energieintensiven Industrien sicherzustellen. Die Bemühungen um weniger Emissionen dürfen nicht zur Abwanderung wichtiger Industrien wie der Chemiebranche aus der EU führen. Um die Dekarbonisierung energieintensiver Industrien bis 2040 zu erreichen, brauchen wir Zugang zu sehr großen Mengen CO₂-armer Energie. Das „Netto-Null-Industrie-Gesetz“, auf das sich EU-Parlament und Mitgliedsstaaten nun geeinigt haben, soll Genehmigungsverfahren vereinfachen und mehr Investitionen in klimafreundliche Technologien ermöglichen. Dies wäre auch für Niedersachsen eine wichtige Weichenstellung auf dem Weg zum Klimaziel 2040.

Warum ist es so wichtig, am 9. Juni zur Europawahl zu gehen?

Deutschland profitiert sehr von der starken Gemeinschaft EU. Im Wettbewerb mit globalen Wirtschaftsriesen wie den USA oder China sind wir gemeinsam mit den 26 Partnern wesentlich stärker, als wenn wir uns nur national aufstellen würden. Am Brexit sehen wir, dass Alleingänge den Wohlstand gefährden. Jede und jeder sollte wählen gehen, um die politischen Kräfte zu steuern und letztendlich die Zukunft zu gestalten. Wir müssen auch unseren gemeinsamen Binnenmarkt erhalten. Ich appelliere auch an die 16- und 17-Jährigen, die erstmals abstimmen dürfen! Es ist wichtig, dass sich Jugendliche aktiv für ihre Belange wie Klimaschutz, die Umwelt oder die Zukunft unseres Miteinanders im digitalen Zeitalter einsetzen. Dabei geht es um nicht weniger als die Sicherung der Demokratie. ■

Hamburg

Brandmauern ziehen



Vertrauensleute im Bezirk Hamburg-Harburg kontern Hass und Hetze im Betrieb.

Ein Kollege zeigt Tiktok-Videos mit rassistischen Inhalten, eine Kollegin wettet über angebliche Sozialschmarotzer. Hass und Hetze machen auch vor Kantine, Werkbank oder Pausenraum nicht halt. „Was tun?“, fragen sich immer mehr Gewerkschaftsmitglieder. Weghören und Stillschweigen wirken letztendlich wie Zustimmung, meint Elissa Lo Coco, Vorsitzende der gewerkschaftlichen Vertrauensleute von Aurubis. „Wenn ich die Möglichkeit habe, versuche ich, über die Inhalte aufzuklären, Fakten entgegenzusetzen.“

Die Situation ist ernst, mahnte Stephan J. Kramer, Verfassungsschutzchef in Thüringen, auf der Vertrauensleutekonferenz des IGBCE-Bezirks Hamburg-Harburg Anfang Februar. Sie stand ganz im Zeichen des betrieblichen Engagements gegen Populismus und Rechtsextremismus: „Die Rechtsextremisten und die Neue Rechte haben es geschafft, an die Wurzeln unserer Demokratie zu kommen. Hier geht es um die Fundamente unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung und offenen Gesellschaft“, kritisierte Kramer. Wichtige Akteure im Kampf gegen Populismus und Rechtsextremismus seien die gewerkschaftlichen Vertrauensleute. Sie seien „der Kitt, der unsere Demokratie und unsere offene Gesellschaft zusammenhält und lebenswert macht“. Auch Bezirksleiter Jan Koltze forderte, „die Werkbank und die Kantinen nicht den

Parolenklopfern oder gar Rechts-extremen zu überlassen“. Er hofft, dass das gesellschaftliche Bollwerk, aktuell durch Großdemonstrationen eindrucklich auf die Straße gebracht, auch in den Betrieben gezogen wird.

Um das zu unterstützen, ruft der Bezirksvorstand zu einer „Sozialpartner-Initiative gegen Populismus“ auf. Diese fordert Betriebsräte auf, gemeinsam mit den Unternehmensleitungen eine Resolution gegen Populismus, Antisemitismus, Rassismus und Verschwörungsmythen zu verabschieden und sie vor die Belegschaft zu tragen. „Als aktive Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter treten wir für Weltoffenheit, Vielfalt und Toleranz ein“, so Koltze. „Deswegen wollen wir mit dieser Aktion ein deutliches Zeichen setzen und die Beschäftigten mitnehmen.“

Demokratietrainer Harald Berndt sieht gerade am Arbeitsplatz eine große Chance, noch Unentschlossenen andere und möglicherweise neue Sichtweisen anzubieten: „Hier treffen sich die unterschiedlichsten Menschen und haben die Möglichkeit, ins Gespräch zu kommen“, so Berndt. „Die Beschäftigten haben eine starke Verbindung: Alle möchten Geld verdienen, und das geht nur zusammen.“ Das könne eine Basis schaffen – für das Kantinengespräch wie für Unternehmensvereinbarungen.

Erste Unternehmen wie Tesa haben eine solche Erklärung bereits im Intranet veröffentlicht. ■

Goslar

Jubiläum mit Herausforderungen

Der Petrofer-Betriebsratsvorsitzende **Christoph Sachse** wurde auf der Jubilarfeier des Bezirks Südniedersachsen im vergangenen Jahr für 25 Jahre gewerkschaftliches Engagement geehrt.



Mit Petrofers Austritt aus dem Arbeitgeberverband erwarten den 44-jährigen Familienvater nun stürmische Zeiten. „Die Tarifflicht aus dem Chemie-Flächentarif werden wir nicht akzeptieren. Die Tarifkommission ist gewählt. Nun versuchen wir, den Arbeitgeber wieder in die Spur zu bringen.“ ■

Hannover

1. Mai im Landesbezirk

„Mehr Lohn. Mehr Freizeit. Mehr Sicherheit“: Unter diesem Motto rufen DGB und IGBCE am 1. Mai 2024 zu Kundgebungen im gesamten Landesbezirk auf. Hauptrednerin auf der zentralen bundesweiten Mai-kundgebung in Hannover ist die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi. Landesbezirksleiter Ralf Becker spricht in Bomlitz, Michael Linnartz (Bezirksleiter Hannover) in Peine, Jeannette Chiarlitti (Bezirksleiterin Südniedersachsen) in Holzmin-den und Marion Hackenthal (Bezirksleiterin Ibbenbüren) in Osnabrück. ■





Kämpft für Zukunftsperspektiven in der Lausitz: Lars Katzmarek, Landtagskandidat für Cottbus Süd.

Wir wählen!

2024 ist ein wichtiges Wahljahr. Politisch besonders im Fokus stehen die Kommunalwahlen und die drei Landtagswahlen in Ostdeutschland. Dort engagieren sich mutige Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter der IG BCE in demokratischen Parteien und stellen sich zur Wahl.

Text Karin Aigner – **Foto** Gernot Menzel

Parteiaktive Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in Nordost und Thüringen stehen auf, zeigen Haltung und vernetzen sich: Sie sind unsere Alternative. Jeden Tag im Betrieb, in unserer Gewerkschaft und in den Regionen vor Ort. Sie alle treibt der Wille zur Gestaltung in unserer Demokratie an.

Politik und Gewerkschaft: Wie passt das zusammen? Marco Sandow aus Schwedt sagt: „Wohlstand entsteht durch gute Wirtschaftsleistung. Die IG BCE vertritt die großen Industrieunternehmen im gesamten Land. Durch die Arbeit im ehrenamtlichen Hauptvorstand bekommt man einen guten Überblick, was

Trends sind, wohin sich die Wirtschaft entwickelt. Die IG BCE hat ein starkes Team an Profis, die Situationen bewerten können, um daraus sinnvolle politische Maßnahmen ableiten zu können. Diese Expertise muss man nutzen.“

Dass eine gute Zukunft nur gemeinsam gestaltet werden kann, findet auch Michael Mende, Vertrauensmann und Supplier Quality Engineer bei Moldtecs in Sonneberg: „Meine Entscheidung, mich politisch zu engagieren ist vor allem durch die aktuellen Ereignisse und die erstarkenden populistischen Bewegungen getrieben. In unserer Region ist es wichtig geworden, sich gegen diese Strömungen zu stellen

und unsere demokratischen Werte zu verteidigen.“

Eine, die sich genauso wenig mit dem Status quo zufriedengibt und einfach macht, ist Gewerkschaftssekretärin Ute Liebsch: „Es braucht heute sicher noch mehr Courage, um sich den aktuellen Diskussion zu stellen. Aber wer soll es machen, wenn nicht wir?“, so bringt sie es auf den Punkt. ■

Kommunalwahlen:

26.5. in Thüringen
9.6. in Brandenburg
9.6. in Sachsen und Sachsen-Anhalt

Landtagswahlen:

1.9. in Thüringen und Sachsen
22.9. in Brandenburg



Torsten Wittenborn (53)

Technischer Planungsingenieur Ediscom
Telekommunikation GmbH Eberswalde in Grimmen
SPD/kandidiert zur Kommunalwahl in MV

„Ich unterstreiche das Zitat von Franz Müntefering: ‚Kommunalpolitik ist nicht das Kellergeschoss unserer Demokratie, sondern ihr Fundament.‘ Es geht um Pflichtaufgaben wie die Übernahme der Wohnsitzanteile für Kitas und Schulen.“



Martin Schautschick (37)

Betriebsratsvorsitzender KW Boxberg (LEAG)
CDU/kandidiert für den Kreistag
für den Landkreis Görlitz

„Es gilt, die Probleme der Kolleginnen und Kollegen über die Gremien in die Partei zu bekommen. Betriebliche Mitbestimmung ist der erste Baustein, gewerkschaftliches Miteinander der zweite und der dritte Baustein ist Parteiarbeit.“



Jens Littmann (49)

Betriebsrat bei der LEAG, Kraftwerk Lippendorf
CDU/Kandidat u. a. Gemeinderatswahl und Ortschaftsratswahl
Neukieritzsch und Lippendorf-Kieritzsch

„Die Region im Südraum von Leipzig darf nicht wieder einen Strukturbruch wie mit der politischen Wende 1990 erleiden. Es geht um das Schicksal einer ganzen Region, die Investitionen und gut bezahlte Jobs mit Tarifbindung braucht.“



Michael Mende (43)

Supplier Quality Engineer bei der Moldtecs GmbH
Sonneberg

SPD/kandidiert im Wahlkreis für den Kreistag
„Ich möchte in keinem Land leben, das von Populisten und Hetzern geprägt wird, die die Errungenschaften der Gewerkschaften und der demokratischen Parteien zunichtemachen. Deshalb heißt es für mich anpacken und mitgestalten.“



Kristin Kentsch (38)

Betriebsrätin, LEAG Schwarze Pumpe
SPD/kandidiert für den sächsischen Landtag
und den Stadtrat Hoyerswerda

„Durch eine positive Willkommenskultur sollen neue Fachkräfte bei uns diskriminierungsfrei leben und arbeiten können. Als Teil wehrhafter Demokratie setze ich mich für gesellschaftlichen Zusammenhalt statt Spaltung ein.“



Frank Rauschenbach (36)

Schichtleiter Chemiewerk Bad Köstritz GmbH/
Abteilung Kieselsäure
SPD/Landtagskandidat u. a. Altenburger Land, Schmöln

„Die kommende Legislaturperiode muss in Thüringen zwingend genutzt werden, sich für die Zukunft auszurichten, die Mängel in Bildung, Gesundheit und Pflege sind abzustellen.“

➔ **Weitere Statements auf der folgenden Seite.**



Ute Liebsch (63)

Gewerkschaftssekretärin Bezirk Lausitz
SPD/kandidiert für den Kreistag Bautzen, Wahlkreis 8
„Ich will ein soziales gutes Leben ohne Krieg und Hetze! Außerdem ist es mir wichtig, dass der ländliche Raum nicht abgehängt wird, dazu braucht es auch schnelles Internet und eine Ladeinfrastruktur für E-Mobilität.“



Martin Kuklinski (35)

Schicht-Steiger im Tagebau Vereinigtes Schleenhain
CDU/kandidiert bei der Stadtratswahl in Leipzig
„Ich habe mich aufgestellt, da ich nicht einer von denen sein will, die immer nur meckern. Ich will mitgestalten, als Vertrauensmann bei der IG BCE wie auch beim Stadtrat. Wir brauchen auch in Leipzig eine Politik von Maß und Mitte.“



Marco Sandow (46)

Expert OHS, Leipa Georg Leinfelder GmbH in Schwedt
SPD/kandidiert u. a. bei den Kreistagswahlen in der Uckermark
„Ich sehe mich als Schnittstelle zwischen Betrieb, Gewerkschaft und Politik. Ich bin mit den Themen vor Ort täglich konfrontiert, kann sie in ein Gesamtbild einordnen, um notwendige Veränderungen anzustoßen und mitzugestalten.“



Andreas Schumann (62)

Leiter Innenrevision bei der LMBV mbH, jetzt Altersteilzeit
SPD/kandidiert für den Stadtrat in Altenburg
„Es ist mir ein großes Anliegen, dass es in Altenburg vorangeht und Ostthüringen wieder lebenswert wird. Das ist kein leeres Wahlversprechen, sondern eine verantwortungsvolle Arbeit, die das ganze Jahr über gepflegt werden muss.“



Lars Katzmarek (31)

Regionalmanager Green Business bei der LEAG in Cottbus
SPD/Landtagsmandat Cottbus Süd
„Es geht nicht nur um gut bezahlte und gewerkschaftlich gesicherte Arbeitsplätze, sondern um eine soziale Politik im Sinne der Menschen mit Themen wie Strukturwandel, Energiewende oder Erhalt von sozialen Einrichtungen.“



Matthias Lindig (47)

Betriebsratsvorsitzender MIBRAG
CDU/kandidiert u. a. bei der Kreistagswahl Altenburger Land
„Wir brauchen Lösungen für die gesellschaftlichen Herausforderungen und müssen dabei auf bewährte Grundsätze wie Solidarität, Freiheit und Verantwortung setzen. Ziel ist dabei die Stärkung unseres demokratischen Systems.“

Engagierst du dich parteipolitisch/gegen die AfD? Melde dich!
lb.nordost@igbce.de

Schkopau

Forderungsbeschluss bei Dow

Bei einem Besuch im März bei Dow Olefinverbund Schkopau stellte Stephanie Albrecht-Suliak, Verhandlungsführerin für die ostdeutsche chemische Industrie, die Forderungsempfehlung des Hauptvorstands vor. Die Vertrauensleute der Dow beschlossen abschließend ihre Forderung.

Die digitale Umfrage zur Tarifrunde Chemie 2024 war ein großer Erfolg. Mehr als 3.600 Beschäftigte äußerten auf diesem Weg ihre Meinung. Besonders deutlich war der Wunsch nach einer Entgeltsteigerung, um die Preisentwicklung auszugleichen. Der Dank gilt allen, die mitgemacht haben. ■

Fürstenwalde

Ministerbesuch bei Goodyear



„Wir werden uns für Sie einsetzen“: Minister Steinbach bei Goodyear.

Jörg Steinbach, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Energie des Landes Brandenburg, sprach bei einer

Kundgebung vor dem Goodyear-Werk in Fürstenwalde den Beschäftigten Mut zu: „Ich versichere Ihnen, dass wir alles in unserer Macht Stehende tun werden, um diesen industriellen Traditionsstandort auch langfristig zu sichern“, beteuerte er.

„Eine Schließung Goodyears wäre ein tiefer Einschnitt für die Region. So weit, wie es uns möglich ist, werden wir uns gemeinsam mit den Sozialpartnern und dem Unternehmen dafür einsetzen, den Menschen vor Ort eine Perspektive und Planungssicherheit zu geben.“ ■

Tarifmeldungen

Kunststoff – Alpla: insgesamt +250 Euro und 3 Prozent, Azubis durchschnittlich +18 Euro, 1.000 Euro Inflationsausgleichsprämie, auf 24 Monate.

Grobkeramik – Sakret Rüdersdorf: Entgelterhöhung um 3,9 Prozent, 750 Euro Inflationsausgleichsprämie, auf 15 Monate.

Spedition – TSS GmbH: Entgelterhöhung um insgesamt circa +20 Prozent, Azubis bis zu insgesamt +210 Euro, Mitgliederbonus Edenred-Karte, 1.500 Euro, Inflationsausgleichsprämie, auf 24 Monate. ■

Nordost

Wirb mit!

Es ist eine vertraute Tradition: Seit Jahren werden die erfolgreichsten Werberinnen und Werber des Landes im Sommer als Dankeschön nach Berlin eingeladen. Auch in diesem Jahr geht es wieder auf eine Bootsfahrt mit Musik, Leckereien und tollen Gesprächen. Mach mit! Auch du kannst erfolgreich werben: Überzeuge einfach andere, dass eine Mitgliedschaft genau das Richtige für sie ist. ■

Lausitz

Neue Bezirksleiterin

„Mit unserer neuen Bezirksleiterin sind wir für die Zukunft in der Lausitz bestens aufgestellt. Wir werden die erfolgreiche Arbeit des Bezirks fortsetzen. Die Lausitz ist Energieregion und soll auch in der Zukunft Energieregion bleiben.“ So hieß Stephanie Albrecht-Suliak, Landesbezirksleiterin Nordost, die neue Bezirksleiterin für die Lausitz, Reni Richter (42), willkommen. Sie wurde vom Bezirksvorstand zur Nachfolgerin von Ute Liebsch gewählt, die nach zehn Jahren als Bezirksleiterin und Vorsitzende des Bezirksvorstandes in den Ruhestand geht. ■



Nordost

Neu im Landesbezirk

Nils Tohermes ist seit April 2024 als Trainee im Landesbezirk Nordost tätig, danach wird er als Gewerkschaftssekretär den Bezirk Berlin-Mark Brandenburg verstärken.

Der 30-jährige Wahlberliner kommt ursprünglich aus dem Ruhrgebiet und hat einen Master der Politikwissenschaften. Auf die IGBCE wurde er bei 50 Hertz aufmerksam – und begeisterte sich für die Gewerkschaftsarbeit. Jetzt freut er sich auf neue Herausforderungen. ■



VOR ORT



In vielen Bezirken in Nordrhein beteiligten sich zahlreiche Menschen an einer Demonstration gegen rechts.

Nie wieder ist jetzt

Wie im gesamten Bundesgebiet gingen die Menschen im Landesbezirk Nordrhein für die Demokratie auf die Straße. Auch auf dem Neujahrsempfang des Bezirks Niederrhein stand das Thema ganz oben auf der Agenda.

Text Leo Kölzer

In den vergangenen Wochen sind im gesamten Landesbezirk Nordrhein viele Tausend Menschen gegen die Alternative für Deutschland (AfD) auf die Straße gegangen. Gemeinsam haben sie für Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit

und Solidarität demonstriert. So auch im IGBCE-Bezirk Niederrhein. Dort beteiligten sich zahlreiche Kolleginnen und Kollegen an Kundgebungen von IGBCE und DGB sowie an vielen Aktionen in den Betrieben. Das Erstarren der Rechten war des-

halb auch auf dem Neujahrsempfang des Bezirks ein zentrales Thema. Rund 200 geladene Betriebsrätinnen und Betriebsräte, Ortsgruppenmitglieder und engagierte Kolleginnen und Kollegen der IGBCE folgten der Einladung in die Duisburger Gebläse-

halle. Als Hauptredner war Francesco Grioli, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstands der IG BCE, vor Ort. In Anbetracht des Auflebens von Rechtsradikalismus und Populismus rief Grioli mit einem bekannten Zitat zu Zuversicht, aber auch zu Wehrhaftigkeit auf: „Wenn aus Unrecht Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht.“ Dem schloss sich Bezirksleiter Zafer Ates an: „Diese Rechten unter dem Deckmantel der

„
**Wenn aus
 Unrecht Recht
 wird, wird
 Widerstand zur
 Pflicht.**

Francesco Grioli,
 Hauptvorstandsmitglied

AfD sind weder eine Alternative noch eine wie auch immer definierte Basis für unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaft.“

Industrie braucht Perspektiven

Aus Sicht der IG BCE steckt Deutschland zwischen etlichen Krisen, globaler Nachfrageschwäche und zahlreichen hausgemachten Problemen fest. Als Beispiel nannte Grioli die aktuelle Debatte um einen Industriestrompreis. Dabei gehe es um nichts weniger als darum, den Fortbestand der energieintensiven Industrieproduktion in Deutschland zu sichern. „Anstatt die Zeit bis zum breiten Zugang zu bezahlbaren erneuerbaren Energien mit einem Industriestrompreis zu überbrücken, verteilt die Ampelregierung ziellose Subventionen“, so Grioli. Die

Konsequenz liege auf der Hand: Teile der Unternehmen planen nun eine Standortverlagerung ins Ausland, wo die Produktion wesentlich günstiger sei. In dem Zusammenhang forderte Zafer Ates: „Wir brauchen Investitionen in den Ausbau der Infrastruktur, sowohl bei uns in der Region als auch im gesamten restlichen Land.“

Situation wird komplexer

All das sorgt in vielen Betrieben für enorme Sorgenfalten. Der Austausch untereinander und der Erfahrungsaustausch standen deshalb im Zentrum der anschließenden Podiumsdiskussion. Im Fokus: betriebliche Herausforderungen, strategisches Vorgehen der Mitbestimmung und die Rolle der IG BCE. „Es wird immer komplexer und dynamischer“, sagte Detlef Rennings, Gesamtbetriebsratsvorsitzender des Chemparkbetreibers Currenta. Das liege nicht nur an fortlaufenden Veränderungen durch Umstrukturierungen, Transformations-themen, Arbeitsschutz und Präventionsfragen. Die Themen seien insgesamt vielfältiger geworden.

Alexandra Guist, stellvertretende Vorsitzende der Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) der Evonik Goldschmidt, findet, dass die Jugend bei alledem noch stärker in den Fokus gerückt werden sollte:

„Wollen wir bei der Jugend eine ernst zu nehmende Rolle spielen, müssen wir unsere Angebote dementsprechend noch deutlicher öffnen und als Arbeitgebende attraktiver werden.“

Doch es gab auch Errungenschaften zu feiern: Knapp 1.000 Neuaufnahmen konnte der Bezirk 2023 für sich verbuchen. Eine starke Mitgliederentwicklung, die das gesetzte Ziel sogar übertraf. „In diesem Jahr knacken wir die 1.000“, versprach Zafer Ates und richtete sein Wort

„
**Wir brauchen
 Investitionen
 in die
 Infrastruktur.**

Zafer Ates,
 Bezirksleiter Niederrhein

an die Mitglieder in seinem Bezirk: „Ihr bildet den Grundstein für unsere gewerkschaftliche Arbeit und füllt die IG BCE mit Leben – dafür möchte ich mich ganz persönlich bei euch bedanken.“ ■



IG BCE-Betriebsleiter Zafer Ates fasst die Ergebnisse der Podiumsdiskussion zusammen: „Unsere Antwort auf die Krise ist eine starke Gemeinschaft.“

Düsseldorf

Neu im Bezirk



Thomas Neumann (Mitte) folgt auf Natalie Mühlenfeld (rechts).

Einstimmig gewählt und mit starkem Rückenwind gestartet: Seit dem 1. März ist Thomas Neumann neuer Bezirksleiter im Bezirk Düsseldorf. Damit ist er die Nachfolge von Natalie Mühlenfeld angetreten, die einen neuen Posten in der IG BCE-Hauptverwaltung in Hannover übernommen hat. Der Bezirksvorstand folgte mit der Wahl dem Vorschlag des geschäftsführenden Hauptvorstands der IG BCE.

Der 46-jährige Thomas Neumann ist bereits seit mehr als 13 Jahren hauptamtlich für die IG BCE aktiv. Seit sieben Jahren ist er im Bezirk Düsseldorf tätig – zuletzt als stellvertretender Bezirksleiter. Der neue Bezirksleiter freut sich über die breite Zustimmung des Bezirksvorstands. „Die Leitung des Bezirks zu übernehmen ist eine große Ehre, der ich mich gern stelle“, sagt Neumann. Landesbezirksleiter Frank Löllgen gratuliert Thomas Neumann zur Wahl. „Ich freue mich auf die vertrauensvolle Zusammenarbeit und wünsche dem neuen Kollegen alles Gute für seine neue Aufgabe.“

Auch Natalie Mühlenfeld beglückwünschte ihren Nachfolger zu seiner Wahl und betonte, dass der Bezirk und ihr Team in guten Händen seien. ■

4 Fragen an ... Thomas Neumann



Der frisch gewählte Bezirksleiter Düsseldorf über seine neue Funktion und deren Herausforderungen.

Was bedeutet dir die neue Aufgabe?

Ich freue mich riesig darauf. Da ich schon seit mehreren Jahren im Bezirk tätig bin, fühlt sich die neue Aufgabe gar nicht so neu an. Ich kenne die Abläufe, die Betriebe und unsere Leute vor Ort. Das macht meinen Start natürlich deutlich einfacher. Mich treibt es an, dass wir hier gemeinsam viel bewegen können. Als Teil einer starken Gemeinschaft mit all den engagierten Kolleginnen und Kollegen sehe ich für den Bezirk noch unheimlich viel Potenzial.

Welche Themen spielen in den kommenden Monaten für dich eine zentrale Rolle?

Der Bezirk steht vor großen Herausforderungen. Insbesondere in der Chemie- und in der Papierindustrie. In der Chemieindustrie müssen wir versuchen, trotz erheblicher Unsicherheiten in den Betrieben einen guten Tarifabschluss hinzubekommen. Für die Papierindustrie gilt eigentlich dasselbe. Auch wenn hier der Wettbewerbsdruck aus dem Ausland geringer ist. Dort beginnt die Tarifrunde nach den Sommerferien.

Das Thema der Haustarifverträge spielt auch eine große Rolle, oder?

Der Bezirk ist geprägt von vielen Haustarifverträgen. Das ist nicht nur schlecht, denn dadurch konnten wir in den letzten Jahren viele neue Betriebe in die Tarifbindung aufnehmen. Diese Entwicklung geht noch weiter. Die nächsten Betriebe stehen vor erstmaligen Tarifverhandlungen und somit vor einer erstmaligen Tarifbindung. Dies sichert Einkommen, stetig steigende Löhne und insgesamt gute Arbeitsbedingungen.

Welche Themen hast du sonst noch auf der Agenda?

Neben den genannten Themen sind die Betriebe bei uns gekennzeichnet durch einen hohen Anteil kaufmännischer Beschäftigter und einen hohen Anteil an AT-Beschäftigung, für die wir besondere Ansprachen entwickelt haben, wie das KAAT-Projekt, das wir noch weiter ausbauen wollen. Ziel bleibt weiterhin, die hohen Zugangszahlen von 2023 auch in den kommenden Jahren fortzuschreiben. Dies ist immer die Grundlage für gute Gewerkschaftsarbeit. ■

Herten

Sei dabei!

Vom 17. bis zum 20. Mai 2024 in der Schwarzkau Zeche Ewald: Werde Teil „Local – InOurMind“-Festivals und komm mit 400 jungen Kolleginnen und Kollegen für vier Tage zusammen! Für Workshops, Shows, Musik-Acts und vieles mehr. Melde dich jetzt an! ■



Düsseldorf

Chemie-Tarifrunde 2024: Einstimmiger Beschluss



Die regionale Tarifkommission Nordrhein hat ihre Forderung beschlossen.

Seitdem die Forderungsempfehlung der IGBCE zur aktuellen Tarifrunde steht, haben IGBCE-Mitglieder deutschlandweit in ihren Betrieben über diese Inhalte diskutiert und ihre eigenen Forderungen aufgestellt. Im Landesbezirk Nordrhein wurden zusätzlich digitale Umfragen organisiert, an denen die Kolleginnen und Kollegen mit wenigen Klicks darüber abstimmen konnten, welche Schwerpunkte sie sich für die Tarifrunde 2024 wünschen. Auf Grundlage der betrieblichen Forderungen hat die Tarifkommission Nordrhein nun einstimmig und mit großer Zustimmung ihre eigenen Forderungen für die Tarifrunde beschlossen.

Sieben Prozent mehr Entgelt

Demnach fordert die Tarifkommission für die Beschäftigten der chemisch-pharmazeutischen Industrie in Nordrhein eine Mindesterhöhung der Entgelte und Ausbildungsvergütungen um sieben Prozent, mehr tariflichen Schutz und Arbeitsplatzsicherheit exklusiv für IGBCE-Mitglieder, eine Erneuerung des Bundesentgelttarifvertrags, Freistellungsmöglichkeiten für Auszubildende sowie eine Ausbildungsstartprämie in Höhe von 3.000 Euro.

„Die nun einstimmig beschlossene Forderung ist eine Forderung mit Maß und Mitte“, sagt IGBCE-Landesbezirksleiter Frank Löllgen. Sie überfordere auf Unternehmensseite niemanden – helfe aber auf Belegschaftsseite vielen. „Wir wollen den Beschäftigten Optimismus zurückbringen und die Binnennachfrage stärken. Davon profitiert nicht nur unsere Mitgliedschaft, sondern die gesamte Region.“

Austausch in den Betrieben

Im Vorfeld des regionalen Forderungsbeschlusses fanden in zahlreichen Betrieben und in den Bezirken Diskussionen statt. So wie im IGBCE-Bezirk Köln-Bonn. Dort waren rund 120 Kolleginnen und

Kollegen zusammengekommen, um sich über ihre Erwartungen an die diesjährige Tarifrunde der Chemiebranche auszutauschen. „Wir wollten unsere Leute noch vor dem Start abholen, uns austauschen und unsere Inhalte und Erwartungen zur Diskussion stellen“, erklärte IGBCE-Bezirksleiter Armando Dente. Es sei ihm wichtig, dass die Kolleginnen und Kollegen wissen, worauf sie sich einstellen können. Auch Christian Jungvogel, Abteilungsleiter Tarifpolitik der IGBCE, wies darauf hin, dass man sich auf eine komplizierte Tarifrunde vorbereite. „Die Arbeitgeber werden sagen, sie hätten nichts und könnten dementsprechend nichts geben. Doch da gehen wir nicht mit. Wir wollen, dass mindestens der Verlust ausgeglichen wird, den wir durch diese Inflation erlitten haben“, betonte Jungvogel. Das müsse ein ganz wesentlicher Punkt der Tarifrunde sein.

Die Forderungen der regionalen Tarifkommissionen wird die Bundestarifkommission am 10. April zu einer zentralen Forderung zusammenführen. Wenige Tage später beginnen die Tarifverhandlungen zunächst auf regionaler Ebene. Für den Landesbezirk Nordrhein treffen sich beide Seiten am 18. April. ■



Im Sinne von mehr Austausch: Im Vorfeld hatten auch auf Bezirksebene tarifliche Konferenzen stattgefunden, so wie hier im Bezirk Köln-Bonn.



Die Seminargruppe im Europaparlament mit der Abgeordneten Gaby Bischoff (Mitte).

Das bringt uns Europa!

Mitte März lud der Landesbezirk zu einem einwöchigen Europaseminar nach Kehl und Straßburg. Das machte die komplexe EU-Bürokratie für viele verständlicher.

Text Axel Stefan Sonntag

Zugegeben: Europa scheint für viele abstrakt und weit entfernt zu sein, obwohl gerade die Bundesrepublik in vielerlei Hinsicht von der EU profitiert. „Deshalb wollten wir

unseren Mitgliedern die Möglichkeit bieten, sich konkret vor Ort ein Bild zu machen“, begründet Jessica Rauch, stellvertretende Landesbezirksleiterin, das Angebot des einwöchigen Europaseminars.

Der Kalender war prall gefüllt: angefangen beim Stadtrundgang in der Grenzstadt Kehl über eine Führung durch das jüdische Straßburg, den Besuch des Europäischen Verbraucherschutzentrums bis hin

zum Kennenlernen von Europarat und Europäischem Parlament. Hier trafen die Kolleginnen und Kollegen die Abgeordnete Gaby Bischoff. Sie setzt sich als Mitglied im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten dafür ein, die Rechte der Beschäftigten europaweit zu stärken, zum Beispiel in Bezug auf bessere Arbeitsbedingungen in der Plattformarbeit, die EU-Mindestlohnrichtlinie und die Stärkung Europäischer Betriebsräte. „Das war ein Austausch auf Augenhöhe“, resümiert Heike Kohr, stellvertretende Vorsitzende des Seniorenarbeitskreises Saarbrücken. „Sie hat auf unsere Fragen als Mensch und nicht als Abgeordnete geantwortet.“ Diskussionspunkte gab es reichlich, insbesondere in Hinblick auf die bevorstehende Europawahl am 9. Juni. Alle wussten um die Bedrohung von rechts und dass die Gefahr bestand, dass einige planten, die demokratische Arbeit des Parlaments zu boykottieren.

Alle profitieren von Europa

Die Feier zum Internationalen Frauentag, die im Plenum während des Besuchs stattfand, beeindruckte Jessica Rauch ganz besonders. „Es sprach die Kapitänin der spanischen Fußballnationalmannschaft und sie unterstrich, wie viel Europa dazu beiträgt, dass Mädchen und Frauen ihre Ambitionen verwirklichen können. Daran anschließend gab es eine Debatte über Gewalt an Frauen in Europa und welche Verantwortung das Parlament hat, hier Verbesserungen zu bewirken.“

Für mich ist klar, die Europawahl bei meinen Kolleginnen und Kollegen zum Thema zu machen“, hat sich Ulli Meister, Schichtmitarbeiter in der Produktion

der BASF SE, vorgenommen. An seinem eigenen Arbeitsplatz sieht er tagtäglich, wie Grundstoffe aus aller Herren Länder den Wareneingang passieren und die von ihm weiterverarbeiteten Produkte wieder in den Export gehen. „Wir profitieren alle von einem Europa ohne Grenzen, an dessen Zukunft ich fest glaube“, so Meister.

Das sieht Teilnehmerin Martina Hontzia ebenso. Die Vertreterin der Betriebsortsguppe von Teleperformance will das Reisen ohne Grenzen und ohne Zollwartezeiten nicht mehr missen. „Und darüber nachzudenken, ob mein Handy jetzt im deutschen oder im französischen Handynetz eingebucht ist, spielt auch keine Rolle mehr“, so Hontzia, die aus dem Saarland kommt.

Für die Europawahl werben

Vor Ort nahmen die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter die „physische“ Grenze am Rhein kaum mehr als solche wahr. „Eigentlich nur noch bei den Kontrollen im Zug“, schildert Gewerkschaftssekretär Detlev Uthe seinen Eindruck und behält ein Erlebnis in besonderer Erinnerung: „Unsere Bahn fuhr an einem Stromverteilerkasten vorbei, auf dem eine Hahnenfigur angebracht war. Der Hahnenkamm war geschmückt mit deutscher und französischer Flagge. Die Leute hier sind stolz auf unser Europa.“

„Einig waren sich alle darüber, dass jede und jeder in eigenem Umfeld für die Europawahl werben sollte: in der Familie, im privaten Umfeld, im Betrieb“, schlussfolgert Jessica Rauch und betont: „Europa ist zu wichtig, um es den Europafeinden zu überlassen.“ ■



Auf der Zuschauertribüne bei der Rede der Kapitänin der spanischen Frauenfußballnationalmannschaft zum Weltfrauentag.



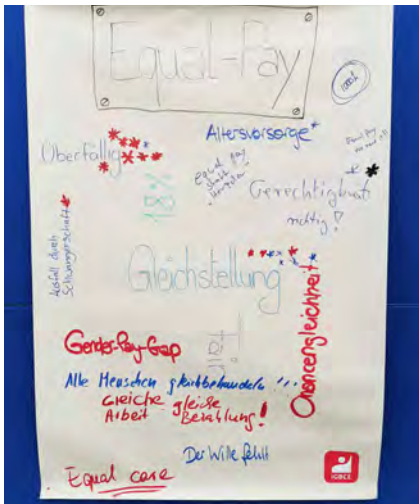
Fakten und Hintergründe bei der Besprechung im Parlamentsgebäude.



Vor dem Europarat, der Demokratie und Menschenrechte fördert.

Ludwigshafen/Mittelrhein

Aktionen und Kino zum Weltfrauentag



In der Ludwigshafener BASF-Kantine füllte sich nach vielen Gesprächen der „Equal Pay“-Flipchart.

Für Dorothea Tudor, neu gewählte Vorsitzende des Bezirksfrauen-ausschusses Ludwigshafen, war es eine gelungene BASF-Kan-tinenaktion zum 8. März: „Viele haben sich ansprechen lassen, egal, ob sie IGBCE-Mitglied sind oder nicht“, blickt sie zurück. An einem Mitmachstand inklusive Quiz klärten die Gewerkschafte-rinnen und Gewerkschafter zum Weltfrauentag über Entgeltunter-schiede und weitere Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern auf. Positive Erlebnisse gab es vor Ort ebenfalls für Ann-Kathrin Jülly, Mitglied in der BASF-Jugend- und

-Auszubildendenvertretung: „Aus dem Feminismusquiz ergaben sich für manche überraschende Antwor-ten“, berichtet sie. Viele Gespräche entwickelten sich beispielsweise daraus, dass die DFB-Frauen für ihren EM-Sieg 1989 ein Kaffeese-rvice erhielten.

Hilfreich für ihre Aktion sei gewesen, dass sich der Weltfrauentag inzwischen zu einem breiten Social-Media-Thema entwickelt habe. „Da passt es doch, wenn manch ein Mann sagte, er habe seinen Mädels heute Blumen mit-gebracht“, so Jülly.

Im Bezirk Mittelrhein kamen 24 Frauen zum Kinoabend „Hidden Figures – Unerkannte Heldinnen“ zusammen. In der US-Filmbiografie geht es um drei afroamerikanische Mathematikerinnen, die Anfang der Sechzigerjahre maßgeblich am Mercury- und am Apollo-Programm der Nasa beteiligt waren. Dabei kämpft das visionäre Dreier-team darum, die Geschlechter- und Rassengren-zen zu überwinden. „Ein Film, der zum Nachdenken anregt“, kommentierten die Zuschauerinnen. ■



Die Frauen im Bezirk Mittelrhein sahen den Film „Hidden Figures“.

Contwig

IGBCE wandert

Auf gute Resonanz stieß die Orts-gruppe (OG) Zweibrücken mit ihrem jüngsten Wanderangebot. Mit dabei waren Kinder, Jugendliche und Hunde, die dem Verlauf des Schwarzbachs folgten und an einem Kioskzelt bei Brezeln, Glühwein und alkoholfreiem Punsch einkehr-ten. Am Ziel, dem Sängerkloster des Sängerbundes, angekommen, war die Kaffeetafel mit Kuchen bereits hergerichtet. Beim Kaffeeklatsch tauschten die Mitglieder unter-einander viele Geschichten und Anekdoten aus. ■



Mainz/Saarbrücken

Chemie: Mindestens sieben Prozent mehr!



Klares Votum: Die Tarifkommission beschließt drei Forderungen zur Chemie-Tarifrunde.

Mindestens sieben Prozent höhere Entgelte, tarifliche Regelungen für Wertschätzung und Besserstellung exklusiv für IGBCE-Mitglieder und einen modernisierten Bundesentgelttarifvertrag: Diese Punkte umfassen die Forderungen für die mehr als 75.000 Beschäftigten der chemisch-pharmazeutischen Industrie in Rheinland-Pfalz und dem Saarland, die die regionalen Tarifkommissionen der IGBCE beschlossen haben.

„Trotz der aktuell schwierigen wirtschaftlichen Lage sind höhere Entgelte dringend erforderlich. Ein Plus von mindestens sieben Prozent hilft, die Reallöhne vor den Auswirkungen der Inflation zu schützen und die Kaufkraft unserer Mitglieder zu erhalten“, so Roland Strasser, Verhandlungsführer in der gemeinsamen Tarifkommission für Rheinland-Pfalz und Saarland. Zwar habe der letzte Tarifabschluss vom Oktober 2022 mit zweimal 3,25 Prozent Plus und insgesamt 3.000 Euro steuer- und abgabenfreier Inflationsausgleichsprämie die massiven Preissteigerungen

über die Laufzeit von 20 Monaten ausgleichen können. „Das war aber eben nicht von Dauer. Die Wirkung der Prämien war zeitlich begrenzt.“

„Die sozial-ökologische Transformation ist nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine gesellschaftliche Mammutaufgabe“, stellt Sinischa Horvat, Betriebsratsvorsitzende bei BASF SE, klar. Beschäftigte seien auch Bürgerinnen und Bürger und finanzierten die Transformation durch ihre privaten Investitionen mit. „Dafür müssen sie mehr Geld in der Tasche haben.“

„Uns ist die Modernisierung des Bundesentgelttarifvertrags wichtig, da die Berufsbilder auch ständig modernisiert und die Ansprüche ständig weiterentwickelt werden“, betont Sarah-Maria Eckrich, Vorsitzende der Jugendvertrauensleute bei der BASF SE. „Außerdem bekommen dual Studierende immer wieder keine Beachtung, wie beispielsweise bei der Novellierung des Berufsbildungsgesetzes. Hier muss unbedingt gehandelt werden.“

„Unsere Gewerkschaft steht für attraktive Tarifverträge, die für Stabilität und Sicherheit sorgen. Ohne die Unterstützung der IGBCE-Mitglieder und ihrer Vertrauensleute wäre das nicht möglich“, verweist Sibylle Anhorn, Betriebsratsvorsitzende bei Boehringer Ingelheim (BI), auf deren elementare Rolle. Dieses Engagement und diesen Aufwand gelte es, so die gewerkschaftlichen Vertrauensleute von BI, mit einem Bonus gesondert zu berücksichtigen. ■



Gemeinsam mehr: Mindestens sieben Prozent sollen die Kaufkraft erhalten.



Stimmen zum
Forderungsbeschluss:
[igbce-profil.de/
24255](https://igbce-profil.de/24255)



Sie sind die Stimme der Gewerkschaft im Betrieb: die Vertrauensleute.

Vertrauensleute im Fokus

Bindeglied zwischen Gewerkschaft und Beschäftigten: Vom 1. März bis 30. Juni werden in den Betrieben die Vertrauensleute neu gewählt.

Text Leo Kölzer – **Foto** Frank Rogner

Zwischen dem 1. März und dem 30. Juni 2024 stehen die Wahlen der Vertrauenskörper an. Auch im Landesbezirk Westfalen wählen die Belegschaften in den Betrieben ihre neuen Vertrauensleute. Und sie legen damit einen wichtigen Grundstein für die Gewerkschaftsarbeit in den kommenden Jahren. Eine Gewerkschaft kann ohne ihre Mitglieder nicht bestehen. Kernbestandteil der IG BCE bilden

dabei die Vertrauensleute im Betrieb. Sie gehören mit dem Betriebsrat zu den ersten Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern im Unternehmen. Klassischerweise findet die Vertrauensleutearbeit direkt im Betrieb statt: in den Pausen, beim Schichtwechsel oder nach getaner Arbeit.

So wie bei Bayer in Bergkamen. Dort sind rund 63 gewerkschaftliche Vertrauensleute Bindeglied zwischen Gewerkschaft, Betriebsrat

und den Betrieben am Standort. Das erfordert eine Menge Organisation. Anfang März liefen die Wahlen planungsgemäß an. „Unsere Wahlen finden in der Regel in einer kombinierten Form statt: vor Ort und in Briefwahl. In der Produktion und Technik sowie im Verwaltungsbereich können wir so möglichst viele erreichen“, berichtet Betriebsrätin **Eveline Engel**,



die sich seit 27 Jahren im Vertrauenskörper engagiert.

Das Besondere bei dieser Wahl: Die Vertrauensleute bei Bayer Bergkamen stehen vor einem Generationenwechsel. „Wir erwarten einen massiven Abgang der Babyboomer“, erklärt Engel. „Daher hoffen wir, mehr junge Leute für das Amt gewinnen zu können.“ Dabei spielen die Jugend- und Auszubildendenvertretung eine zentrale Rolle. Sie sei die Schnittstelle zu den Nachwuchsgewerkschafterinnen und -gewerkschaftern. „Gerade jetzt, wo unsere Demokratie massiv in Gefahr ist, ist es umso wichtiger, junge Menschen für das soziale Miteinander zu begeistern und sich mit anderen Generationen auszutauschen“, sagt Engel.

„Zu den wichtigsten Aufgaben der Vertrauensleute gehört es, immer ein offenes Ohr zu haben“, findet Thorsten Philips, freigestelltes Betriebsratsmitglied und Vorsitzender des Vertrauenskörpers bei Uniper im Ruhrgebiet. „Auf die Kolleginnen und Kollegen zugehen, Informationen und Erfahrungen weitergeben. Vertrauen schaffen und Hilfsbereitschaft vermitteln.“ Es sei wichtig, dass die einzelnen Mitglieder nicht den Kontakt zur Gewerkschaft verlören.

Deshalb informieren Vertrauensleute nicht nur über neue Tarifverträge, Vereinbarungen oder neue Gesetze, sie sind ganz nah dran an der Belegschaft und ergründen Verbesserungsvorschläge und Probleme. Sie sprechen in der Belegschaft über die Ziele der IGBCE, über Rechte und Pflichten von Beschäftigten und klären über wichtige Aspekte des Gesundheitsschutzes, der Unfallverhütung und der Betriebssicherheit auf.

„Interessierten Kolleginnen und Kollegen empfehle ich die Teilnahme an den angebotenen Veranstaltungen und Weiterbildungsseminaren der IGBCE“, sagt Philips. Das schaffe die theoretische Basis für die praktische Anwendung im Betrieb. ■

3 Fragen an ... Lina Plucinski



Die Betriebsrätin und Vertrauensfrau der Vivawest Dienstleistungen GmbH über ihre Tätigkeit.

Du blickst auf etliche Jahre Erfahrung zurück. Was macht gute Vertrauensleute aus?

Gute Vertrauensleute sind für mich engagierte Menschen, die von allein auf andere Menschen zugehen können und auch wollen. Sie sollten einen guten Draht zu Kolleginnen und Kollegen aus dem Betrieb haben oder aufbauen wollen. Gute Vertrauensleute sollten rundum über die IGBCE informiert sein. Man ist das Sprachrohr für die IGBCE und sollte Vorteile und das Leitbild der IGBCE nach außen positiv vertreten können. Gute Vertrauensleute stehen 100-prozentig hinter ihrer Gewerkschaft und dem Leben in einer Solidaritätsgemeinschaft. Außerdem sollte man Spaß an Demokratie und Gemeinschaft haben, um gemeinsam etwas zu bewegen.

Warum sollte man kandidieren?

Ohne Vertrauensleute im Betrieb kann die Gewerkschaft nicht in voller Stärke präsent sein. Die Vertrauensleute sind das Bindeglied zwischen den Mitgliedern und der IGBCE. Je weniger Vertrauensleute wir in einem

Betrieb haben, umso geringer wird die Stimme der Demokratie und der Solidaritätsgemeinschaft sein. Ein Ehrenamt bedeutet zwar zusätzliche Arbeit ohne Bezahlung, aber der Mehrwert durch eine starke Gemeinschaft, ein starkes Miteinander und eine starke Solidarität ist enorm.

Hast du Tipps für neue Vertrauensleute?

Wenn du dich für das Ehrenamt Vertrauensfrau oder -mann entscheidest, solltest du präsent sein. Präsent ist man durch Aktionen, Gespräche und wenn man als Ansprechpartnerin oder Ansprechpartner auftritt. Lass dich nicht abhalten oder schau dir an, was andere machen, versuche, deine eigenen Ideen miteinzubringen. Finde deine eigene Definition einer guten Vertrauensperson und besuche Seminare und Workshops der IGBCE, um dich zu schulen. Werberseminare, spezielle Seminare für Vertrauensleute oder Netzwerke zu nutzen sollte am Anfang im Fokus stehen. Und bei Fragen steht dir die IGBCE mit ihrer gesamten Power zur Verfügung. ■

Herten

Sei dabei!

Vom 17. bis zum 20. Mai 2024 in der Schwarzkauze Zeche Ewald: Werde Teil des „Local – InOurMind“-Festivals und komm mit 400 jungen Kolleginnen und Kollegen für vier Tage zusammen! Für Workshops, Shows, Musik-Acts und vielem mehr. Melde dich jetzt an! ■



Infos und
Anmeldung unter
local.iomf@igbce.de

Nordwestfalen

Strategien für die Zukunft



Ulrich Hampel (mit Mikrofon) betont in seiner Rede die regionale Zusammenarbeit.

Voller gespannter Erwartung versammelten sich rund 120 engagierte Kolleginnen und Kollegen auf der Funktionärskonferenz der IG BCE im Bezirk Nordwestfalen. Ihr Ziel: den Austausch untereinander fördern und zukunftsweisende Strategien entwickeln – unter Betrachtung der aktuellen politischen sowie wirtschaftlichen Lage.

Ein Höhepunkt der Veranstaltung war die Rede von Francesco Grioli, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstands der IG BCE. Mit visionären Einblicken und strategischen Ansätzen trat er vor die versammelte Menge, um die Herausforderungen der modernen Arbeitswelt und die sich

wandelnden politischen Gegebenheiten zu beleuchten. Grioli setzte dabei drei zentrale Themen in den Fokus: Demokratie, Demografie und Dekarbonisierung. Seine Worte richteten sich auf die Stärkung der Gewerkschaftsbewegung und die Sicherung der Arbeitnehmerinteressen inmitten der Transformation des Nordwestfalen-Bezirks.

Unter dem Motto „Transformation fair gestalten“ betonte Ulrich Hampel in seiner Rede die Bedeutung regionaler Zusammenarbeit. Als entscheidende Kraft bei der Gestaltung von Arbeitsbedingungen und sozialen Standards in der Region hob er die IG BCE Nordwestfalen hervor. „Wir haben es

geschafft, im letzten Jahr deutlich an Stärke zu gewinnen“, verkündete Hampel stolz, „und wir werden diesen Trend auch in Zukunft fortsetzen können.“ Dabei betonte er die immense Kraftanstrengung der Funktionärinnen und Funktionäre, die maßgeblich zum Erfolg der Gewerkschaft beigetragen haben.

Die Konferenz bot den Teilnehmenden nicht nur die Gelegenheit zur Diskussion aktueller politischer Themen, sondern auch zur Erörterung betrieblicher Anliegen und zur differenzierten Auseinandersetzung mit der Zukunft der Arbeit. In intensiven Gesprächen wurden konkrete Handlungsschritte entwickelt, um den Herausforderungen der kommenden Jahre mit Entschlossenheit und Einigkeit zu begegnen.

„Unsere Konferenz hat sich als wichtige Plattform für die Entwicklung von Strategien bewiesen“, sagt Hampel mit Freude. Mit Veranstaltungen wie diesen sichere man nicht nur die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sondern schaffe auch eine Gestaltungsplattform, um die Transformation der Region auf faire und nachhaltige Weise zu gestalten. ■

Bochum

Regionale Tarifkommission beschließt Forderungen

Die Tarifkommission Westfalen hat ihren eigenen Forderungsbeschluss für die 44.000 Beschäftigten der chemisch-pharmazeutischen Industrie in Westfalen aufgestellt.

Im Vorfeld hatten die IG BCE-Mitglieder in ihren Betrieben über die Inhalte diskutiert und ihre betrieblichen Forderungen beschlossen. Zusätzlich wurden digitale Umfragen organisiert, an denen die

Kolleginnen und Kollegen über ihre Schwerpunkte für die Tarifrunde 2024 abstimmen konnten. Auf Grundlage dessen fordert die Tarifkommission eine Erhöhung der Entgelte und Ausbildungsvergütungen um sieben Prozent, mehr tariflichen Schutz exklusiv für IG BCE-Mitglieder und eine Modernisierung des Bundesentgelttarifvertrags. „Unser Ergebnis ist eine Forderung mit Maß“, sagt

IG BCE-Landesbezirksleiter Thomas Meiers. Sie überfordere auf Unternehmensseite niemanden – helfe aber auf Belegschaftsseite vielen. Für Westfalen starten die Verhandlungen am 23. April um 10 Uhr in der Alten Lohnhalle in Bochum-Wattenscheid. ■



Marsberg

Ritzenhoff insolvent: „Angst ist da“



Der traditionsreiche Glashersteller Ritzenhoff aus Marsberg hat Insolvenz angemeldet. Das mehr als 129 Jahre alte Unternehmen habe in den Corona-Jahren hohe Verluste gemacht, heißt es. Außerdem hätten die stark gestiegenen Kosten von Energie und Rohstoffen die Glasherstellung belastet. Das alles habe zu einem signifikanten Anstieg der Verschuldung in der jüngsten Vergangenheit geführt, begründet die Geschäftsleitung ihren Schritt.

„Die Insolvenz ist ein harter Schlag für die Beschäftigten und die Region“, berichtet der Betriebsratsvorsitzende Axel Balléz. „Wir wissen, dass Entlassungen nicht verhindert werden können. Die Angst ist da. Viele Beschäftigte sind auf dem Boden der Tatsachen angekommen, auch solche, die schon 32 Jahre lang hier arbeiten, sind in Sorge. Das ist eine Misere, die wir nicht schönreden können.“

Im Januar hatte Ritzenhoff einen Antrag auf ein Insolvenzverfahren in Eigenverwaltung eingereicht, dem das Amtsgericht Arnberg zustimmte. Seither machen Vorwürfe gegen den ehemaligen Vorstand die Runde.

Besonders belastend sei der zeitliche Druck, sagt Andreas Bier, Gewerkschaftssekretär aus dem Bezirk Dortmund-Hagen. „Bis Ende März müssen wir ein Alternativkonzept auf tarifvertraglicher Basis ausgearbeitet und einen Investor gefunden haben, der in dieses Konzept einsteigt“, erklärt Bier. Ansonsten müsse Ritzenhoff Anfang April das Insolvenzverfahren eröffnen, das die Beschäftigten mit ganzer Wucht treffen würde.

Die IGBCE setzt sich für eine Transferagentur ein. „Sie qualifiziert die Beschäftigten für den Arbeitsmarkt. Wenn dem einen zum Beispiel ein Staplerschein oder andere berufsrelevante Qualifikationen fehlen, kann dies innerhalb der Kündigungsfrist möglich gemacht werden. Mit der Agentur kann dann auch ein neues Arbeitsverhältnis gesucht werden.“ Auskunft über die Fortführung des Unternehmens oder einen Sozialplan oder entsprechende Abfindungen kann Bier noch nicht geben, die Verhandlungen dazu laufen aber auf Hochtouren. Das sollte allerdings in den kommenden Wochen geklärt werden (nach Redaktionsschluss). ■

Marl

Keine Alternative

In den vergangenen Wochen sind im gesamten Landesbezirk und darüber hinaus viele Tausend Menschen gegen die Alternative für Deutschland (AfD) auf die Straße gegangen. Auch die IGBCE-Jugend im Landesbezirk Westfalen hat sich aktiv gegen die AfD gestellt und für Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität demonstriert.

In Marl beispielsweise beteiligten sich die Nachwuchsgewerkschafterinnen und -gewerkschafter an einer Protestaktion zum Auftakt des Parteitags der nordrhein-westfälischen AfD in Marl. Wer zum AfD-Parteitag wollte, musste an den rund 2.000 Demonstrantinnen und Demonstranten vorbei. „Trotz nicht optimaler Wetterbedingungen haben wir ein sehr deutliches Zeichen für Demokratie und Vielfalt gesetzt“, freute sich Mert Simsir, Vorsitzender der Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) bei Evonik in Marl. „Wir stehen für ein friedliches, demokratisches Miteinander – in Marl, in NRW und in ganz Deutschland. Dafür werden wir auch künftig mit all den Kolleginnen und Kollegen auf die Straße gehen.“ ■



Eine Mauer für Demokratie: An den Nachwuchsgewerkschafterinnen und -gewerkschaftern der IGBCE kam in Marl niemand vorbei.

Rätsel



Kreuzworträtsel

Teilnahmebedingungen

Im Preisrätsel wird in diesem Monat ein Begriff gesucht, der eine besondere Form der Arbeitszeit umschreibt. Bitte sende die Lösung per Post an: Profil-Redaktion, Postfach 3945, 30039 Hannover, oder per E-Mail an: profil.preisraetsel@igbce.de – bitte die Adresse mit angeben. Einsendeschluss ist der 13. Mai 2024 (Datum des Poststempels ist maßgebend). Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Die Gewinnerinnen und Gewinner aus Februar/März:
Lösungswort: Gleichstellung
Die komplette Auflösung des Rätsels ist in der Onlineausgabe ersichtlich.

Jeweils eine Wagenfeld-Tischleuchte im Bauhaus-Stil haben gewonnen: Helga Hammer aus Weinheim, Uta Rohdenburg aus Bremervörde und Reinhard Grillmeier aus Waldsassen. Herzlichen Glückwunsch!

Sudoku

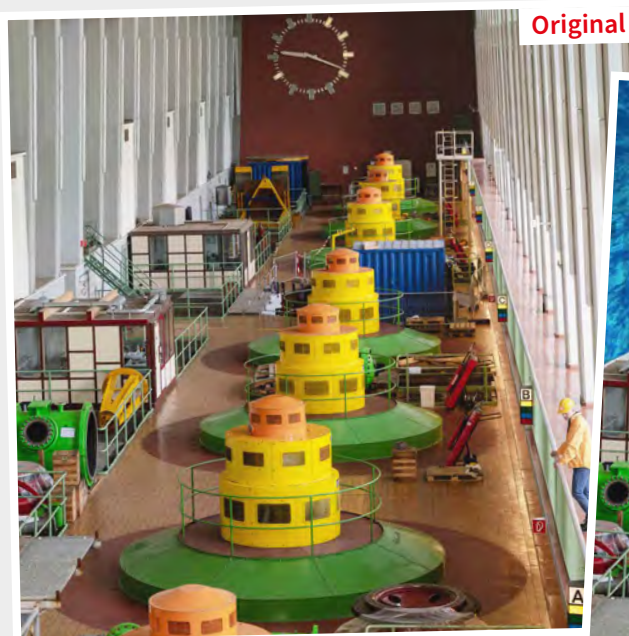
mittelschwer

6	3			7	9			
4			3					
		1						7
	1		8	7				9
			1	5				
5			3	4		2		
2					6			
				9				4
		6	7			1	8	

schwer

			5	8		7		9
		1						
	6			7				2
2			7					
9		4				1		5
					9			3
8			2			4		
					6			
1	9		5	8				

Bilderrätsel



Hier haben sich fünf Fehler eingeschlichen. Kannst du sie finden?



Straßenüberlastung		Schweiz. Hauptstadt	nicht einer Meinung	Neckarzufluss Urjapaner		Nebenfluss der Oberelbe		Bache, weibliches Schwein sib. Strom	nicht weniger, sondern ...		ich (latein.) Stadt in Baden-Würtbg.	Stadt mit dem Palast des Dalai-Lama
Stadt in Ba.-Wü. (Bodenseekreis)						gesetzwidrig ostfriesische Stadt						
		9	weibl. Keim Inselchen		4				v. beträchtlicher Höhe Organ der Kuh			5
Spielkartenfarbe verfälscht, nicht pur					Vor-tragender Donau-zufluss						Autokz. v. Hagen dt. Name v. Wroclaw	
Vergnügungspark in Kopenhagen	ver-steckter Spott	Seiten-verhältnis im Dreieck frz. Fluss	12			Sohn des Isaak im Alt. Test. Erbfaktor		1		besonders (Abk.) Autokz. v. Ebersberg		
				Stadt in Indien Autokz. v. Aachen					Erde (lat.) chem. Zeichen für Natrium			
		subtrop. Dickblatt-pflanze Sorte				holprig, nicht glatt				10		Figur bei Th. Mann (Felix)
Zufluss des Arno Hafenstadt in Algerien				europ. Münze			griech. Kriegsgott					kleiner Hügel im Flachland
Gewürz-art	rund (Abk.) Kleidungs-stück										Weiß-hand-gibbon Sportboot	
			7	blinzeln, um ein Zeichen zu geben								8
		Reise-kostenord-nung (Abk.)										
Segeltau auf Schiffen	dt. Bundes-land (Abk.) tropische Echse										Stadt am Südrand des Thüringer Waldes	Oberlei-tung (Abk.) Stadt an der Ilm
Info-sammlung im Internet Freiherr												achtens-wert, honorig
											Witwe (Abk.) Bindewort (bevor)	3
		Tiere oder Pflanzen pflegen und schützen										
das Für häufiger Name kl. Flüsse		2										
				Autoz. für San Marino acht (engl.)		in der Tiefe nicht alle, manche		italien. Weinbauort		Weltorga-nisation Zufluss der Dise		allg. Ge-schäftsbe-dingungen Zwerg
Gerät zum Halten des Schiffes auf Position	Längsrille im Säulen-schaft	poln. Stadt Stadt in Nord-finland						Rotwein-bowle Münz-vorderseite				
				Nach-ahmung Teil des Auges						13		Triller in d. Musik (Abk.) Stadt in Ba.-Wü.
franz. Weich-käse herzlich						schott. Berg (Ben ...) Strichcode (Abk.)						elektrisch geladenes atomares Teilchen
		Stadt an der Ems										
		franz. Präposition						4. Buch Mose Fürwort				
Meer (englisch) Wochentag												Autokennz. der Hanse-stadt Rostock
Ziffer, einstellige Zahl												
				Stadt am Nieder-rhein								Stadt in Baden-Württembg.

DEIN PREIS

Gewinne einen von drei Weber-Spirit-Gasgrills für unverwechselbaren Grillgenuss. Mit zwei kräftigen Edelstahlbrennern und einer großen Grillfläche werden Steaks, Gemüse, Braten und Fisch optimal gegart.



2448262

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----

Fotowettbewerb

Vom anderen Stern

„So sieht für mich der Feierabend aus“, schreibt **Diana Markgraf** zu ihrem Bild. „Einfach mal abschalten und den Leuten ein Lächeln ins Gesicht zaubern.“ Das Gewinnerfoto wurde am 4. Mai 2023 aufgenommen – dem inoffiziellen Star-Wars-Feiertag (May, the fourth), der jährlich von den Fans der Sternenkriegssaga gefeiert wird.

„In der Rüstung ist man ein ganz anderer Mensch“, sagt Diana, die bei MSA, einem weltweit agierenden Anbieter von Schutz- und Sicherheitsprodukten, arbeitet. Über einen Arbeitskollegen ist die Produktionsassistentin zur 501. Legion, dem weltweit größten Star-Wars-Kostümclub mit mehr als 14.000 aktiven Mitgliedern in mehr als 60 Ländern, gekommen. Dort dreht sich alles um die Charaktere der dunklen Seite des Star-Wars-Universums. Die Clubmitglieder nehmen zum Beispiel



an Conventions, Filmpremieren, Fotoshootings und anderen Events teil. Das Foto entstand bei Outpost One, einer Ausstellung von Fans für Fans. Diana: „Der kleine bin ich.“ ■

Mitmachen und gewinnen

Wie sieht dein ganz persönlicher Feierabendmoment aus? Welche Szenerie steht für dich symbolhaft für den Feierabend? Jeder Mensch empfindet diesen ganz besonderen Augenblick an der Schwelle von Arbeits- zu Privatleben anders. Wir wünschen uns, dass du dieses Gefühl in einem Foto* einfängst und beim *Profil*-Fotowettbewerb mitmachst. Zu gewinnen gibt es auch etwas –

ein nagelneues iPad von Apple. Für jede neue *Profil*-Ausgabe wählt eine Jury aus Medienfachleuten ein Siegerbild aus.

Wichtig dabei: Schreib uns ein paar Zeilen zu deinem Bild. Warum steht es für dich für den Feierabend? Wann und wo wurde es aufgenommen? Was ist darauf zu sehen? Nicht nur das Bild zählt für uns, sondern auch die Geschichte. ■



Direkt mitmachen
und gewinnen:
feierabend.igbce.de

* Das Bild darf aus rechtlichen Gründen keine Personen enthalten, die darauf zu identifizieren sind und der Veröffentlichung nicht zugestimmt haben.



Fotos (3): Diana Markgraf, privat, Apple



PRO EUROPA WÄHLEN
AM 9.6.2024



PROJEKT ZUKUNFT GEHT NUR MIT EUROPA



GEMEINSAM DIE ZUKUNFT DER INDUSTRIE GESTALTEN

- x Wir brauchen einen **Booster** für **Industrie und Transformation**.
- x Wir fordern einen **Fonds** für **Investitionen** in die **Transformation**.
- x Wir brauchen mehr **Schutz vor Dumping** und **unfairem Wettbewerb**.
- x Wir fordern: **EU-Gelder** nur noch an **Unternehmen mit Mitbestimmung** und **Tarifvertrag**.

europawahl.igbce.de

SCANNEN
UND MEHR
ERFAHREN





**Digital noch
mehr!**

igbce-profil.de

**MEHR
LOHN
FREIZEIT
SICHERHEIT
1. MAI 2024**



EINTRETEN FÜR DIE
#TARIFWENDE

www.dgb.de